

- **Österreich steckt im dritten Rezessionsjahr.** Prognose für 2025 und 2026
- **Handelskonflikte, Spardruck und Strukturprobleme hemmen das Wirtschaftswachstum in Österreich.** Update der mittelfristigen Prognose 2025 bis 2029
- **Öffentliche Haushalte unter erheblichem Konsolidierungsdruck.** Mittelfristige Budgetprojektion 2025 bis 2029
- **Zweites Rezessionsjahr in Österreich.** Die österreichische Wirtschaft im Jahr 2024
- **Schwächere Inflationsdynamik ermöglicht Senkung der Leitzinssätze**

WIFO ■ MONATSBERICHTE

Mission Statement

Die Mission des WIFO ist es, durch den Brückenbau zwischen akademischer Grundlagenforschung und wirtschaftspolitischer Anwendung zur Lösung sozioökonomischer Herausforderungen beizutragen und sachliche Grundlagen für Entscheidungen in Wirtschaft und Gesellschaft zu schaffen. Die WIFO-Monatsberichte veröffentlichen Forschungsergebnisse des WIFO und Beiträge zur nationalen und internationalen Wirtschaftsentwicklung auf der Grundlage wissenschaftlich fundierter Analysen. Sie tragen damit zur Erfüllung dieser Mission bei.

Die in den Monatsberichten veröffentlichten Beiträge werden von den jeweiligen Autor:innen gezeichnet. Beiträge von WIFO-Ökonom:innen entstehen unter Mitwirkung des Institutsteams; für den Inhalt ist das WIFO verantwortlich. Beiträge externer Autor:innen repräsentieren nicht zwingend die Institutsmeinung.

Beiträge aus diesem Heft werden in die EconLit-Datenbank des "Journal of Economic Literature" aufgenommen.

Editorial Board

Univ.-Prof. Dr. Jesús Crespo Cuaresma, Wirtschaftsuniversität Wien

Univ.-Prof. Dr. Claudia Kemfert, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

Univ.-Prof. Philipp Schmidt-Dengler, PhD, Universität Wien

Univ.-Prof. Dr. Jens Südekum, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Univ.-Prof. Dr. Andrea Weber, Central European University

Impressum

Herausgeber: Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD

Medieninhaber (Verleger) und Redaktion:

Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung
1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Telefon +43 1 798 26 01-0,
Fax +43 1 798 93 86, <https://www.wifo.ac.at>

Satz: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Druck: Medienfabrik Graz, Dreihackengasse 20, 8020 Graz

Chefredakteur: apl. Prof. Dr. Hans Pitlik

Lektorat: Mag. Christoph Lorenz, BA •

Redaktion: Tamara Fellingner, Tatjana Weber

Kontakt: redaktion@wifo.ac.at

Preise 2025

Jahrgang (12 Hefte, Printversion): 305 € • Einzelheft (Printversion): 30,50 €

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Medieninhaber (Verleger): Verein "Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung" • **Geschäftsführer:** Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD • **Vereinszweck:** Laufende Analyse der Wirtschaftsentwicklung im In- und Ausland, Untersuchung spezieller ökonomischer Problemstellungen nach dem Grundsatz der Objektivität auf wissenschaftlicher Basis, Veröffentlichung der Ergebnisse

ISSN 0029-9898 • © Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung 2025 • <https://monatsberichte.wifo.ac.at>



98. Jahrgang, Heft 4/2025

163-177 ■ **Österreich steckt im dritten Rezessionsjahr.** Prognose für 2025 und 2026

Marcus Scheiblecker, Stefan Ederer

Der bereits seit Anfang 2023 beobachtete Rückgang der Industrieproduktion im Euro-Raum strahlt weiterhin auf Österreich aus. Umfragen unter Industrieunternehmen lassen bislang noch keine Trendwende erkennen. Zudem belastet die angekündigte Zollerhöhung der USA auf Exportgüter der EU die Stimmung. Die Bau- und die Konsumnachfrage legen hingegen tendenziell zu. Die Inflationsrate erhöhte sich Anfang 2025 deutlich, wird jedoch im weiteren Jahresverlauf wieder sinken. Der Arbeitsmarkt erweist sich angesichts der Dauer und Schwere der Rezession als relativ robust, wenngleich die Arbeitslosigkeit auch 2025 steigen wird. Das WIFO prognostiziert für 2025 einen BIP-Rückgang von 0,3%. 2026 wird die österreichische Wirtschaft wieder Fahrt aufnehmen (+1,2%).

Austria is in its Third Year of Recession. Economic Outlook for 2025 and 2026

178 ■ **Konjunkturberichterstattung: Methodische Hinweise und Kurzglossar**

179-190 ■ **Handelskonflikte, Spardruck und Strukturprobleme hemmen das Wirtschaftswachstum in Österreich.** Update der mittelfristigen Prognose 2025 bis 2029

Josef Baumgartner, Serguei Kaniovski

Der durch die expansive Fiskalpolitik Deutschlands angestoßene Aufschwung im Euro-Raum ab 2026 wird auch die österreichische Wirtschaft allmählich aus der Rezession ziehen. Nach -0,3% im Jahr 2025 erwartet das WIFO für 2026/2029 ein reales Wirtschaftswachstum von 1¼% p. a. (Ø 2010/2019 +1,6% p. a.). Da die fiskalischen Zeichen hierzulande auf Budgetkonsolidierung stehen und die Übertragungseffekte des deutschen Infrastruktur- und Rüstungspaketes gering ausfallen werden, dürfte Österreichs Wirtschaft 2025/2029 um ¼ Prozentpunkte p. a. schwächer wachsen als der Euro-Raum. Der demografische Wandel verstärkt im Prognosezeitraum die Arbeitskräfteknappheit. Dies dämpft einerseits das Trendwachstum, verringert jedoch andererseits die Arbeitslosigkeit: Die Arbeitslosenquote wird bis 2029 auf voraussichtlich 6% zurückgehen (2025: 7,3%). Der seit Ende 2021 beobachtete kräftige Preisauftrieb (Ø 2022/23 +8¼% p. a.) verlangsamt sich weiter deutlich (2025: 2,7%) und erreicht im Laufe des Jahres 2026 dauerhaft das 2%-Ziel der Europäischen Zentralbank (EZB).

Global Trade Conflicts, Fiscal Austerity and Structural Issues are Restraining Economic Growth in Austria. Update of the Medium-term Forecast 2025 to 2029

191-198 ■ **Öffentliche Haushalte unter erheblichem Konsolidierungsdruck.** Mittelfristige Budgetprojektion 2025 bis 2029

Simon Loretz, Hans Pitlik

Die mittelfristige Budgetprojektion 2025 bis 2029 zeigt einen anhaltend hohen Konsolidierungsbedarf der öffentlichen Haushalte. Bleibt es bei den bis Mitte April 2025 konkretisierten Maßnahmen zur Budgetsanierung, so läge das gesamtstaatliche Defizit in allen Prognosejahren nahe bei 4% des BIP und somit deutlich über der Maastricht-Grenze. Die im Regierungsprogramm avisierten Konsolidierungsvolumina würden 2025 und 2026 voraussichtlich verfehlt. Ohne ambitionierte Reformen zur Hebung von Effizienzpotenzialen auf allen staatlichen Ebenen stiege die Staatsschuldenquote bis 2029 auf über 90% des BIP. Die Projektion unterstellt ein hypothetisches "No-Policy-Change"-Szenario und berücksichtigt keine möglichen zusätzlichen Maßnahmen im geplanten Doppelbudget 2025/26.

Public Finances Under Substantial Consolidation Pressure. Medium-term Budget Projection 2025 to 2029

- 199-215 ■ **Zweites Rezessionsjahr in Österreich.** Die österreichische Wirtschaft im Jahr 2024
Josef Baumgartner, Jürgen Bierbaumer, Sandra Bilek-Steindl, Benjamin Bittschi,
Christian Glocker, Margit Schratzenstaller

Die heimische Wirtschaft durchlebte 2024 das zweite Rezessionsjahr in Folge. Neben der rückläufigen Industriekonjunktur schwächelten auch die Bauwirtschaft und einige Dienstleistungsbereiche. Mit der Konjunkturschwäche und Sondereffekten erhöhte sich das Budgetdefizit auf 4,7% des BIP. Trotz gestiegener Bruttoealeinkommen verlief die Konsumnachfrage der privaten Haushalte nur schleppend. Nach zwei Jahren sehr hoher Inflation verlangsamte sich der Preisauftrieb im Jahresdurchschnitt 2024 auf 2,9%.

Second Year of Recession in Austria. The Austrian Economy in 2024

- 217-228 ■ **Schwächere Inflationsdynamik ermöglicht Senkung der Leitzinssätze**
Thomas Url

Die Europäische Zentralbank begann im Sommer 2024 mit einer Serie an Zinssenkungen. Im Herbst zog die Federal Reserve Bank nach und senkte die Target Rate um 0,5 Prozentpunkte. Beide Zentralbanken schmolzen ihren Bestand an Wertpapieren in der Bilanz ab. Im Euro-Raum pflanzten sich die Zinssenkungen unmittelbar auf den Geldmarkt fort, die Einlagen- und Kreditzinsen der österreichischen Kreditwirtschaft folgten diesen Vorgaben. Die Spuren der Rezession waren auf dem Finanzmarkt deutlich sichtbar. Die Kreditnachfrage blieb im gesamten Jahresverlauf 2024 schwach, besonders Wohnbaukredite litten unter hohen Baukosten und Immobilienpreisen sowie regulatorischen Beschränkungen. Das Volumen kurzfristiger Unternehmenskredite sank im Zuge des Lagerabbaus, und die zusätzliche Nachfrage nach langfristigen Krediten blieb wegen der schwachen Investitionstätigkeit beschränkt. Die privaten Haushalte steigerten ihre Spartätigkeit und investierten großteils in gebundene Einlagen und festverzinsliche Wertpapiere. Das Finanzmarktstabilitätsgremium empfahl die Einführung eines sektoralen Systemrisikopuffers für Gewerbeimmobilienfinanzierungen. Die deutliche Zunahme der Abschreibungen auf Anlagevermögen verursachte ein leicht schrumpfendes Betriebsergebnis in der Kreditwirtschaft. Die Kursgewinne an der Wiener Börse konnten mit dem Wachstum der nominellen Wirtschaftsleistung nicht Schritt halten, sodass die Marktkapitalisierung auf 26,1% des BIP zurückging. Die reale Aufwertung des effektiven Wechselkursindex setzte sich auch 2024 fort.

Calming Inflationary Momentum Allows Key Interest Rates to be Lowered

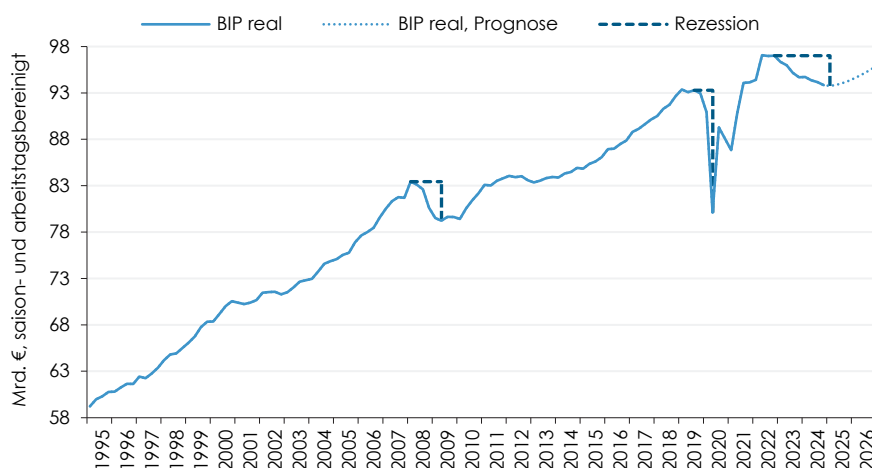
Österreich steckt im dritten Rezessionsjahr

Prognose für 2025 und 2026

Marcus Scheiblecker, Stefan Ederer

- Nach vorläufigen Berechnungen verlief die Wirtschaftsentwicklung in Österreich seit Jahresanfang 2024 deutlich ungünstiger als in der WIFO-Prognose vom Dezember 2024 unterlegt. Die Beschleunigung der konjunkturellen Talfahrt im 2. Halbjahr 2024 strahlt auf das laufende Jahr aus.
- Die heimische Industrie beklagt nach wie vor die schlechte Wirtschaftslage und die trüben Aussichten, sollte jedoch ab der Jahresmitte 2025 von einer Verbesserung des wirtschaftlichen Umfeldes in der EU profitieren.
- Die Bauwirtschaft hat sich Anfang des Jahres stabilisiert und wird weiter etwas Fahrt aufnehmen. Der Konsum der privaten Haushalte sollte trotz der Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung leicht expandieren.
- Die Inflation wird nach dem deutlichen Anstieg zu Jahresbeginn allmählich wieder abklingen. Der Arbeitsmarkt erweist sich angesichts der Dauer der Rezession als relativ robust, wenngleich die Arbeitslosigkeit auch 2025 steigen wird.
- Erratische Änderungen in der internationalen Wirtschaftspolitik erschweren die Prognose. Die beschlossenen neuen fiskalpolitischen Impulse in Deutschland und der EU erhöhen die Prognoseunsicherheit zusätzlich.

Rezessionen in Österreich seit 1995



"Die heimische Wirtschaft sollte ab Mitte 2025 die längste Rezession der Zweiten Republik überwunden haben. Die Intensität der Erholung hängt vor allem von den unsicheren internationalen Rahmenbedingungen ab."

Die schwersten Rezessionen der letzten 20 Jahre waren die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09, die COVID-19-Krise 2020 und die derzeitige Rezession (Q: Statistik Austria, WIFO. Prognose ab I. Quartal 2025).

Österreich steckt im dritten Rezessionsjahr

Prognose für 2025 und 2026

Marcus Scheiblecker, Stefan Ederer

Österreich steckt im dritten Rezessionsjahr. Prognose für 2025 und 2026

Der bereits seit Anfang 2023 beobachtete Rückgang der Industrieproduktion im Euro-Raum strahlt weiterhin auf Österreich aus. Umfragen unter Industrieunternehmen lassen bislang noch keine Trendwende erkennen. Zudem belastet die angekündigte Zollerhöhung der USA auf Exportgüter der EU die Stimmung. Die Bau- und die Konsumnachfrage legen hingegen tendenziell zu. Die Inflationsrate erhöhte sich Anfang 2025 deutlich, wird jedoch im weiteren Jahresverlauf wieder sinken. Der Arbeitsmarkt erweist sich angesichts der Dauer und Schwere der Rezession als relativ robust, wenngleich die Arbeitslosigkeit auch 2025 steigen wird. Das WIFO prognostiziert für 2025 einen BIP-Rückgang von 0,3%. 2026 wird die österreichische Wirtschaft wieder Fahrt aufnehmen (+1,2%).

JEL-Codes: E32, E66 • **Keywords:** Konjunkturprognose

Die Konjunkturprognose entsteht jeweils in Zusammenarbeit aller Mitarbeiter:innen des WIFO. Zu den Definitionen siehe "Methodische Hinweise und Kurzglossar", in diesem Heft und <https://www.wifo.ac.at/wp-content/uploads/2024/01/WIFO-Konjunkturberichterstattung-Glossar.pdf>.

Wissenschaftliche Assistenz: Astrid Czaloun (astrid.czaloun@wifo.ac.at), Martha Steiner (martha.steiner@wifo.ac.at) • Text und Daten dieser Prognose spiegeln den Stand zum Redaktionsschluss am 25. 3. 2025 wider. Die am 31. 3. 2025 veröffentlichten revidierten Sektorrechnungen 2023 bis 2024 für private Haushalte und das Staatskonto konnten nicht berücksichtigt werden. Die sich ergebende geänderte Budgetprojektion wird im Beitrag von Loretz und Pitlik (2025, in diesem Heft) dargestellt.

Kontakt: Marcus Scheiblecker (marcus.scheiblecker@wifo.ac.at), Stefan Ederer (stefan.ederer@wifo.ac.at)

Austria is in its Third Year of Recession. Economic Outlook for 2025 and 2026

The decline in industrial production in the euro area, which has been observed since the beginning of 2023, continues to affect Austria. Surveys among manufacturing companies do not yet point to a turnaround. The announced increase in tariffs of the USA on EU export goods is also weighing on sentiment. By contrast, construction and consumer demand are trending upwards. The inflation rate rose significantly at the beginning of 2025, but is forecasted to fall back in the course of the year. The labour market is proving relatively robust given the duration and severity of the recession, although unemployment will continue to rise in 2025. WIFO expects GDP to fall by 0.3 percent in 2025. The Austrian economy will pick up speed again in 2026 (+1.2 percent).

1. Einleitung

Österreichs Wirtschaft erlitt im abgelaufenen Jahr einen weiteren Rückschlag. Das BIP schrumpfte nach 2023 (–1%) erneut kräftig um 1,2%. Im 2. Halbjahr beschleunigte sich die Talfahrt sogar. Das ungünstige Umfeld macht der heimischen Industrie nach wie vor zu schaffen. Auch 2025 wird das Durchhaltevermögen vieler Industriezweige noch auf eine harte Probe gestellt. Ab der Jahresmitte dürfte die Konjunktur in der EU jedoch wieder an Schwung gewinnen und die Exportnachfrage etwas anziehen. Damit sollte auch die österreichische Wirtschaft die hartnäckige Rezession überwinden und auf einen moderaten Wachstumskurs einschwenken.

Die für das 2. Halbjahr erwartete Konjunkturaufhellung wird allerdings nicht ausreichen, um im Gesamtjahr 2025 ein BIP-Wachstum zu erzielen. Das WIFO erwartet einen neu-

erlichen Rückgang der Wirtschaftsleistung um 0,3%. Erst 2026, sobald die Wirtschaft im Euro-Raum von den geplanten fiskalischen Stimuli in Deutschland und der EU profitiert, wird auch die österreichische Wirtschaft erstmals seit drei Jahren wieder wachsen (+1,2%), allerdings schwächer als die deutsche (+1,5%).

Die heimische Bauwirtschaft wird bereits in der ersten Jahreshälfte 2025 die Talsohle durchschreiten. Die im Jahr 2024 beschlossene Wohnbauintiative wird schon im 2. Halbjahr 2025 die Nachfrage stützen und 2026 ihre volle Wirkung entfalten. Zudem rechnet das WIFO mit einem weiteren Rückgang des Zinsniveaus. Vor diesem Hintergrund sollte das Bauwesen 2026 der Gesamtwirtschaft Schub verleihen.

Außerhalb des Bauwesens werden die realen Investitionen 2025 erneut zurückgehen, da angesichts der geringen Kapazitätsauslastung nach wie vor keine Erweiterungsinvestitionen, sondern hauptsächlich Ersatzinvestitionen getätigt werden.

Die im vergangenen Jahr deutlich gestiegene Sparquote der privaten Haushalte¹⁾ wird 2025 allmählich wieder zurückgeführt, was trotz der belastenden Effekte des Sparpakets ein geringes Wachstum des privaten Konsums ermöglichen wird.

Übersicht 1: Hauptergebnisse der Prognose

	2021	2022	2023	2024	2025	2026
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Bruttoinlandsprodukt, real	+ 4,8	+ 5,3	- 1,0	- 1,2	- 0,3	+ 1,2
Herstellung von Waren	+ 10,9	+ 6,7	- 1,8	- 5,5	- 3,0	+ 2,3
Handel	+ 4,5	+ 0,7	- 5,7	- 1,7	± 0,0	+ 1,4
Private Konsumausgaben ¹⁾ , real	+ 4,8	+ 4,9	- 0,5	+ 0,1	+ 0,2	+ 1,4
Dauerhafte Konsumgüter ²⁾	+ 6,4	- 4,5	- 5,4	+ 0,6	+ 0,5	+ 1,5
Bruttoanlageinvestitionen, real	+ 6,0	+ 0,4	- 3,2	- 3,4	- 0,7	+ 1,8
Ausrüstungen ³⁾	+ 7,7	+ 1,9	+ 2,4	- 1,8	- 1,6	+ 1,9
Bauten	+ 4,1	- 1,3	- 9,3	- 5,4	+ 0,5	+ 1,6
Exporte, real	+ 9,5	+ 10,0	- 0,4	- 4,3	- 0,9	+ 1,7
Warenexporte, fob	+ 12,4	+ 6,0	- 0,4	- 5,9	- 1,5	+ 1,0
Importe, real	+ 14,1	+ 7,1	- 4,6	- 5,0	- 0,2	+ 2,1
Warenimporte, fob	+ 14,8	+ 3,0	- 7,4	- 7,1	- 1,2	+ 2,0
Bruttoinlandsprodukt, nominell	+ 6,8	+ 10,3	+ 5,6	+ 1,8	+ 2,2	+ 3,3
Mrd. €	406,23	448,01	473,23	481,94	492,37	508,50
Leistungsbilanzsaldo in % des BIP	1,7	- 0,9	1,3	2,2	1,9	1,4
Verbraucherpreise	+ 2,8	+ 8,6	+ 7,8	+ 2,9	+ 2,7	+ 2,1
BIP-Deflator	+ 1,9	+ 4,8	+ 6,6	+ 3,1	+ 2,4	+ 2,0
Unselbständig aktiv Beschäftigte ⁴⁾	+ 2,5	+ 3,0	+ 1,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,8
Arbeitslosenquote (nach nationaler Definition)						
In % der unselbständigen Erwerbspersonen	8,0	6,3	6,4	7,0	7,3	7,1
Realwert des BIP pro Kopf ⁵⁾	+ 3,8	+ 1,1	- 1,9	- 0,9	- 0,6	+ 0,9
Armutsgefährdungsquote ⁶⁾ in %	14,8	14,9	15,4	15,5	16,0	16,0
Einkommensquintilsverhältnis ⁷⁾ Verhältniszahl	4,3	4,3	4,5	4,5	4,5	4,6
Treibhausgasemissionen ⁸⁾	+ 4,7	- 6,0	- 5,9	- 2,8	- 1,8	- 1,4
Mio. t CO ₂ -Äquivalent	77,53	72,84	68,55	66,61	65,43	64,53

Q: WIFO, Arbeitsmarktservice Österreich, Dachverband der Sozialversicherungsträger, OeNB, Statistik Austria, Umweltbundesamt. 2025 und 2026: Prognose. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ WIFO-Berechnung anhand der Anteile der dauerhaften Konsumgüter nach dem Inlandskonzept. – ³⁾ Einschließlich militärischer Waffensysteme und sonstiger Anlagen. – ⁴⁾ Ohne Personen in aufrechter Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – ⁵⁾ Nominelles BIP deflationiert mit dem impliziten Preisindex der inländischen Verwendung. – ⁶⁾ Anteil der Personen in privaten Haushalten mit einem verfügbaren Äquivalenzeinkommen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle (60% des nationalen verfügbaren Median-äquivalenzeinkommens. Ab 2023: Prognose. – ⁷⁾ S80/S20: Verhältnis des gesamten verfügbaren Äquivalenzeinkommens der Bevölkerung in privaten Haushalten im obersten Einkommensquintil zu dem der Bevölkerung im untersten Einkommensquintil. Ab 2023: Prognose. – ⁸⁾ 2023: Schätzung gemäß Umweltbundesamt. Ab 2024: Prognose.

2024 sank die Inflationsrate kräftig auf 2,9% (laut VPI). Im laufenden Jahr dürfte sich das Tempo des Rückgangs allerdings empfindlich verlangsamen. Aufgrund des Auslaufens der Strompreisbremse, gestiegener Netzentgelte und der verstärkten CO₂-Bepreisung erhöhte sich die Inflationsrate Anfang 2025 wieder und wird sich im Jahresverlauf nur langsam zurückbilden. Im Jahresdurchschnitt 2025 dürfte sie 2,7%, 2026 2,1% betragen.

Trotz der anhaltenden Rezession wurde die Beschäftigung 2024 abermals leicht ausgeweitet, womit auch 2025 zu rechnen ist. Allerdings sank die Arbeitszeit je Beschäftigtenverhältnis 2024 deutlich, wodurch das

Arbeitsvolumen schrumpfte. Dieser Trend setzt sich auch 2025 fort. Erst im kommenden Jahr wird die unselbständig aktive Beschäftigung wieder verstärkt um 0,8% steigen, womit auch das Arbeitsvolumen wachsen wird. Die Arbeitslosenquote erhöht sich 2025 leicht auf 7,3% und wird erst 2026 etwas sinken (7,1%).

Der Rückgang der Treibhausgasemissionen hält 2025 an (-1,8%), fällt allerdings weniger dynamisch aus als im Vorjahr (-2,8%). Zum einen schrumpft die Industrieproduktion nicht mehr so stark, zum anderen wurde der Ausstoß 2024 durch den milden Winter gedämpft. 2026 werden zwar anhaltende

¹⁾ Da die Werte des Sektorkontos der privaten Haushalte erst nach Redaktionsschluss veröffentlicht wurden, werden in Übersicht 1 "Hauptergebnisse der

Prognose" keine numerischen Werte zur Sparquote angegeben. Hierzu wird auf den Kasten "Aktualisierte Sektorrechnung zeigt höhere Sparquote" verwiesen.

Trends der Dekarbonisierung die Emissionen verringern, allerdings wird die Industrieproduktion wieder Fahrt aufnehmen, wodurch

sich der Emissionsrückgang auf –1,4% verringern wird.

Aktualisierte Sektorrechnung zeigt höhere Sparquote

Gleichzeitig mit den – nach Erscheinen der WIFO-Prognose vom März 2025 publizierten – Daten zum öffentlichen Sektor aktualisierte Statistik Austria auch die Sektorrechnung für die privaten Haushalte für die Jahre 2023 und 2024. Die neuen Daten zeigen für 2024 eine Zunahme der Sparquote der privaten Haushalte um kräftige 3 Prozentpunkte von 8,7% (2023) auf 11,7%. Damit war der Anstieg noch deutlicher ausgeprägt als in der WIFO-Prognose unterstellt (10,6%).

Nach den neuen VGR-Daten stiegen die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte im Jahr 2024 um 6,8% gegenüber dem Vorjahr und damit ebenfalls stärker als in der WIFO-Prognose vom März 2025 angenommen (+5,7%). Vor allem die Einkommen aus unternehmerischer Tätigkeit entwickelten sich mit +4,3% deutlich besser als bisher erwartet (–1,8%).

Entsprechend der bisherigen Prognose rechnet das WIFO auch auf Basis der neuen Daten mit einer Reduktion der hohen Sparquote um rund ½ Prozentpunkt im laufenden Jahr. Dies wird trotz der Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung eine schrittweise Ausweitung der Konsumausgaben der privaten Haushalte ermöglichen. Infolge der prognostizierten Konjunkturbelebung und ihrer Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt wird sich die Konsumstimmung aufhellen. Dies sollte auch in den nächsten Jahren zu einer allmählichen Rückführung der überdurchschnittlich hohen Sparquote führen und die Konsumausgaben stabilisieren.

2. Weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1 Handelspolitik der USA schürt weltweite Unsicherheit

Die Unsicherheit über die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen hat in den letzten Monaten weiter zugenommen. Die Handelspolitik der USA ändert sich beinahe täglich. Zwischen den USA und Kanada scheint derzeit ein regelrechter Handelskrieg auszubrechen. Auch auf Importe aus China haben die USA die Zölle neuerlich um 10 Prozentpunkte auf durchschnittlich etwa 30% angehoben. Der EU droht Donald Trump mit Zöllen auf alle Arten von Waren.

Vor dem Hintergrund dieser unsicheren wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen traf das WIFO die Annahme, dass die USA ab dem II. Quartal 2025 Importzölle in Höhe von 25% auf alle kanadischen und mexikanischen Waren mit Ausnahme von Energie einheben und der Zollsatz auf chinesische Waren um weitere 10 Prozentpunkte steigt. Gleichzeitig werden die betroffenen Handelspartner Gegenzölle auf Importe aus den USA verhängen. Für den gesamten Warenverkehr aus der EU in die USA und umgekehrt wurde eine Anhebung der Einfuhrzölle um 10 Prozentpunkte angenommen.

In Deutschland einigten sich die potenziellen Koalitionspartner im März auf erhebliche Fiskalstimuli. Einerseits soll ein schuldenfinanziertes Sondervermögen in der Höhe von 500 Mrd. € geschaffen werden, das über einen Zeitraum von 10 Jahren öffentliche Investitionen in die Infrastruktur ermöglicht. Darüber hinaus will Deutschland Militärausgaben, die 1% des BIP überschreiten, von der Schuldenbremse ausnehmen. Beide Maßnahmen wurden Mitte März im Bundestag beschlossen. Das deutsche Fiskalpaket wurde in der vorliegenden Prognose ebenfalls berücksichtigt, wenn auch nur teilweise. So wurde unterstellt, dass sich das Sonder-

vermögen ab Mitte 2026 und über die kommenden 10 Jahre in einer Erhöhung der öffentlichen Investitionen niederschlagen wird.

2.2 Anzeichen einer Konjunkturabschwächung in den USA

In den USA hatte sich die Konjunktur bis Ende 2024 noch robust entwickelt. Vor allem die Konsumausgaben der privaten Haushalte waren im IV. Quartal 2024 neuerlich kräftig gestiegen. Zu Jahresbeginn 2025 trübte sich die Stimmung allerdings merklich ein, ablesbar insbesondere am Konsum und der Dienstleistungsproduktion.

Die Zollerhöhungen der USA und die entsprechenden Gegenmaßnahmen der Handelspartner fielen drastischer aus, als in der WIFO-Prognose vom Dezember 2024 unterstellt. Insbesondere wurden die Zölle früher implementiert als angenommen. Sie dürften einen Preissprung bei vielen Waren nach sich ziehen, der die Realeinkommen der privaten Haushalte in den USA schmälern wird. Die Verteuerung von Nahrungsmittelimporten aus Kanada und Mexiko dürfte insbesondere einkommensschwache Haushalte treffen. Zudem schüren die Berichte über einen geplanten Abbau der Beschäftigung im öffentlichen Sektor der USA Unsicherheit, wenngleich die Arbeitsplatzverluste den immer noch äußerst robusten Arbeitsmarkt nur wenig belasten werden.

Auch die weltweiten Lieferketten werden sich an die veränderten handelspolitischen Rahmenbedingungen anpassen. So werden die Unternehmen in den USA zumindest kurzfristig eher zögerlich investieren, auch da die Federal Reserve Bank die Leitzinsen wegen des höheren Preisauftriebs nicht so schnell senken dürfte wie zuletzt angenommen. Infolge dieser Faktoren sollte sich die Konjunktur in den USA im laufenden Jahr verlang-

Die Wirtschaft der USA wird 2025 aufgrund einer Abschwächung des privaten Konsums weniger dynamisch wachsen als im Vorjahr.

samen. Allerdings dürften die Steuersenkungen aus dem Jahr 2017, die demnächst auslaufen würden, verlängert werden. Insgesamt wird das BIP der USA auch im Prog-

nosezeitraum weiter wachsen (2025 +1,8%, 2026 +1,9%), jedoch deutlich schwächer als bisher.

Übersicht 2: Internationale Konjunktur

	Gewicht 2023 in % Waren- Welt-BIP ²⁾ exporte ¹⁾		2021	2022	2023	2024	2025	2026
			BIP real, Veränderung gegen das Vorjahr in %					
EU 27	68,4	14,7	+ 6,3	+ 3,5	+ 0,4	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,5
Euro-Raum	52,4	10,3	+ 6,3	+ 3,5	+ 0,4	+ 0,9	+ 0,8	+ 1,2
Deutschland	29,1	3,2	+ 3,7	+ 1,4	- 0,3	- 0,2	+ 0,0	+ 1,5
Italien	6,1	1,9	+ 8,9	+ 4,7	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,5
Frankreich	3,6	2,3	+ 6,9	+ 2,6	+ 0,9	+ 1,2	+ 0,5	+ 0,8
Spanien	1,6	1,4	+ 6,7	+ 6,2	+ 2,7	+ 3,2	+ 2,6	+ 1,5
MOEL 5 ³⁾	15,0	2,2	+ 6,3	+ 4,1	+ 0,2	+ 2,1	+ 3,0	+ 3,1
Polen	3,7	1,0	+ 6,9	+ 5,3	+ 0,1	+ 2,9	+ 3,8	+ 3,4
Ungarn	3,6	0,2	+ 7,1	+ 4,3	- 0,9	+ 0,5	+ 1,5	+ 3,1
Tschechien	3,6	0,3	+ 4,0	+ 2,8	- 0,1	+ 1,1	+ 2,5	+ 2,6
USA	7,3	15,0	+ 6,1	+ 2,5	+ 2,9	+ 2,8	+ 1,8	+ 1,9
Schweiz	5,2	0,4	+ 5,6	+ 3,0	+ 0,7	+ 1,3	+ 0,9	+ 1,1
Vereinigtes Königreich	2,7	2,2	+ 8,6	+ 4,8	+ 0,4	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,4
China	2,5	18,7	+ 8,4	+ 3,0	+ 5,2	+ 5,0	+ 4,5	+ 3,9
Insgesamt								
Kaufkraftgewichtet ⁴⁾		51	+ 7,1	+ 3,1	+ 2,9	+ 3,0	+ 2,6	+ 2,5
Exportgewichtet ⁵⁾	86		+ 5,2	+ 2,6	+ 0,7	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,5
Marktwachstum Österreich ⁶⁾			+11,0	+ 5,7	- 3,2	+ 0,4	+ 2,0	+ 1,8

Annahmen zur Prognose

Rohölpreis

Brent, \$ je Barrel	70,8	98,9	82,2	79,8	72	69
---------------------	------	------	------	------	----	----

Erdgaspreis

Dutch TTF, € je MWh	45,9	121,5	40,6	34,3	45	36
---------------------	------	-------	------	------	----	----

Strompreis Österreich

Base, € je MWh	107,2	261,6	102,2	82,1	102	89
Peak, € je MWh	116,8	275,5	103,9	81,4	107	99

Wechselkurs

Dollar je Euro	1,184	1,054	1,082	1,082	1,04	1,04
----------------	-------	-------	-------	-------	------	------

Internationale Zinssätze

EZB-Hauptrefinanzierungssatz ⁷⁾ , in %	0,0	0,6	3,8	4,2	2,5	2,4
Sekundärmarktrendite Deutschland, in %	- 0,4	1,1	2,4	2,3	2,8	2,8

Q: WIFO, Bureau of Economic Analysis, European Energy Exchange, Eurostat, EZB, HWWI, IWF, OECD, OeNB, Statistik Austria. 2025 und 2026: Prognose. – ¹⁾ Österreichische Warenexporte. – ²⁾ Kaufkraftgewichtet. – ³⁾ Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei. – ⁴⁾ EU 27, USA, Schweiz, Vereinigtes Königreich, China; gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt zu Kaufkraftparitäten 2023. – ⁵⁾ EU-Länder, USA, Schweiz, Vereinigtes Königreich, China; gewichtet mit den österreichischen Warenexportanteilen 2023. – ⁶⁾ Veränderungsrate real der Warenimporte der Partnerländer, gewichtet mit österreichischen Exportanteilen. – ⁷⁾ Fixzinssatz.

2.3 Impuls für die deutsche Wirtschaft ab 2026

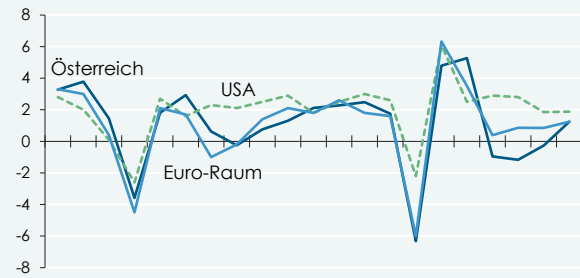
Die Wirtschaftsleistung Deutschlands ging 2024 neuerlich leicht zurück und stagniert derzeit. Insbesondere die Industrie und die Bauwirtschaft stecken weiterhin in einer Rezession, aber auch die Konsumausgaben der privaten Haushalte schwächelten zuletzt. Zu Jahresbeginn dürfte das deutsche BIP einigen Konjunkturindikatoren gemäß zwar leicht zugelegt haben, ein Ende der Konjunkturfalte ist aber bislang noch nicht

in Sicht. Zudem dürften die Zölle der USA auf Waren aus der EU die deutschen Exporte bremsen und eine Erholung in der Industrie verzögern, da die USA Deutschlands wichtigster Exportmarkt sind. Wie Berechnungen des WIFO mithilfe des Global Macroeconomic Model von Oxford Economic Forecasting (OEF) zeigen, würde eine wechselseitige Erhöhung des Zollsatzes das Wachstum der deutschen Wirtschaft im Jahr 2025 um 0,05 Prozentpunkte und 2026 um etwa ¼ Prozentpunkt dämpfen.

Abbildung 1: Indikatoren der Wirtschaftsentwicklung und der Wirtschaftspolitik

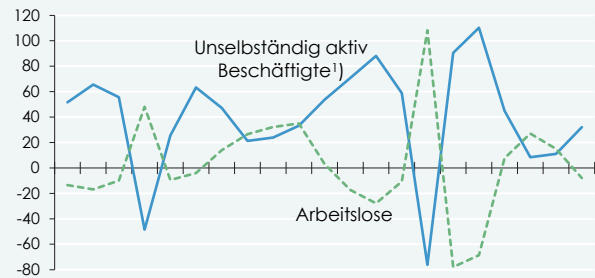
Wirtschaftswachstum

In %



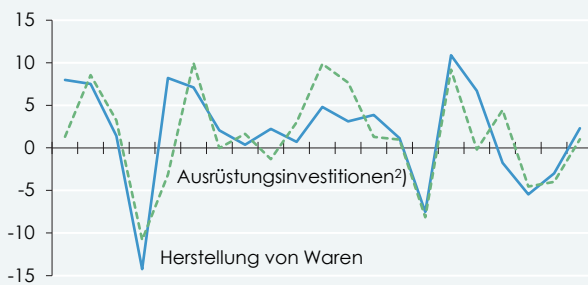
Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000



Produktion und Investitionen

Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



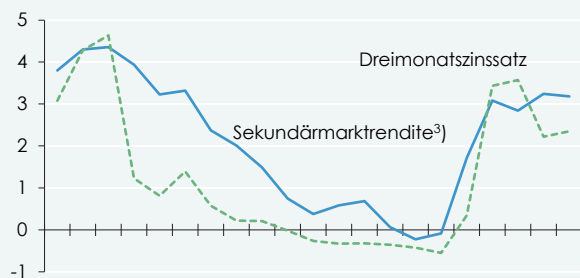
Konsum und Einkommen

Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



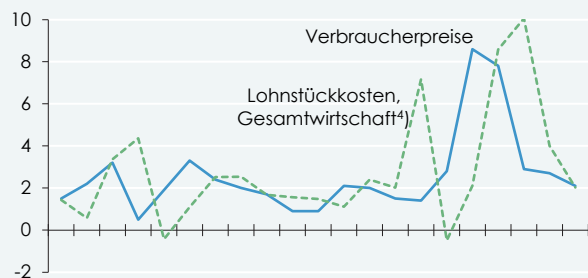
Kurz- und langfristige Zinssätze

In %



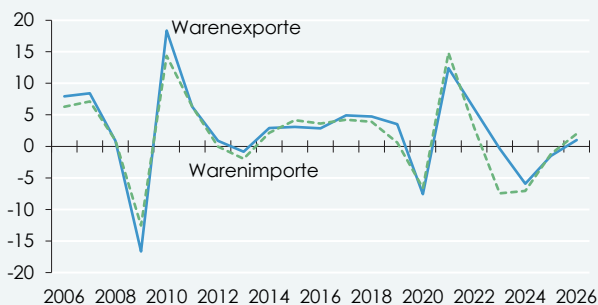
Preise und Lohnstückkosten

Veränderung gegen das Vorjahr in %



Außenhandel (laut Statistik Austria)

Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



Q: WIFO, Arbeitsmarktservice, Dachverband der Sozialversicherungsträger, Europäische Kommission, Eurostat, EZB, OeNB, Statistik Austria. 2025 und 2026: Prognose. – ¹⁾ Ohne Personen in aufrehtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten, ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste Arbeitslose in Schulung. – ²⁾ Einschließlich militärischer Waffensysteme. – ³⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark). – ⁴⁾ Einschließlich Kurzarbeitsbeihilfen.

Die jüngst beschlossenen Fiskalstimuli sollten die öffentlichen Investitionen 2026 deutlich erhöhen und das Wirtschaftswachstum stützen. Gemäß einer Abschätzung mittels des OEF-Modells würde die deutsche Wirtschaftsleistung im Jahr 2026 zusätzlich um 1 Prozentpunkt zunehmen, wenn die Stimuli bereits ab der Jahresmitte 2025 zu wirken beginnen. Alles in allem dürfte die deutsche Wirtschaft im laufenden Jahr stagnieren und 2026 um etwa 1½% expandieren.

2.4 Verhaltene Konjunktur im Euro-Raum

Der auf Infrastrukturprojekte fokussierte deutsche Fiskalimpuls wird vor allem der dortigen Bauwirtschaft zugutekommen. Ein Teil der zusätzlichen Mittel dürfte aber auch in andere Investitionsgüter fließen und so über einen Anstieg des deutschen Warenimports die europäische Industrieproduktion stimulieren.

Die in der Prognose unterstellten Zölle der USA treffen allerdings alle Länder der EU und trüben insbesondere die Aussichten für die krisengeschüttelte Industrie. Dementsprechend wird sich das Wirtschaftswachstum im Euro-Raum im Prognosezeitraum nur wenig beschleunigen. Allerdings ist in einigen Ländern, allen voran in Spanien, die Inlandsnachfrage bislang robust. Zudem ist die

Lage auf dem Arbeitsmarkt vielerorts weiterhin günstig, und die Realeinkommen der privaten Haushalte werden weiter zulegen. Dies dürfte den privaten Konsum in der EU stützen, auch wenn die hohe wirtschaftspolitische Unsicherheit bislang einen deutlichen Rückgang der Sparquoten verhindert hat.

Die Europäische Zentralbank wird die Leitzinsen im Prognosezeitraum voraussichtlich weiter senken. Zwar ist die Inflation Anfang 2025 aufgrund höherer Energiepreise vielerorts gestiegen und von der Einführung von Zöllen ist ebenfalls ein Preisanstieg zu erwarten; jedoch dürfte das gemäßigte Lohnwachstum dazu führen, dass die Inflation im Prognosezeitraum weiter nachlässt. Ambivalent ist hingegen die Fiskalpolitik: Einige EU-Länder, darunter Frankreich und Italien, befinden sich in einem Defizitverfahren und sind daher angehalten, ihre Finanzierungssalden zu verbessern. Nichtsdestotrotz erwägen die Mitgliedsländer der EU derzeit eine deutliche Erhöhung ihrer Militärausgaben. Auch wenn ein Teil dieser Ausgaben wohl in höheren Importen, vor allem aus den USA, münden würde, verfügen Länder wie Deutschland und Frankreich über eine gut ausgebaute Rüstungsindustrie. Aus diesen Gründen sollte die Wirtschaft im Euro-Raum in beiden Prognosejahren um etwa 1% wachsen.

Die expansive Fiskalpolitik wird der deutschen Wirtschaft ab 2026 Auftrieb verleihen.

3. Österreich: Wirtschaft wächst erst 2026 wieder

In Österreich schrumpfte die Wirtschaft 2024 stärker als im Vorjahr. Das reale BIP verringerte sich um 1,2% (2023 –1%). Damit verzeichnete Österreich die kräftigste Rezession unter allen EU-Ländern. Den zweitletzten Rang mit deutlichem Abstand zu Österreich nahm Lettland ein (–0,4%).

Auch die deutsche Wirtschaft, die einen ähnlich hohen Industrieanteil wie Österreich aufweist, schrumpfte 2024 das zweite Jahr in Folge. 2023 betrug der Rückgang 0,3%, 2024 0,2%, womit Deutschland deutlich besser abschnitt als Österreich. Wie ein Vergleich zwischen beiden Ländern (siehe Kasten "Warum wuchs die österreichische Wirtschaft in den Jahren 2023 und 2024 deutlich schwächer als die deutsche?") zeigt, lag der Unterschied im Jahr 2023 nur zu einem geringen Teil von 0,2 Prozentpunkten an der Industrie. Im Vergleich zu Deutschland dämpften hierzulande vor allem die Bauwirtschaft, der Bereich Handel, Verkehr, Beherbergung und Gastronomie sowie die übrigen Marktdienstleistungen das Ergebnis. 2024 ging rund die Hälfte des Unterschiedes in der BIP-Entwicklung auf die Industrie zurück, die andere

Hälfte wurde abermals durch den Bereich Handel, Verkehr, Beherbergung und Gastronomie verursacht.

Gegen Jahresende 2024 beschleunigte sich die Talfahrt der heimischen Wirtschaft sogar (laut Statistik Austria). Nach einer Schrumpfung des BIP um real 0,3% gegenüber der Vorperiode im III. Quartal ging die Wirtschaftsleistung im IV. Quartal um 0,4% zurück. Diese schwache Entwicklung strahlte auch auf den Jahresbeginn 2025 aus. Zudem zeigten Unternehmensumfragen im Jänner und Februar keine Besserung der Lage an. Auch die Erwartungen deuten nicht auf eine baldige Trendwende hin. Erst im 2. Halbjahr sollte sich eine zaghafte Besserung zeigen, zumal sich dann sowohl die außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen als auch die Binnenkonjunktur aufhellen werden.

Für ein positives Ergebnis im Gesamtjahr wird diese Belebung jedoch zu spät kommen, womit das BIP 2025 um 0,3% schrumpfen wird. Ein Wachstum erwartet das WIFO erst 2026 (+1,2%).

Die österreichische Wirtschaft erlebt 2025 das dritte Rezessionsjahr in Folge. Erst ab der Jahresmitte sollte die Konjunktur wieder etwas Fahrt aufnehmen. Auch die Konsumnachfrage wird wieder leicht zulegen, infolge der Budgetkonsolidierung jedoch verhalten bleiben.

Österreich war 2024 gemessen an der BIP-Entwicklung das Schlusslicht in der EU.

Übersicht 3: **Entwicklung der Bruttowertschöpfung**
Zu Herstellungspreisen

	2023	2024	2025	2026	2023	2024	2025	2026
	Mrd. € (Referenzjahr 2015)				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)								
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	4,42	4,53	4,53	4,55	– 2,7	+ 2,4	± 0,0	± 0,0
Herstellung von Waren einschließlich Bergbau	72,39	68,55	66,50	70,17	– 2,3	– 5,3	– 3,0	+ 2,3
Energie- und Wasserversorgung, Abfallentsorgung	10,21	9,36	9,41	9,95	+ 8,1	– 8,3	+ 0,5	+ 1,0
Bauwirtschaft	16,34	15,63	15,71	16,09	– 7,5	– 4,4	+ 0,5	+ 1,6
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz	39,88	39,21	39,21	39,94	– 5,7	– 1,7	± 0,0	+ 1,4
Verkehr	18,69	18,34	18,34	18,69	– 2,5	– 1,9	± 0,0	+ 1,0
Beherbergung und Gastronomie	10,70	10,28	10,46	11,07	+ 5,4	– 3,9	+ 1,8	+ 2,2
Information und Kommunikation	16,10	16,51	16,59	16,67	+ 3,0	+ 2,5	+ 0,5	+ 1,0
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	16,85	17,61	17,52	18,20	– 8,1	+ 4,5	– 0,5	+ 1,0
Grundstücks- und Wohnungswesen	31,33	31,52	31,52	31,90	+ 0,5	+ 0,6	± 0,0	± 0,0
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen ¹⁾	36,20	35,54	35,33	36,44	– 0,7	– 1,8	– 0,6	+ 1,7
Öffentliche Verwaltung ²⁾	59,89	61,10	61,10	61,10	+ 2,2	+ 2,0	± 0,0	+ 0,5
Sonstige Dienstleistungen ³⁾	8,92	8,89	8,91	9,00	+ 4,7	– 0,3	+ 0,3	+ 1,0
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche ⁴⁾	340,92	336,23	334,66	338,72	– 1,2	– 1,4	– 0,5	+ 1,2
Bruttoinlandsprodukt	381,39	376,91	375,92	380,58	– 1,0	– 1,2	– 0,3	+ 1,2

Q: WIFO, Statistik Austria. 2025 und 2026: Prognose. – ¹⁾ Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (ÖNACE 2008, Abschnitte M bis N). – ²⁾ Einschließlich Sozialversicherung, Verteidigung, Erziehung, Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen (ÖNACE 2008, Abschnitte O bis Q). – ³⁾ Einschließlich Kunst, Unterhaltung und Erholung, private Haushalte (ÖNACE 2008, Abschnitte R bis U). – ⁴⁾ Vor Abzug der Gütersubventionen und vor Zurechnung der Gütersteuern.

Übersicht 4: **Technische Zerlegung der Wachstumsprognose des realen BIP**

		2023	2024	2025	2026
Wachstumsüberhang ¹⁾	Prozentpunkte	+ 0,7	- 0,9	- 0,5	+ 0,3
Jahresverlaufsrate ²⁾	in %	- 2,4	- 0,9	+ 0,5	+ 1,5
Jahreswachstumsrate	in %	- 1,0	- 1,2	- 0,3	+ 1,2
Bereinigte Jahreswachstumsrate ³⁾	in %	- 0,9	- 1,3	- 0,3	+ 1,2
Kalendereffekt ⁴⁾	Prozentpunkte	- 0,1	+ 0,2	- 0,1	+ 0,0

Q: WIFO. 2025 und 2026: Prognose. – ¹⁾ Effekt der unterjährigen Dynamik im Vorjahr auf das Wachstum des Folgejahres. Jahreswachstumsrate, wenn das BIP des aktuellen Jahres auf dem Niveau des IV. Quartals des Vorjahres bleibt, saison- und arbeitstagsbereinigt gemäß Eurostat. – ²⁾ Beschreibt die Konjunkturdynamik innerhalb eines Jahres. Vorjahresveränderung im IV. Quartal, saison- und arbeitstagsbereinigt gemäß Eurostat. – ³⁾ Saison- und arbeitstagsbereinigt gemäß Eurostat. Vergleichswert zur Konjunkturprognose der OeNB. – ⁴⁾ Effekt der Zahl der Arbeitstage und des Schalttages. Die Summe aus bereinigter Jahreswachstumsrate und Kalendereffekt kann vom Wert der unbereinigten Jahreswachstumsrate abweichen, da diese auch Saison- und irreguläre Effekte enthält.

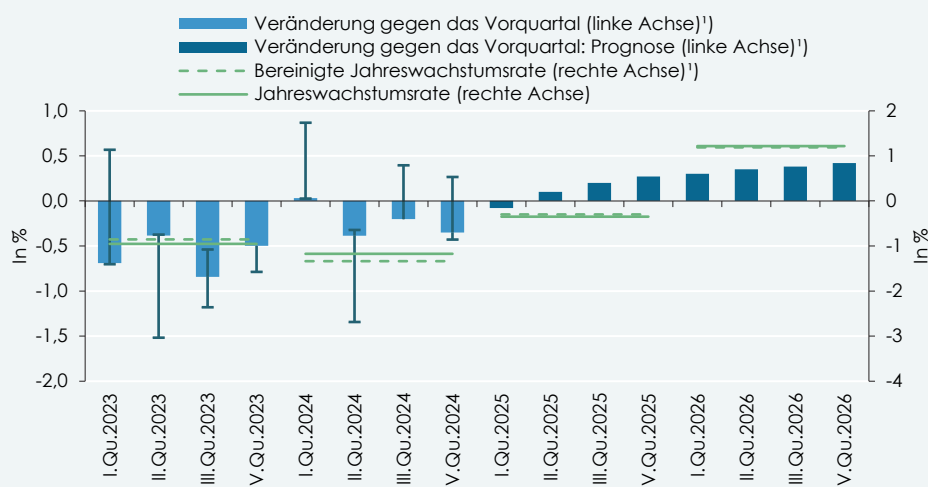
Übersicht 5: **Revision der Wachstumsprognose**
BIP, real

		2025	2026
WIFO-Konjunkturprognose Dezember 2024	in %	+ 0,6	+ 1,2
Datenrevision ¹⁾	Prozentpunkte	- 0,1	- 0,0
Prognosefehler für das IV. Quartal 2024 ²⁾	Prozentpunkte	- 0,3	+ 0,0
Prognoserevision	Prozentpunkte	- 0,5	+ 0,0
WIFO-Konjunkturprognose März 2025	in %	- 0,3	+ 1,2

Q: WIFO. – ¹⁾ Revision der vierteljährlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) durch Statistik Austria gegenüber jenem Stand, der zur Erstellung der WIFO-Konjunkturprognose vom Dezember 2024 herangezogen wurde. – ²⁾ Zum Zeitpunkt der Erstellung der WIFO-Konjunkturprognose vom Dezember 2024 lagen für dieses Quartal noch keine Werte laut Statistik Austria vor.

Abbildung 2: **Konjunkturbild Österreich**

BIP, real

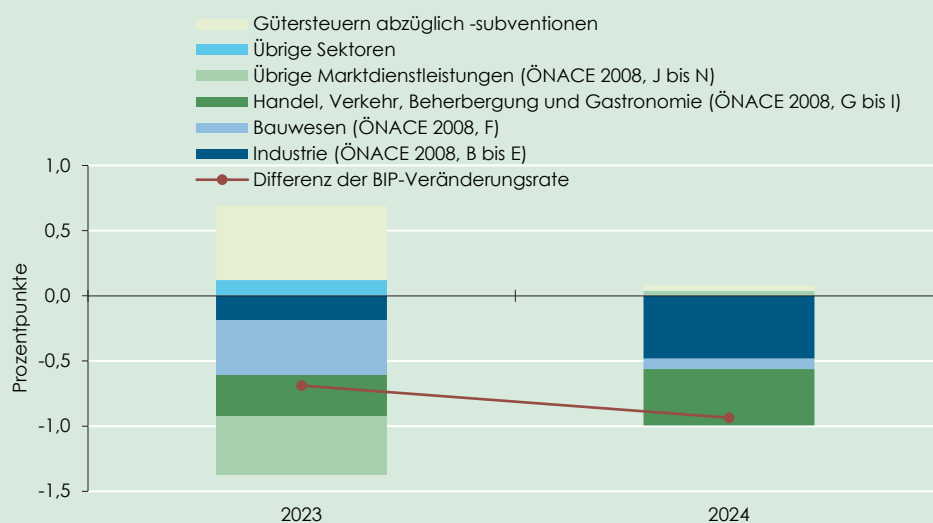


Q: WIFO. – ¹⁾ Saison- und arbeitsstagsbereinigt gemäß Eurostat. Die Fehlerindikatoren zeigen die Bandbreite der bisherigen Revisionen der realisierten Werte.

Warum wuchs die österreichische Wirtschaft in den Jahren 2023 und 2024 deutlich schwächer als die deutsche?

Sowohl die Wirtschaft Deutschlands als auch jene Österreichs weisen einen hohen Industrieanteil auf. Auch hinsichtlich der Industriestruktur gibt es viele Ähnlichkeiten. In der Vergangenheit entwickelten sich beide Volkswirtschaften daher oftmals sehr ähnlich. Da die Wirtschaftskrise in der EU vor allem die konjunktursensible Industrie traf, verwundert es, dass die deutsche Wirtschaft sowohl 2023 als auch 2024 weniger stark schrumpfte als die österreichische. Im Jahr 2023 sank Österreichs Wirtschaftsleistung um 1%, während jene Deutschlands lediglich um 0,3% zurückging. Hierdurch ergab sich eine Wachstumsdifferenz von 0,7 Prozentpunkten, die in Abbildung 3 durch einen Punkt dargestellt ist.

Abbildung 3: **Beiträge zur Wachstumsdifferenz zwischen Österreich und Deutschland**



Q: Eurostat, Macrobond, WIFO.

2024 ging die Wirtschaftsleistung Deutschlands nur um 0,2% zurück, während sie sich in Österreich um 1,2% verringerte, wodurch sich eine noch höhere Wachstumsdifferenz von rund 1 Prozentpunkt ergab. Abbildung 2 stellt die Beiträge zur Wachstumsdifferenz für wichtige Wirtschaftsaggregate dar. Die Industriewertschöpfung war 2023 lediglich für einen kleinen Teil (0,2 Prozentpunkte) des Unterschiedes verantwortlich. Wesentlich schlechter als in Deutschland entwickelte sich in diesem Jahr die heimische Bauwirtschaft, was ½ Prozentpunkt zur Differenz beitrug. Die Marktdienstleistungen (ohne Handel, Verkehr, Beherbergung und Gastronomie) drückten das Ergebnis im gleichen Ausmaß. Auch Handel, Verkehr, Beherbergung und Gastronomie verliefen im Aggregat deutlich schlechter als in Deutschland. Demgegenüber entwickelte sich die Position der Gütersteuern abzüglich -subventionen wesentlich besser als im Nachbarland und stützte das BIP.

Hauptverantwortlich für die Wachstumsdifferenz von rund 1 Prozentpunkt im Jahr 2024 waren klar die Industrie und der Bereich Handel, Verkehr, Beherbergung und Gastronomie.

3.1 Außenwirtschaftliche Impulse werden Mitte 2025 einsetzen

Die Zollandrohung der USA auf Importe aus der EU sorgt für hohe Unsicherheit, zumal die USA der größte Exportmarkt der EU sowie Deutschlands und der zweitgrößte Exportmarkt Österreichs sind. Wegen der anhaltenden Lockerung der Geldpolitik und des tendenziellen Rückgangs der Inflation wird sich das Investitionsklima im Euro-Raum ab Mitte 2025 dennoch verbessern. Auch die Konsumnachfrage sollte wieder mehr im Einklang mit der Einkommensentwicklung stehen und wachsen. Gegen Jahresende 2025 werden zudem die verstärkten Infrastruktur- und Rüstungsausgaben für eine kräftigere Nachfrage in Deutschland sorgen. Sie sollte 2026 auch etwas auf die österreichische Wirtschaft ausstrahlen.

Nach einem Rückgang des österreichischen Warenexportes laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung (VGR) um real fast 6% im Vorjahr ist 2025 mit einer weiteren Reduktion um 1,5% zu rechnen. Für 2026 erwartet das WIFO einen Anstieg um 1,0%. Auch für den Gesamtexport (Waren und Dienstleistungen) ist 2025 noch ein Rückgang in realer Rechnung zu erwarten (–0,9%), für 2026 jedoch ein Zuwachs von 1,7%.

Da die Importpreise in den Jahren 2021 bis 2023 stärker stiegen als die Exportpreise, verschlechterten sich die Terms-of-Trade in diesem Zeitraum beträchtlich. Erst im Vorjahr verbesserten sie sich wieder um 2,3%. 2025 und 2026 wird die Preisentwicklung für Aus- und Einfuhren gleichförmiger verlaufen, sodass sich die Terms-of-Trade kaum verändern dürften (2025 –0,5%, 2026 +0%).

Übersicht 6: Entwicklung der Nachfrage

Real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)

	2023	2024	2025	2026	2023	2024	2025	2026
	Mrd. € (Referenzjahr 2015)				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Konsumausgaben insgesamt	267,36	268,73	268,87	272,00	+ 0,0	+ 0,5	+ 0,1	+ 1,2
Private Haushalte ¹⁾	190,19	190,34	190,72	193,39	– 0,5	+ 0,1	+ 0,2	+ 1,4
Bruttoinvestitionen	90,43	83,72	82,95	84,78	– 13,0	– 7,4	– 0,9	+ 2,2
Bruttoanlageinvestitionen	90,50	87,40	86,82	88,35	– 3,2	– 3,4	– 0,7	+ 1,8
Ausrüstungen ²⁾	31,52	30,09	28,89	29,18	+ 4,4	– 4,5	– 4,0	+ 1,0
Bauten	37,16	35,14	35,31	35,88	– 9,3	– 5,4	+ 0,5	+ 1,6
Sonstige Anlagen ³⁾	22,40	22,88	23,23	23,92	– 0,3	+ 2,2	+ 1,5	+ 3,0
Inländische Verwendung	359,46	353,86	354,34	359,31	– 3,5	– 1,6	+ 0,1	+ 1,4
Exporte	231,72	221,82	219,86	223,70	– 0,4	– 4,3	– 0,9	+ 1,7
Reiseverkehr	16,01	16,25	16,46	16,73	+ 13,9	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,7
Minus Importe	210,61	199,98	199,58	203,71	– 4,6	– 5,0	– 0,2	+ 2,1
Reiseverkehr	10,24	10,80	10,84	11,07	+ 14,8	+ 5,5	+ 0,4	+ 2,2
Bruttoinlandsprodukt	381,39	376,91	375,92	380,58	– 1,0	– 1,2	– 0,3	+ 1,2
Nominell	473,23	481,94	492,37	508,50	+ 5,6	+ 1,8	+ 2,2	+ 3,3

Q: WIFO, Statistik Austria. 2025 und 2026: Prognose. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich militärischer Waffensysteme. – ³⁾ Überwiegend geistiges Eigentum (Forschung und Entwicklung, Computerprogramme, Urheberrechte).

3.2 Erholung der Industrieproduktion lässt weiter auf sich warten

Die anhaltend schwache Industriekonjunktur im Euro-Raum ließ auch die heimische Industrie gegen Jahresende 2024 weiter schrumpfen. Unternehmensumfragen spiegeln nach wie vor die schlechte Wirtschaftslage und die trüben Aussichten wider. 2025 wird die Wertschöpfung in der Herstellung von Waren daher das dritte Jahr in Folge zurückgehen. Nach real –1,8% im Jahr 2023 und einem Einbruch um 5,5% im Vorjahr ist für 2025 mit einer weiteren Reduktion um 3% zu rechnen.

Die schlechte Entwicklung in der Industrie in den Jahren 2023 und 2024 lässt sich schwerlich einzelnen Wirtschaftszweigen zuschreiben. Für die größten Branchen der Herstellung von Waren zeichnet der Industrieproduktionsindex sowohl für Deutschland als auch für Österreich ein recht heterogenes

Bild (Abbildung 4). Auch Österreichs wichtigste Industriezweige, die Herstellung von Metallerzeugnissen (C25) und der Maschinenbau (C28), entwickelten sich über die Jahre uneinheitlich.

3.3 Investitionen bleiben über den Prognosehorizont schwach

Die heimischen Bruttoanlageinvestitionen waren bereits 2022 kaum mehr gestiegen (real +0,4%) und gingen in den beiden Folgejahren stark zurück (2023 –3,2%, 2024 –3,4%). 2025 ist mit einem weiteren Rückgang um 0,7% zu rechnen. Erst 2026 sollte sich die Investitionstätigkeit wieder beleben und um 1,8% zulegen.

Nach drei Jahren teils drastischer Einbußen tritt die österreichische Bauwirtschaft 2025 in eine Phase der Stabilisierung ein. Seit Jahresbeginn 2024 sind die Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests für diese Branche weitge-

Die Schwäche der heimischen Industrie lässt sich kaum an einzelnen Branchen festmachen.

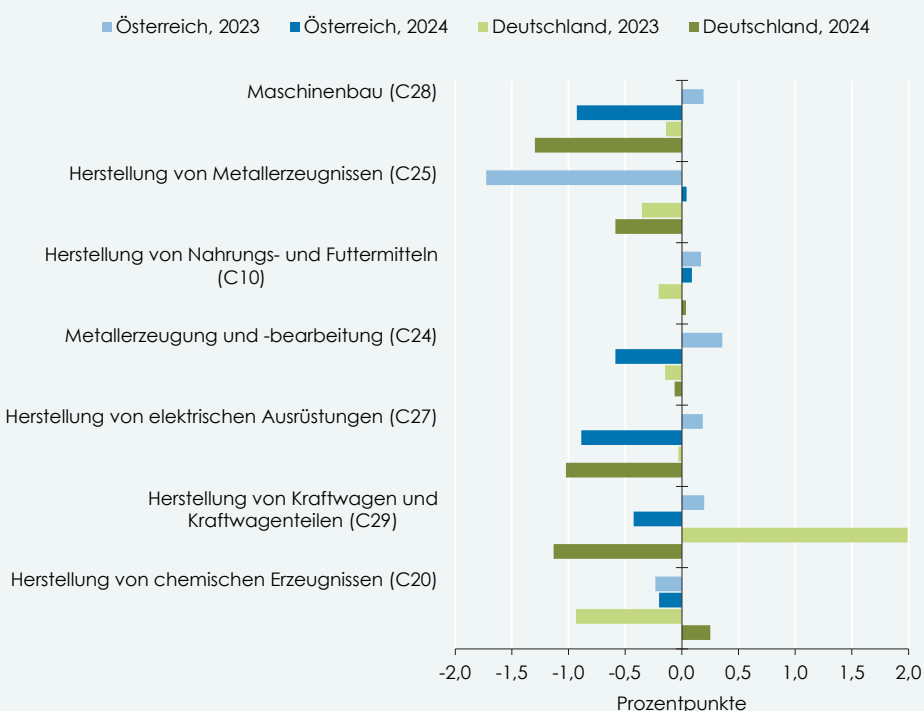
hend stabil oder verbesserten sich sogar leicht, blieben insgesamt aber auf einem niedrigen Niveau.

Nach Segmenten wird der Wohnbau weiterhin schleppender verlaufen als der Nichtwohnbau, wobei sich die Unterschiede bereits im Jahresverlauf 2024 abschwächen. Die erwartete Stabilisierung der Bauwirtschaft im laufenden Jahr beruht im Wesentlichen auf den Zinssenkungen der EZB seit der Jahresmitte 2024. 2025 sind weitere Zinsschritte zu erwarten, wodurch die Finanzierungskosten weiter sinken werden. Die Neuvergaben von Hypothekarkrediten und die

Immobilientransaktionen nehmen bereits seit mehreren Monaten zu. Ebenfalls stützend wird die Lockerung der makroprudenziellen Rahmenbedingungen infolge des Auslaufs der Kreditinstitute-Immobilienfinanzierungsmaßnahmen-Verordnung (KIM-Verordnung) ab der Jahresmitte 2025 wirken. Ebenso sollte die im Vorjahr in Kraft gesetzte Wohnbauintiative der Bundesregierung 2025 mehr und mehr ihre stimulierende Wirkung entfalten, jedoch erst 2026 voll zum Tragen kommen. Für 2025 ist daher noch mit einem verhaltenen Anstieg der Bauinvestitionen um real 0,5% zu rechnen, welcher sich 2026 auf 1,6% beschleunigen wird.

Der mehrjährige Rückgang der Bauinvestitionen endet 2025.

Abbildung 4: **Wachstumsbeiträge der wichtigsten Industriezweige**



Q: Eurostat, Macrobond, WIFO. Veränderungsraten des Industrieproduktionsindex, gewichtet mit Wertschöpfungsanteilen 2021 gemäß der strukturellen Unternehmensstatistik. In Klammer sind die Codes der jeweiligen Abteilung in der ÖNACE-2008-Klassifikation angegeben.

Auch die Nachfrage nach Ausrüstungen und sonstigen Anlagen bleibt über den Prognosehorizont verhalten. Hier setzten die Rückgänge erst 2024 und somit zwei Jahre später ein als bei den Bauinvestitionen. Nach -1,8% im Jahr 2024 ist 2025 erneut mit einer Verringerung zu rechnen. Die nach wie vor beträchtliche Unterauslastung der Produktionskapazitäten und die geopolitische Unsicherheit dämpfen die Investitionsbereitschaft. Die Investitionsdynamik dürfte daher auch 2025 schwach bleiben. Laut WIFO-Investitionsbefragung von Herbst 2024 planen Sachgütererzeuger zurückhaltender als Dienstleistungsunternehmen. Sowohl Großunternehmen als auch kleine und mittelgroße Unternehmen dürften ihre Investi-

tionen 2025 einschränken. Wo Investitionen stattfinden, werden sie mit der voranschreitenden technologischen Entwicklung begründet. Am häufigsten dienen sie derzeit dem Ersatz veralteter Anlagen oder Ausrüstungen, während Kapazitätserweiterungen angesichts der Konjunkturschwäche lediglich eine untergeordnete Rolle spielen.

2026 werden die Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen infolge der Konjunkturaufhellung und der günstigeren Finanzierungsbedingungen wieder um knapp 2% wachsen. In vielen Fällen wird es sich jedoch um notwendig gewordene Ersatzinvestitionen handeln.

3.4 Privater Konsum wächst erst 2026 wieder dynamischer

Nachdem die Konsumausgaben der privaten Haushalte 2023 in realer Rechnung geschrumpft waren (–0,5%), stiegen sie 2024 trotz des kräftigen Zuwachses der verfügbaren

baren Einkommen kaum (+0,1%). Damit wirkte der private Konsum anders als in früheren Krisen nicht konjunkturstabilisierend. Auch der Bevölkerungszuwachs änderte nichts an der ausgeprägten Konsumschwäche.

Übersicht 7: Konsum und Preise

	2021	2022	2023	2024	2025	2026
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real					
Private Konsumausgaben ¹⁾	+ 4,8	+ 4,9	– 0,5	+ 0,1	+ 0,2	+ 1,4
Dauerhafte Konsumgüter	+ 6,4	– 4,5	– 5,4	+ 0,6	+ 0,5	+ 1,5
Nichtdauerhafte Konsumgüter und Dienstleistungen	+ 4,6	+ 6,0	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,2	+ 1,4
Forderungen an inländische Nichtbanken (Jahresendstände)	+ 6,6	+ 5,0	+ 0,7	+ 0,7	+ 1,0	+ 1,7
Verbraucherpreise						
National	+ 2,8	+ 8,6	+ 7,8	+ 2,9	+ 2,7	+ 2,1
Harmonisiert	+ 2,8	+ 8,6	+ 7,7	+ 2,9	+ 2,8	+ 2,1
Kerninflation ²⁾	+ 2,3	+ 5,1	+ 7,3	+ 3,9	+ 2,6	+ 2,0

Q: WIFO, OeNB, Statistik Austria. 2025 und 2026: Prognose. – ¹⁾ Private Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Ohne Energie, Lebensmittel, Alkohol und Tabak.

Übersicht 8: Löhne, Wettbewerbsfähigkeit

	2021	2022	2023	2024	2025	2026
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Löhne und Gehälter pro Kopf ¹⁾						
Nominell, brutto	+ 2,7	+ 4,9	+ 6,9	+ 8,3	+ 3,3	+ 2,6
Real ²⁾						
Brutto	– 0,1	– 3,4	– 0,9	+ 5,3	+ 0,6	+ 0,5
Netto	– 0,8	– 2,7	– 0,5	+ 5,3	+ 0,8	+ 0,3
Löhne und Gehälter je geleistete Arbeitsstunde ³⁾						
Real ²⁾ , netto	– 4,0	– 2,4	– 0,5	+ 6,9	+ 1,2	– 0,1
	In %					
Lohnquote, bereinigt ⁴⁾	62,4	62,1	63,5	67,9	69,7	69,7
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Lohnstückkosten ⁵⁾ , nominell						
Gesamtwirtschaft	– 0,5	+ 2,1	+ 8,6	+10,1	+ 4,0	+ 2,0
Herstellung von Waren	– 6,5	– 0,4	+ 9,7	+12,4	+ 7,1	+ 0,2
Effektiver Wechselkursindex Industriewaren ⁶⁾						
Nominell	+ 0,6	– 1,5	+ 1,9	+ 1,1	– 0,2	+ 0,2
Real	+ 0,2	– 1,8	+ 3,4	+ 0,9	– 0,1	– 0,0

Q: WIFO, Statistik Austria. 2025 und 2026: Prognose. – ¹⁾ Beschäftigungsverhältnisse laut VGR. – ²⁾ Deflationiert mit dem VPI. – ³⁾ Laut VGR. – ⁴⁾ Arbeitnehmerentgelte in Relation zum BIP zu Faktorkosten, bereinigt um den Anteil der unselbständig Beschäftigten an den Erwerbstätigen (Personen laut VGR). – ⁵⁾ Arbeitskosten in Relation zur Produktivität (Arbeitnehmerentgelte von unselbständig Beschäftigten je geleistete Arbeitsstunde im Verhältnis zum BIP bzw. zur Bruttowertschöpfung von Erwerbstätigen je geleistete Arbeitsstunde) einschließlich Kurzarbeitsbeihilfen. – ⁶⁾ Export- und importgewichtet, real, gemessen am harmonisierten VPI.

Die Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung werden 2025 und 2026 den Konsumspielraum einschränken.

Auch 2025 ist noch nicht mit einer dynamischen Ausweitung zu rechnen. Die Inflationsrate wird mit 2,7% nur wenig unter jener des Vorjahres liegen und zusammen mit den Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung das real verfügbare Einkommen schmälern. In den unteren Einkommensquintilen wird die im Sparpaket der Bundesregierung vorge-

sehene Kürzung der Transfers zu einem großen Teil konsummindernd wirken. In den anderen Quintilen ist hingegen eine Ausweitung des Konsums zu Lasten der Sparquote möglich, wodurch sich diese 2025 verringern wird. Dies ermöglicht trotz der schwachen Realeinkommensentwicklung ein leichtes Wachstum des privaten Konsums von 0,2%.

Für 2026 rechnet das WIFO mit einer weiteren Reduktion der Sparquote. Begünstigt durch den Anstieg der real verfügbaren Einkommen und den Rückgang der Inflationsrate dürfte daher der private Konsum im kommenden Jahr wieder etwas kräftiger wachsen (2026 +1,4%).

3.5 Inflation sinkt in vermindertem Tempo

2024 sank die Inflationsrate von 7,8% im Jahr zuvor auf 2,9% (laut VPI). Aufgrund des kontinuierlichen Rückgangs im Jahresverlauf 2024 unterschritten die monatlichen Raten im Schlussquartal die 2%-Marke.

Anfang 2025 verteuerte sich Energie infolge des Auslaufens der Strompreisbremse, gestiegener Netzentgelte und der Anhebung des CO₂-Preises deutlich. In der Folge erreichte die Inflationsrate im Jänner und Februar wieder Werte über 3%. Der Inflationsbeitrag der Dienstleistungen war auch zu Jahresbeginn noch beträchtlich.

Das WIFO rechnet daher für 2025 mit einem Anstieg des VPI um 2,7%. 2026 sollte der Inflationsdruck weiter auf 2,1% nachlassen. Die Kerninflation (Gesamtinflation ohne Energie, Lebensmittel, Alkohol und Tabak, gemäß HVPI) wird sich rascher zurückbilden als der VPI insgesamt. Nach 3,9% im Jahr 2024 wird sie 2025 auf 2,6% und 2026 weiter auf 2,0% schrumpfen.

Die Inflationsprognose erfolgte vor dem Hintergrund eines unsicheren Umfeldes von Zollerhöhungen, die über gestiegene Importpreise für Produkte aus den USA die heimische Inflation anfachen könnten. Zudem haben geopolitische Unwägbarkeiten große Auswirkungen auf die Preise von Energieträgern.

3.6 Weiterer Anstieg der Beschäftigung bei leicht steigender Arbeitslosigkeit

Trotz der Rezession wuchs die unselbstständig aktive Beschäftigung 2024 um 0,2%. Im Jänner und Februar 2025 betrug der Anstieg gegenüber dem Vorjahr 0,3%, nachdem er im Dezember kurzfristig sogar 0,6% betragen hatte. Dies dürfte allerdings dem Meldeverhalten der Bauunternehmen zu den Weihnachtsfeiertagen geschuldet gewesen sein²⁾.

Derzeit wird die Beschäftigungsentwicklung insbesondere von den öffentlichkeitsnahen Dienstleistungen (ÖNACE 2008, Abschnitte O bis Q) gestützt, die in den ersten beiden

Monaten 2025 gegenüber dem Vorjahr um 2,6% expandierten. Beschäftigungszuwächse meldeten zu Jahresbeginn auch der Verkehrssektor, die Beherbergung und Gastronomie, die Information und Kommunikation, die Finanz- und Versicherungsdienstleistungen sowie die Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen.

Anhaltend rückläufig war die Beschäftigung dagegen in der Herstellung von Waren, im Bauwesen, dem Handel sowie in der Erbringung sonstiger wirtschaftlicher Dienstleistungen, allen voran in der darin enthaltenen Arbeitskräfteüberlassung. Letztere reagiert besonders früh auf Konjunkturschwankungen. Bereits im November 2022 sah sich diese Branche mit Beschäftigungsverlusten konfrontiert. Im Gesamtjahr 2024 betrug der Rückgang 14,2%. Im Jänner und Februar 2025 wies eine Reduktion von knapp 10% im Jahresabstand auf die weiter angespannte Konjunktur hin.

Für 2025 rechnet das WIFO mit einem schwachen Beschäftigungsanstieg in Höhe von 0,3%, der sich 2026 aufgrund der Konjunkturaufhellung etwas auf 0,8% beschleunigen sollte.

Zwar stieg 2024 die Beschäftigung auch im zweiten Jahr der Rezession, allerdings sank gleichzeitig die Arbeitszeit je Beschäftigten um 1,4% (laut VGR). Für das dritte Rezessionsjahr wird ein weiterer Rückgang um 0,4% prognostiziert. Erst 2026 dürfte die Arbeitszeit je Beschäftigten wieder leicht um 0,3% zulegen.

Die Arbeitslosigkeit dürfte sich 2025 um 15.000 Personen erhöhen. Die Abschaffung der Bildungskarenz ab 1. April 2025 wird den Bestand leicht steigern. Im Vergleich mit dem Vormonat wird die Arbeitslosigkeit erst ab dem I. Quartal 2026 wieder sinken. Im Jahresdurchschnitt 2026 dürfte sie sich im Vorjahresvergleich um 8.000 Personen verringern.

Die Arbeitslosenquote stieg bedingt durch die Rezession bereits im Jahr 2023 leicht von 6,3% auf 6,4%. 2024 beschleunigte sich der Anstieg auf 7,0%. Für 2025 ist mit einer weiteren Zunahme auf 7,3% zu rechnen, womit dieses Jahr der Höchststand der aktuellen Rezession erreicht wird. Erst 2026 wird sich die Quote im Zuge der konjunkturellen Besserung wieder auf 7,1% verringern.

Der Rückgang der Inflationsrate wird sich 2025 verlangsamt fortsetzen und 2026 wieder beschleunigen.

Die Arbeitslosenquote erreicht 2025 ihren Zenit.

²⁾ Von Jänner bis November 2024 sank die Beschäftigung im Bauwesen im Jahresabstand um durchschnittlich 9.000 Beschäftigungsverhältnisse (-3,1%). Im

Dezember stagnierte sie, ging aber im Jänner 2025 abermals deutlich zurück.

Übersicht 9: Arbeitsmarkt

	2021	2022	2023	2024	2025	2026
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000					
Nachfrage nach Arbeitskräften						
Aktiv Erwerbstätige ¹⁾	+ 96,9	+ 116,2	+ 48,0	+ 10,4	+ 14,0	+ 37,0
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	+ 90,4	+ 110,2	+ 44,8	+ 8,4	+ 11,0	+ 32,0
Inländische Arbeitskräfte	+ 28,1	+ 22,9	– 9,0	– 16,7	– 19,0	– 8,0
Ausländische Arbeitskräfte	+ 62,4	+ 87,4	+ 53,8	+ 25,0	+ 30,0	+ 40,0
Selbständige ²⁾	+ 6,5	+ 6,0	+ 3,2	+ 2,0	+ 3,0	+ 5,0
Angebot an Arbeitskräften						
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter						
15 bis 64 Jahre	+ 5,4	+ 48,6	+ 36,9	– 2,5	– 20,3	– 22,1
Erwerbspersonen ³⁾	+ 19,0	+ 47,6	+ 55,7	+ 37,4	+ 29,0	+ 29,0
Überhang an Arbeitskräften						
Arbeitslose (laut AMS)	– 77,9	– 68,6	+ 7,7	+ 27,1	+ 15,0	– 8,0
Personen in Schulung	+ 13,2	– 0,8	+ 1,0	+ 5,0	+ 1,0	± 0,0
In%						
Arbeitslosenquote						
In % der Erwerbspersonen (laut Eurostat) ⁴⁾	6,2	4,8	5,1	5,2	5,3	5,2
In % der Erwerbspersonen (laut AMS)	7,2	5,6	5,7	6,2	6,5	6,3
In % der unselbständigen Erwerbspersonen (laut AMS)	8,0	6,3	6,4	7,0	7,3	7,1
Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Erwerbspersonen ³⁾	+ 0,4	+ 1,0	+ 1,2	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,6
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	+ 2,5	+ 3,0	+ 1,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,8
Arbeitslose (laut AMS)	– 19,0	– 20,7	+ 2,9	+ 10,0	+ 5,0	– 2,6
Stand in 1.000	331,7	263,1	270,8	297,9	312,9	304,9

Q: WIFO, Arbeitsmarktservice, Dachverband der Sozialversicherungsträger, Eurostat, Statistik Austria. 2025 und 2026: Prognose. – ¹⁾ Ohne Personen in aufrehtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – ²⁾ Laut WIFO, einschließlich freier Berufe und Mithelfender. – ³⁾ Aktiv Erwerbstätige plus Arbeitslose. – ⁴⁾ Labour Force Survey.

Übersicht 10: Produktivität

	2021	2022	2023	2024	2025	2026
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Gesamtwirtschaft						
Bruttoinlandsprodukt, real	+ 4,8	+ 5,3	– 1,0	– 1,2	– 0,3	+ 1,2
Erwerbstätige ¹⁾	+ 2,4	+ 2,7	+ 1,0	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,6
Produktion je Erwerbstätigen	+ 2,3	+ 2,5	– 2,0	– 1,6	– 0,5	+ 0,7
Arbeitszeit je Erwerbstätigen ²⁾	+ 2,5	– 0,3	– 0,1	– 1,4	– 0,3	+ 0,3
Stundenproduktivität ³⁾	– 0,2	+ 2,8	– 1,9	– 0,2	– 0,2	+ 0,3
Herstellung von Waren						
Bruttowertschöpfung, real	+ 10,9	+ 6,7	– 1,8	– 5,5	– 3,0	+ 2,3
Erwerbstätige ¹⁾	+ 0,6	+ 2,3	+ 1,2	– 1,2	– 1,2	+ 0,5
Produktion je Erwerbstätigen	+ 10,2	+ 4,3	– 2,9	– 4,3	– 1,8	+ 1,8
Arbeitszeit je Erwerbstätigen ²⁾	+ 4,3	– 0,8	– 0,3	+ 0,3	– 0,8	– 0,4
Stundenproduktivität ³⁾	+ 5,6	+ 5,1	– 2,6	– 4,7	– 1,0	+ 2,2

Q: WIFO, Statistik Austria. 2025 und 2026: Prognose. – ¹⁾ Unselbständige und Selbständige laut VGR (Beschäftigungsverhältnisse). – ²⁾ Geleistete Arbeitsstunden laut VGR. – ³⁾ Produktion je von Erwerbstätigen geleistete Arbeitsstunden laut VGR.

3.7 Treibhausgasemissionen sinken mit abnehmender Dynamik

Im Jahr 2025 führen zwei gegenläufige Trends zu einem leichten Rückgang der Treibhausgasemissionen. Einerseits dürfte der Energiebedarf aufgrund des negativen Konjunkturausblicks und der weiterhin wirksamen

Trends der Dekarbonisierung (Elektrifizierung und Ersatz fossiler Heizsysteme) sinken. Andererseits dürfte sich die Witterung wieder dem langfristigen Durchschnitt annähern, womit es kälter wäre als im Jahr 2024. Angesichts des im Jahresvergleich deutlich erhöhten Gasverbrauches im I. Quartal 2025 wird der Verbrauch im laufenden Jahr kaum sinken.

Auf dieser Grundlage werden die Emissionen 2025 lediglich um 1,8% zurückgehen (nach -2,8% 2024; vorläufige Schätzung).

2026 werden Maßnahmen zum Heizungstausch, die Zunahme der Elektromobilität, die Beimischung nichtfossiler Kraftstoffe und

der Ausbau der erneuerbaren Stromerzeugung die Emissionen weiter dämpfen. Allerdings wird die Warenproduktion wieder kräftiger wachsen. Die prognostizierte Aufhellung der Konjunktur schmälert den Emissionsrückgang auf -1,4%.

4. Prognoserisiken

Die größten Prognoserisiken birgt derzeit klar die Entwicklung der internationalen Konjunktur. In den USA wurden große wirtschaftspolitische Veränderungen angekündigt, allerdings zeichnet sich bisher kein klares Bild ab, das eine verlässliche Basis für eine Prognose wäre. Die Zollerhöhung von 10 Prozentpunkten auf Güter, die die USA aus der EU beziehen, tritt annahmegemäß ab dem II. Quartal 2025 in Kraft.

Auch die angekündigten expansiven Maßnahmen der EU im militärischen Bereich sind hinsichtlich ihrer inhaltlichen und zeitlichen Ausgestaltung noch recht vage. Lediglich Deutschland benannte sowohl den Umfang der beschlossenen Maßnahmen im Infrastruktur- und Militärbereich als auch die zeitliche Verteilung der Mittel konkreter. 2025 dürften die deutschen Maßnahmen noch kaum Wirkung entfalten und erst ab 2026

stimulierend wirken. Die Effekte für Österreichs Wirtschaft sollten positiv, jedoch verhalten ausfallen.

Hinsichtlich des Ukraine-Krieges wurde ein Anhalten der Kampfhandlungen und der EU-Sanktionen gegenüber Russland unterstellt. Allerdings hat durch die Neuausrichtung der Außenpolitik der USA die Unsicherheit zugenommen.

Für Österreich sind die Unwägbarkeiten hinsichtlich des Umfangs und der Auswirkungen der fiskalischen Einsparungen zu beachten. Das derzeitige Einsparvolumen dürfte nicht ausreichen, um das Defizit unter die angepeilte Marke von 3% des BIP zu drücken. Allfällige weitere Maßnahmen wurden in der vorliegenden Prognose nicht unterstellt, würden jedoch Auswirkungen auf einige ihrer Komponenten haben.

5. Literaturhinweise

Loretz, S., & Pitlik, H. (2025). Öffentliche Haushalte unter erheblichem Konsolidierungsdruck. Mittelfristige Budgetprojektion 2025 bis 2029. *WIFO-Monatsberichte*, 98(4), 191-198. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/58156012>.

Methodische Hinweise und Kurzglossar

Die laufende Konjunkturberichterstattung gehört zu den wichtigsten Produkten des WIFO. Um die Lesbarkeit zu erleichtern, werden ausführliche Erläuterungen zu Definitionen und Fachbegriffen nach Möglichkeit nicht im analytischen Teil gebracht, sondern im vorliegenden Glossar zusammengefasst.

Rückfragen: astrid.czaloun@wifo.ac.at, christine.kaufmann@wifo.ac.at, martha.steiner@wifo.ac.at

Periodenvergleiche

Zeitreihenvergleiche gegenüber der Vorperiode, z. B. dem Vorquartal, werden um jahreszeitlich bedingte Effekte bereinigt. Dies schließt auch die Effekte ein, die durch eine unterschiedliche Zahl von Arbeitstagen in der Periode ausgelöst werden (etwa Ostern).

Die Formulierung "veränderte sich gegenüber dem Vorjahr . . ." beschreibt hingegen eine Veränderung gegenüber der gleichen Periode des Vorjahres und bezieht sich auf unbereinigte Zeitreihen.

Die Analyse der saison- und arbeitstägig bereinigten Entwicklung liefert genauere Informationen über den aktuellen Konjunkturverlauf und zeigt Wendepunkte früher an. Die Daten unterliegen allerdings zusätzlichen Revisionen, da die Saisonbereinigung auf statistischen Methoden beruht.

Wachstumsüberhang

Der Wachstumsüberhang bezeichnet den Effekt der Dynamik im unterjährigen Verlauf (in saisonbereinigten Zahlen) des vorangegangenen Jahres (t_0) auf die Veränderungsrate des Folgejahres (t_1). Er ist definiert als die Jahresveränderungsrate des Jahres t_1 , wenn das BIP im Jahr t_1 auf dem Niveau des IV. Quartals des Jahres t_0 (in saisonbereinigten Zahlen) bleibt.

Durchschnittliche Veränderungsrate

Die Zeitangabe bezieht sich auf Anfangs- und Endwert der Berechnungsperiode: Demnach beinhaltet die durchschnittliche Rate 2005/2010 als 1. Veränderungsrate jene von 2005 auf 2006, als letzte jene von 2009 auf 2010.

Reale und nominelle Größen

Die ausgewiesenen Werte sind grundsätzlich real, also um Preiseffekte bereinigt, zu verstehen. Werden Werte nominell ausgewiesen (z. B. Außenhandelsstatistik), so wird dies eigens angeführt.

Inflation, VPI und HVPI

Die Inflationsrate misst die Veränderung der Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahr. Der Verbraucherpreisindex (VPI) ist ein Maßstab für die nationale Inflation. Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) ist die Grundlage für die vergleichbare Messung der Inflation in der EU und für die Bewertung der Preisstabilität innerhalb der Euro-Zone (siehe auch <https://www.statistik.at>).

Die Kerninflation als Indikator der Geldpolitik ist nicht eindeutig definiert. Das WIFO folgt der gängigen Praxis, für die Kerninflation die Inflationsrate ohne die Gütergruppen unverarbeitete Nahrungsmittel und Energie zu verwenden. So werden über 87% der im österreichischen Warenkorb für den Verbraucherpreisindex (VPI 2020) enthaltenen Güter und Dienstleistungen in die Berechnung der Kerninflation einbezogen.

WIFO-Konjunkturtest und WIFO-Investitionsbefragung

Der WIFO-Konjunkturtest ist eine monatliche Befragung von rund 1.700 österreichischen Unternehmen zur Einschätzung ihrer aktuellen und künftigen wirtschaftlichen Lage. Die WIFO-Investitionsbefragung ist eine halbjährliche Befragung von Unternehmen zu ihrer Investitionstätigkeit im Rahmen des WIFO-Konjunkturtests (<https://www.konjunkturtest.at>). Die Indikatoren sind Salden zwischen dem Anteil der positiven und jenem der negativen Meldungen an der Gesamtzahl der befragten Unternehmen gewichtet nach Beschäftigten.

Arbeitslosenquote

Österreichische Definition: Anteil der zur Arbeitsvermittlung registrierten Personen am Arbeitskräfteangebot der Unselbständigen. Das Arbeitskräfteangebot ist die Summe aus Arbeitslosenbestand und unselbständig Beschäftigten (gemessen in Standardbeschäftigungsverhältnissen). Datenbasis: Registrierungen bei AMS und Dachverband der Sozialversicherungsträger.

Definition gemäß ILO und Eurostat: Als arbeitslos gelten Personen, die nicht erwerbstätig sind und aktiv einen Arbeitsplatz suchen. Als erwerbstätig zählt, wer in der Referenzwoche mindestens 1 Stunde selbständig oder unselbständig gearbeitet hat. Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, und Lehrlinge zählen zu den Erwerbstätigen, nicht hingegen Präsenz- und Zivildienstler. Die Arbeitslosenquote ist der Anteil der Arbeitslosen an allen Erwerbspersonen (Arbeitslose plus Erwerbstätige). Datenbasis: Umfragedaten von privaten Haushalten (Mikrozensus).

Begriffe im Zusammenhang mit der österreichischen Definition der Arbeitslosenquote

Personen in Schulungen: Personen, die sich zum Stichtag in AMS-Schulungsmaßnahmen befinden. Für die Berechnung der Arbeitslosenquote wird ihre Zahl weder im Nenner noch im Zähler berücksichtigt.

Unselbständig aktiv Beschäftigte: Zu den "unselbständig Beschäftigten" zählen auch Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. Zieht man deren Zahl ab, so erhält man die Zahl der "unselbständig aktiv Beschäftigten".

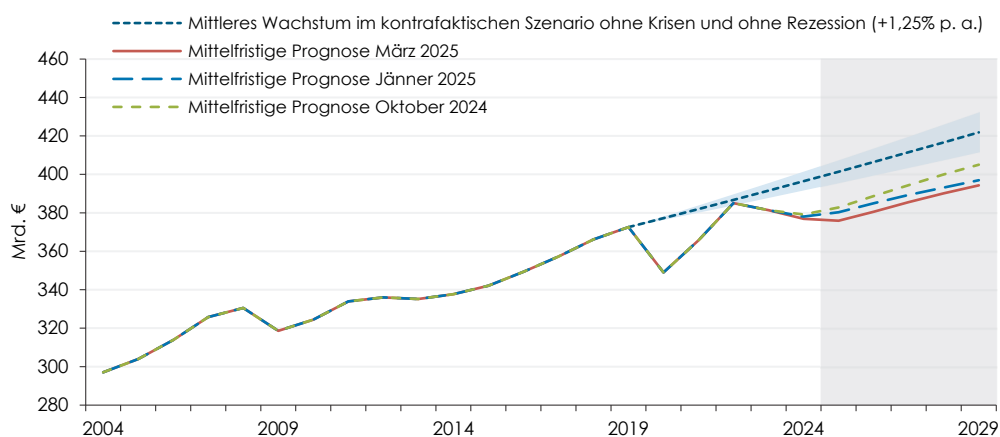
Handelskonflikte, Spardruck und Strukturprobleme hemmen das Wirtschaftswachstum in Österreich

Update der mittelfristigen Prognose 2025 bis 2029

Josef Baumgartner, Serguei Kaniovski

- Österreichs Wirtschaft schrumpft 2025 ($-1\frac{1}{4}\%$) das dritte Jahr in Folge. Für den Zeitraum 2026/2029 erwartet das WIFO ein durchschnittliches Wachstum von $1\frac{1}{4}\%$ p. a. ($\emptyset$ 2010/2019 $+1,6\%$ p. a.).
- Im Euro-Raum dürfte sich die Konjunktur infolge des geplanten deutschen Infrastruktur- und Verteidigungspaketes über den Prognosehorizont deutlich beleben ($\emptyset$ 2025/2029 $+2\%$ p. a.).
- In Österreich wird die Wirtschaft um $\frac{3}{4}$ Prozentpunkte p. a. schwächer wachsen als im Euro-Raum, da die Zeichen auf Budgetkonsolidierung stehen und die Übertragungseffekte aus Deutschland gering sein dürften.
- Infolge der zunehmenden Arbeitskräfteknappheit wird die Arbeitslosenquote von 7,3% im Jahr 2025 auf voraussichtlich 6% (2029) sinken.
- Die Inflation dürfte nach 2,7% (2025) bereits im Jahresverlauf 2026 den Zielwert der Europäischen Zentralbank von 2% erreichen und bis zum Ende des Prognosehorizontes dort verharren.

Vergleich der mittelfristigen WIFO-Prognosen zur Entwicklung des realen Bruttoinlandsproduktes in Österreich



"Österreichs Wirtschaft wird im Zeitraum 2025/2029 jährlich um knapp 1% wachsen. Der Wertschöpfungsverlust durch die Rezession 2023/2025 wird damit im Prognosezeitraum nicht wettgemacht."

Die österreichische Wirtschaft erlebt seit Herbst 2022 die längste Rezession in der Nachkriegszeit. Der kumulierte Wertschöpfungsverlust durch die Krisen seit 2020 beträgt für das laufende Jahrzehnt (2020/2029) zwischen 150 und 260 Mrd. € (Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. Blaue Schattierung: Wachstumstrichter im kontrafaktischen Szenario ohne Krisen und ohne Rezession: Obergrenze $+1,5\%$ jährliches BIP-Wachstum, Untergrenze $+1\%$ jährliches BIP-Wachstum).

Handelskonflikte, Spardruck und Strukturprobleme hemmen das Wirtschaftswachstum in Österreich

Update der mittelfristigen Prognose 2025 bis 2029

Josef Baumgartner, Serguei Kaniovski

Handelskonflikte, Spardruck und Strukturprobleme hemmen das Wirtschaftswachstum in Österreich. Update der mittelfristigen Prognose 2025 bis 2029

Der durch die expansive Fiskalpolitik Deutschlands angestoßene Aufschwung im Euro-Raum ab 2026 wird auch die österreichische Wirtschaft allmählich aus der Rezession ziehen. Nach -0,3% im Jahr 2025 erwartet das WIFO für 2026/2029 ein reales Wirtschaftswachstum von 1¼% p. a. (Ø 2010/2019 +1,6% p. a.). Da die fiskalischen Zeichen hierzulande auf Budgetkonsolidierung stehen und die Übertragungseffekte des deutschen Infrastruktur- und Rüstungspaketes gering ausfallen werden, dürfte Österreichs Wirtschaft 2025/2029 um ¾ Prozentpunkte p. a. schwächer wachsen als der Euro-Raum. Der demografische Wandel verstärkt im Prognosezeitraum die Arbeitskräfteknappheit. Dies dämpft einerseits das Trendwachstum, verringert jedoch andererseits die Arbeitslosigkeit: Die Arbeitslosenquote wird bis 2029 auf voraussichtlich 6% zurückgehen (2025: 7,3%). Der seit Ende 2021 beobachtete kräftige Preisauftrieb (Ø 2022/23 +8¼% p. a.) verlangsamt sich weiter deutlich (2025: 2,7%) und erreicht im Laufe des Jahres 2026 dauerhaft das 2%-Ziel der Europäischen Zentralbank (EZB).

Global Trade Conflicts, Fiscal Austerity and Structural Issues are Restraining Economic Growth in Austria. Update of the Medium-term Forecast 2025 to 2029

The upturn in the eurozone from 2026 onwards, driven by Germany's expansionary fiscal policy, will also gradually help the Austrian economy out of recession. After -0.3 percent in 2025, WIFO expects real economic growth of 1¼ percent p.a. for 2026-2029 (average 2010-2019 +1.6 percent p.a.). However, as fiscal policy in Austria is geared towards budget consolidation and the spillover effects of the German infrastructure and defense package will be low, Austria's economy is likely to grow by ¾ percentage points p.a. less than the eurozone in 2025-2029. Demographic change will exacerbate the labour shortage in the forecast period. While this will dampen trend growth, it will also reduce unemployment: the unemployment rate is expected to fall to 6 percent by 2029 (2025: 7.3 percent). The strong inflation observed since the end of 2021 (Ø 2022-23 +8¼ percent p.a.) continues to slow significantly (2025: 2.7 percent) and reaches the 2 percent target of the European Central Bank (ECB) permanently in the course of 2026.

JEL-Codes: E32, E37, E66, D31 • **Keywords:** Mittelfristige Prognose, Österreich

Zu den Definitionen siehe "Methodische Hinweise und Kurzglossar", in diesem Heft und <https://www.wifo.ac.at/wwadocs/form/WIFO-Konjunkturberichterstattung-Glossar.pdf>.

Begutachtung: Marcus Scheiblecker, Thomas Url • **Wissenschaftliche Assistenz:** Ursula Glauninger (ursula.glauninger@wifo.ac.at), Christine Kaufmann (christine.kaufmann@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 29. 4. 2025

Kontakt: Josef Baumgartner (josef.baumgartner@wifo.ac.at), Serguei Kaniovski (serguei.kaniovski@wifo.ac.at)

1. Vorbemerkungen

Die Rahmenbedingungen für die Erstellung einer mittelfristigen Prognose sind derzeit besonders herausfordernd. Die Unberechenbarkeit der Trump-Administration, die laufend mit neuen Zoll-Ankündigungen, sicherheitspolitischen Aussagen, etwa zur NATO, Ukraine und Russland, sowie territorialen Expansionsüberlegungen (Kanada, Grönland, Panama-Kanal) aufhorchen lässt, hat die wirtschaftliche Unsicherheit zusätzlich erhöht. Besonders mittel- bis längerfristige Konsum- und Investitionsentscheidungen werden derzeit eher verschoben. Diese Ausgabenzurückhaltung dämpft auch kurzfristig die wirtschaftliche Aktivität. Die neue EU-Kommission muss auf die handels- und sicherheitspolitischen Herausforderungen noch geeig-

nete Antworten finden, während die neue österreichische Bundesregierung mit einem unerwartet hohen Budgetdefizit konfrontiert ist (siehe Loretz & Pitlik, 2025, in diesem Heft). Wenngleich die Konsolidierungsmaßnahmen für die Jahre 2026 bis 2029 im Regierungsprogramm sehr vage formuliert sind, ist davon auszugehen, dass die Sparanstrengungen gegenüber der bisherigen Planung noch verstärkt werden. Dadurch dürften die binnenwirtschaftliche Aktivität und die Beschäftigung geringer ausfallen als in der vorliegenden Vorausschau unterstellt.

Letztere basiert auf der kurzfristigen WIFO-Konjunkturprognose vom März 2025 für die Jahre 2025 und 2026 (Scheiblecker & Ederer,

2025, in diesem Heft). Die Annahmen zur internationalen Entwicklung wurden am 4. März 2025 festgelegt. Weitere Informationen zur Entwicklung im Inland, die bis zum 24. März 2025 vorlagen, wurden berücksichtigt. Die am 31. März 2025 von Statistik

Austria veröffentlichten, revidierten Daten zu den Haushaltskonten 2024 konnten dagegen nicht mehr berücksichtigt werden¹⁾. Gleiches gilt für die Zollankündigungen der Trump-Administration am und nach dem 2. April 2025 ("Liberation Day").

2. Internationale Rahmenbedingungen

2.1 Annahmen zur Energiepreisentwicklung

Abbildung 1 vergleicht die derzeit unterstellte Preisentwicklung für Rohöl, Erdgas und Strom mit den Preispfaden, die früheren mittelfristigen WIFO-Prognosen zugrunde lagen. Die mittelfristigen Energiepreispfade basieren auf den (durchschnittlichen) Markterwartungen laut den Notierungen der Futures-Kontrakte. Für **Rohöl** unterstellt das WIFO 2025 einen Preis von 72 \$ je Barrel (Brent), der bis 2029 auf 67 \$ sinkt. Die Großhandelspreise für **Erdgas** (TTF +31%) und **Strom** (Base +24%) dürften sich 2025 aufgrund des Durchleitungstopps russischer Gaslieferung durch die Ukraine²⁾ im Vorjahresvergleich verteuern und in den Folgejahren wieder zurückgehen. Energie wird jedoch auch mittelfristig teurer bleiben als vor dem Preisschock 2021: 2025/2029 dürfte Erdgas im europäischen Großhandel durchschnittlich 1¼-mal so viel kosten wie im Zeitraum 2018/19; der Großabnahmepreis für Strom in Österreich wird voraussichtlich rund doppelt so hoch ausfallen. In den USA dürften die Großhandelspreise für Erdgas dagegen nur leicht über dem Niveau vor der COVID-19-Pandemie zu liegen kommen. Damit wird sich der Wettbewerbsnachteil Europas gegenüber den USA, der im Besonderen die energieintensive Industrie betrifft, kaum verringern und über den gesamten Prognosehorizont bestehen bleiben.

2.2 Geldpolitik und Wechselkurse

Die **Geldpolitik** in den **USA** und im **Euro-Raum** ist seit Mitte 2024 von einem Rückgang der Leitzinssätze geprägt (Abbildung 2). Im Euro-Raum sinkt der Dreimonatszinssatz annahmegemäß von 3,6% (2024) auf durchschnittlich 2½% im Zeitraum 2026/2029.

Die Sekundärmarktrendite für 10-jährige deutsche Bundesanleihen steigt von 2¼% (2024) auf 2¾% (2025/2029) – getrieben vom Finanzierungsbedarf für die umfangreichen Mehrausgaben für Infrastruktur und Verteidigung, welche die neue deutsche Koalitionsregierung angekündigt hat (CDU – CSU – SPD, 2025). Der **Wechselkurs** des **Dollar** gegenüber dem **Euro** wird auf Basis der beschriebenen Konjunktur- und Zinsentwicklung in den USA und im Euro-Raum leicht ansteigen (2025: 1,04 \$, 2029: 1,10 \$ je Euro).

2.3 Annahmen zur internationalen Konjunktur

Infolge des Energiepreisschocks, der restriktiveren Geldpolitik und der inflationsbedingt schwächeren Kaufkraft der privaten Haushalte trübte sich die Konjunktur in weiten Teilen Europas ab Mitte 2022 ein. Die Wachstumsdynamik blieb seither im langjährigen Vergleich schwach (Ø 2023/2025 +¼% p. a.; Ø 2010/2019 +1,4% p. a.). Die geplante expansive Fiskalpolitik der neuen deutschen Bundesregierung (CDU – CSU – SPD, 2025) wird 2026/2029 vor allem die deutsche Wirtschaft stärken (Dany-Knedlik et al., 2025). Die Übertragungseffekte auf Österreich dürften gering ausfallen (Scheiblecker & Ederer, 2025, in diesem Heft).

In den **USA** dürfte die Wirtschaftspolitik der Regierung Trump, im Besonderen die (erratische) Zollpolitik, das mittelfristige Wachstum dämpfen, da sich **importierte (Vor-)Produkte**³⁾ verteuern, das **Arbeitsangebot** infolge des erschwerten Zugangs ausländischer Arbeitskräfte, vor allem aus Südamerika, zum Arbeitsmarkt der USA **zurückgehen** und die **Inflation** dadurch wieder **steigen** wird.

Energie bleibt mittelfristig teurer als vor den Preisschocks: Auf dem europäischen Großmarkt dürfte Erdgas 2025/2029 1¼-mal so viel und die Großabnahme von Strom in Österreich rund doppelt so viel kosten wie noch 2018/19.

Die EZB hat ihre Geldpolitik ab Mitte 2024 wieder gelockert. Der Dreimonatszinssatz wird bis zum Ende der Prognoseperiode auf knapp 2½% zurückgehen.

¹⁾ Siehe dazu den Kasten "Aktualisierte Sektorrechnung zeigt höhere Sparquote" in Scheiblecker und Ederer (2025) sowie Loretz und Pitlik (2025, beide in diesem Heft).

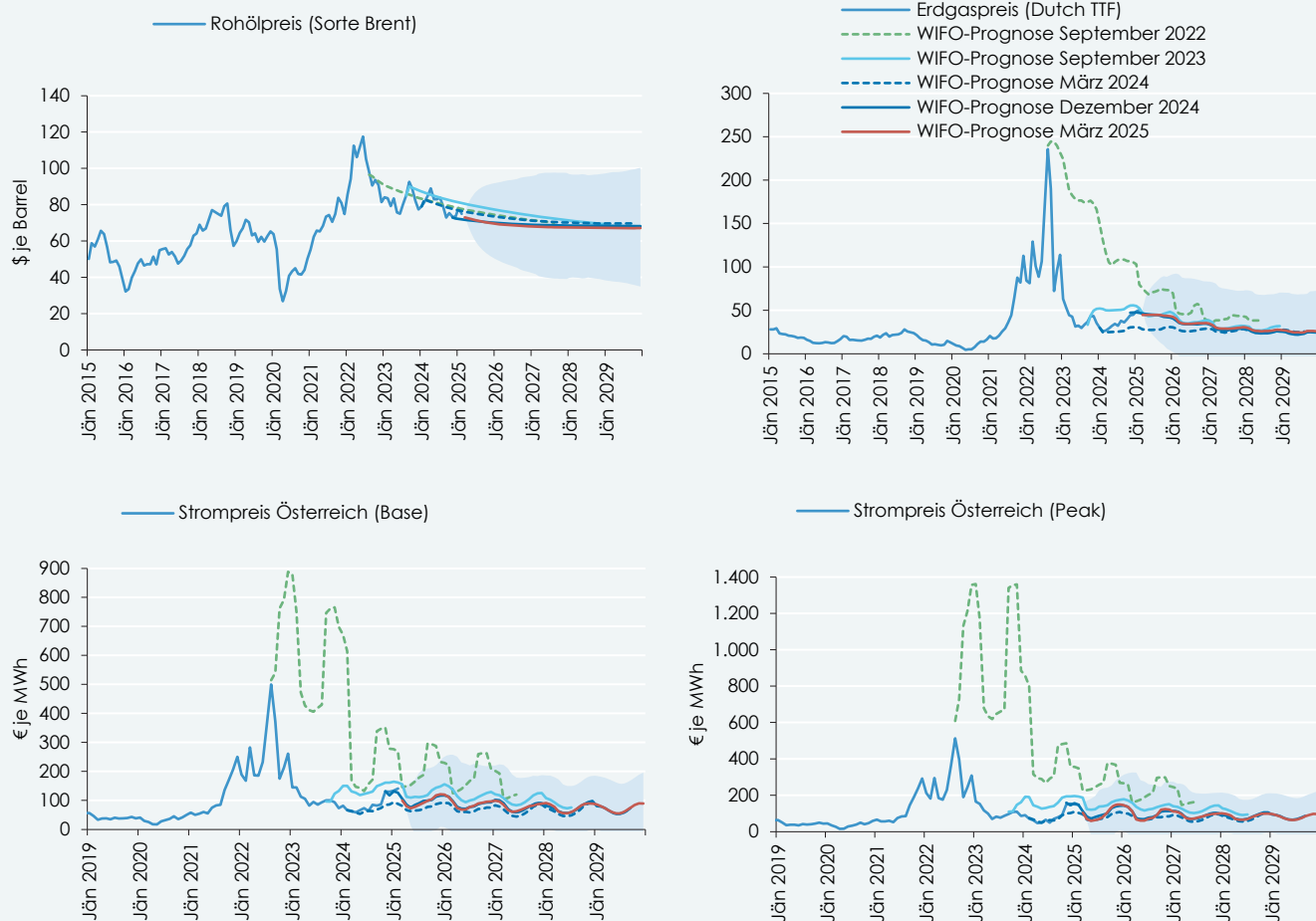
²⁾ In der ersten Jahreshälfte 2021 hatte die EU wöchentlich noch rund 3.000 Mio. m³ russisches Erdgas importiert. 2023 und 2024 waren es 500 bis 600 Mio. m³, im I. Quartal 2025 nur mehr rund 350 Mio. m³ pro Woche (Zachmann et al., 2025).

³⁾ Ab 2025 werden höhere Zölle für Importe der USA aus fast allen Ländern unterstellt. Damit folgt das WIFO dem "Heigthend-Tension-Szenario" von Oxford Economics von Anfang März 2025 mit den folgenden wich-

tigsten Annahmen: Die USA erheben höhere Durchschnittszölle auf Importe von Nicht-Energieprodukten aus China (60%), der EU (25%), Kanada und Mexiko (25% bis Mitte 2026) sowie allen anderen Handelspartnern (10%). China ergreift teilweise Vergeltungsmaßnahmen (Erhöhung der Einfuhrzölle auf Produkte aus den USA auf 40%), ebenso die EU, Kanada und Mexiko (15%). Andere Länder setzen in vollem Umfang Vergeltungsmaßnahmen. Infolge von Beschränkungen reduziert sich die Nettoeinwanderung in die USA ab dem II. Quartal 2025. Am Ende des laufenden Jahrzehnts ist die Bevölkerung der USA im erwerbsfähigen Alter um 0,4% kleiner als im Basisjahr.

Abbildung 1: Energiepreise

Monatliche Entwicklung internationaler Notierungen



Q: HWWI, IWF, European Energy Exchange, Intercontinental Exchange, Macrobond. Hellblauer Bereich . . . $\pm$ Standardabweichung, berechnet aus vergangenen Abweichungen zwischen den Spotpreisen und den Futures-Werten.

In den für die österreichische Exportwirtschaft wichtigsten Partnerländern beschleunigt sich das Wirtschaftswachstum zunächst von 1½% (2025) auf 2¼% (2027) und schwächt sich in den Folgejahren leicht ab.

Während die geplanten fiskalischen Impulse in Deutschland auch in den anderen EU-Ländern konjunkturbelebend wirken werden, vergrößert der Zollkonflikt mit den USA die Unsicherheit, was die Investitionsbereitschaft der Unternehmen hemmt und die Wachstumsaussichten trübt. Zudem ist – nicht zuletzt durch Handelsumlenkungen nach Europa wegen der Zölle der USA auf chinesische Produkte – eine Zunahme der Importkonkurrenz aus China zu erwarten, die den europäischen Industriestandort weiter unter Druck setzen wird.

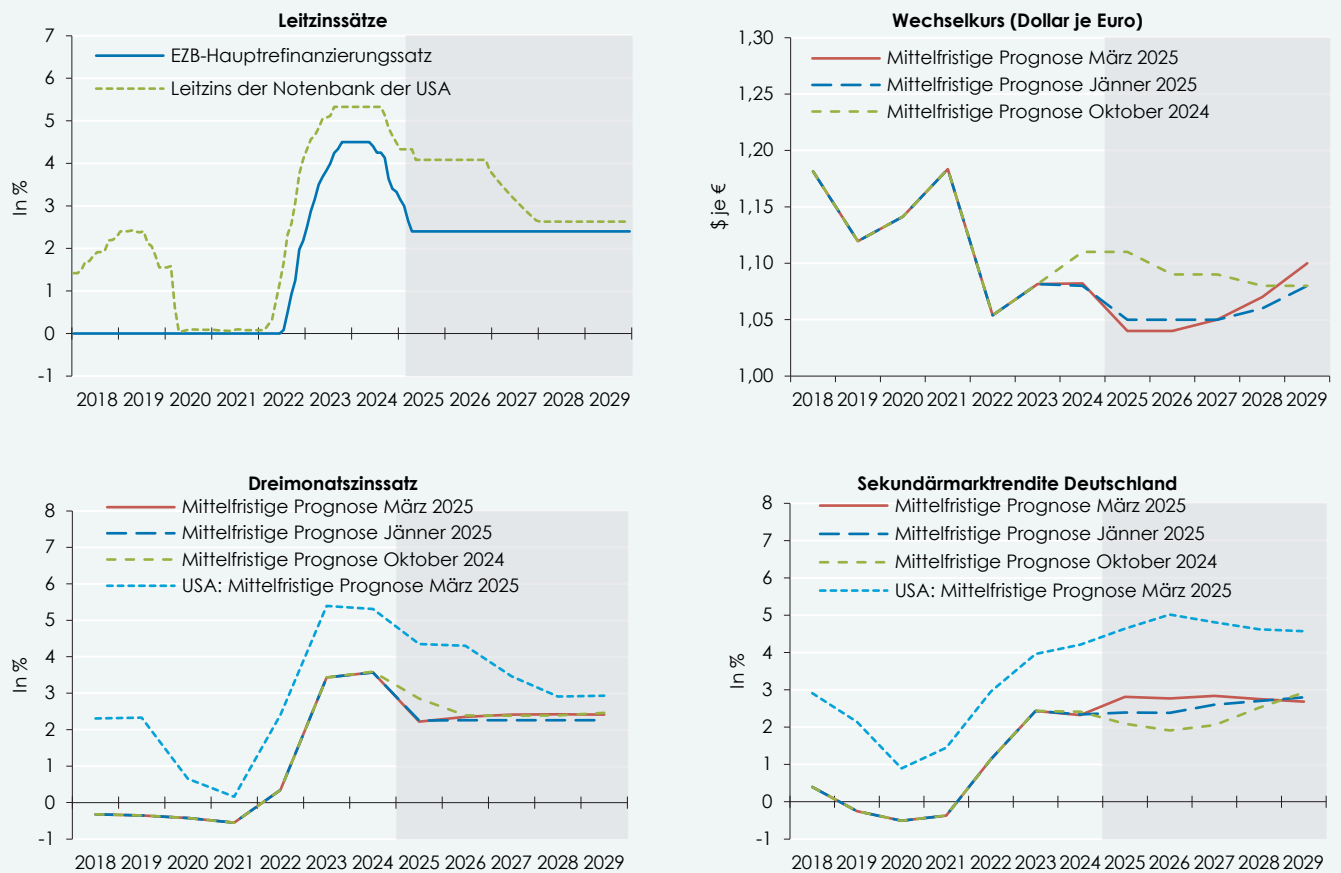
Das WIFO erwartet für den **Euro-Raum** 2025 ein Wirtschaftswachstum von 0,8%, das bis 2027 auf 2% zunimmt und sich bis zum Ende des Prognosezeitraumes auf 1¼% abschwächt. In den **MOEL 5** dürfte das BIP 2025/2027 um rund 3% p. a. und in den Folgejahren um jährlich etwa 2¼% wachsen (Abbildung 3).

Chinas Wirtschaft nahm nach dem Ende der COVID-19-Pandemie wieder Fahrt auf

(Ø 2023/24 +5,1% p. a.). Die Zollerhöhungen vonseiten der USA und die Gegenzölle bremsen ab 2025 (+4¼%) das Wirtschaftswachstum in China. Über den Prognosehorizont wird es sich auf rund 3¼% im Jahr 2029 abschwächen.

Die Annahmen zur Konjunktorentwicklung in den für die österreichische Exportwirtschaft wichtigsten Ländern bzw. Ländergruppen (Euro-Raum, MOEL 5, USA, China, Schweiz), in die rund vier Fünftel der heimischen Exporte fließen, mussten gegenüber der Prognose vom Jänner 2025 (Baumgartner & Kaniovski, 2025) teilweise deutlich revidiert werden. Für die USA und China geht das WIFO aufgrund der Zollwirkungen nun von einem schwächeren Wirtschaftswachstum aus, für den Euro-Raum (insbesondere für Deutschland) wegen der fiskalischen Impulse dagegen von einem höheren.

Abbildung 2: **Monetäre Rahmenbedingungen**



Q: Europäische Zentralbank, Federal Reserve Bank, Oxford Economics, WIFO-Berechnungen.

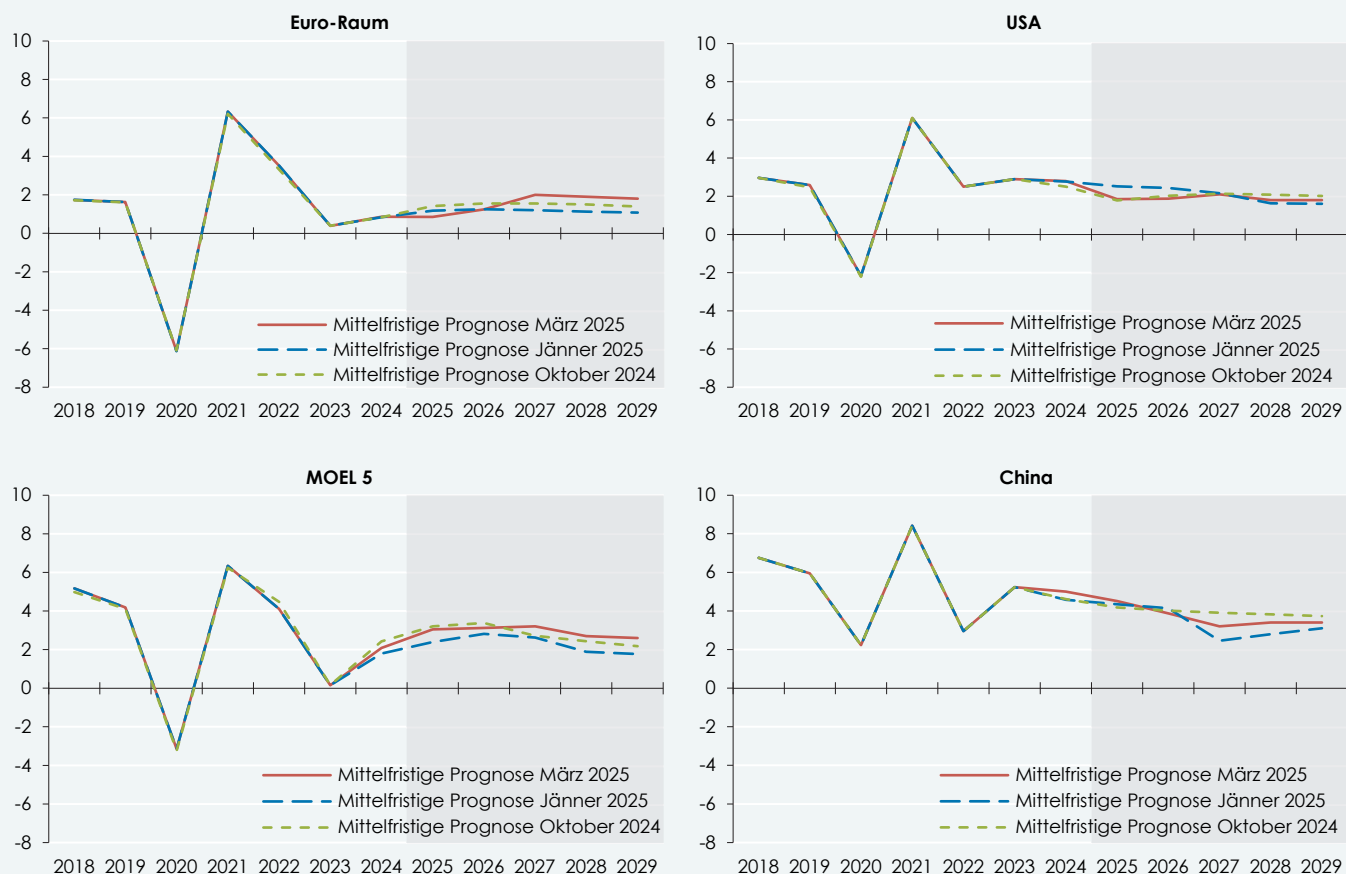
Übersicht 1: **Internationale Konjunktur**

	Ø 2010/ 2019	Ø 2020/ 2024	Ø 2025/ 2029	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029
BIP real, Veränderung gegen das Vorjahr in %										
Euro-Raum	+ 1,4	+ 0,9	+ 1,6	+ 0,4	+ 0,9	+ 0,8	+ 1,2	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,8
MOEL 5 ¹⁾	+ 3,2	+ 1,9	+ 2,9	+ 0,2	+ 2,1	+ 3,0	+ 3,1	+ 3,2	+ 2,7	+ 2,6
USA	+ 2,4	+ 2,4	+ 1,9	+ 2,9	+ 2,8	+ 1,8	+ 1,9	+ 2,1	+ 1,8	+ 1,8
Schweiz	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,7	+ 0,7	+ 1,3	+ 0,9	+ 1,1	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,1
China	+ 7,7	+ 4,7	+ 3,7	+ 5,2	+ 5,0	+ 4,5	+ 3,9	+ 3,2	+ 3,4	+ 3,4
Insgesamt, exportgewichtet ²⁾	+ 2,1	+ 1,5	+ 1,9	+ 0,8	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,7	+ 2,3	+ 2,1	+ 2,0
Annahmen zur Prognose										
Erdölpreis, Brent	\$ je Barrel	80	75	69	82	80	72	69	68	67
Erdgaspreis, Dutch TTF	€ je MWh	.	50	33	41	34	45	36	30	26
Strompreis Österreich										
Base	€ je MWh	.	117	84	102	82	102	89	79	75
Peak	€ je MWh	.	123	92	104	81	107	99	90	85
Wechselkurs	\$ je €	1,23	1,11	1,06	1,08	1,08	1,04	1,04	1,05	1,07
Internationale Zinssätze										
Dreimonatszinssatz	in %	0,2	1,3	2,4	3,4	3,6	2,2	2,4	2,4	2,4
Sekundärmarktrendite Deutschland	in %	1,1	1,0	2,8	2,4	2,3	2,8	2,8	2,8	2,7

Q: WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei. – ²⁾ Euro-Raum, MOEL 5, USA, Schweiz, China: gewichtet mit den österreichischen Exportanteilen.

Abbildung 3: **Angenommene Wirtschaftsentwicklung in vier wichtigen Handelspartnerregionen**

BIP real, Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: WIFO-Berechnungen, Oxford Economics. MOEL 5: Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei.

Das (exportgewichtete) Wirtschaftswachstum der wichtigsten Handelspartner nimmt von 1½% (2025) bis 2027 auf 2¼% zu und

schwächt sich in den Folgejahren wieder ab (2029 +2%)⁴⁾.

3. Prognose der Wirtschaftsentwicklung in Österreich

3.1 Gesamtwirtschaftliche Nachfrage

Aufbauend auf der kurzfristigen Konjunkturprognose für 2025 und 2026 (Scheiblecker & Ederer, 2025, in diesem Heft) und auf Basis der Annahmen zur internationalen Entwicklung (Kapitel 1) sowie zur Fiskalpolitik in Österreich (siehe Loretz & Pitlik, 2025, in diesem Heft) wird die wirtschaftliche Entwicklung in den Jahren 2027 bis 2029 prognostiziert. Es handelt sich um eine modellgestützte Expert:innenprognose unter Einsatz des WIFO-Macromod (Baumgartner et al., 2005). Hinsichtlich der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen in Österreich folgt das WIFO in

seinen Prognosen einer (semi-restriktiven) "No-Policy-Change"-Annahme⁵⁾.

Die Aussichten für die österreichische Wirtschaft haben sich seit der letzten mittelfristigen Prognose vom Jänner 2025 (Baumgartner & Kaniovski, 2025) weiter eingetrübt. Österreichs Wirtschaft wird sich nur langsam von der Rezession (2023 –1%, 2024 –1¼%) erholen und erst ab der Jahresmitte 2025 wieder wachsen. Im Gesamtjahr 2025 dürfte das reale BIP nochmals zurückgehen (–¼%), bevor die außenwirtschaftlichen Impulse, vor allem aus dem Euro-Raum und insbesondere aus Deutschland, die Konjunktur beleben

weit fortgeschritten ist (Gesetzesentwürfe in Begutachtung, in manchen Fällen auch Ministerratsbeschlüsse, wenn für deren Umsetzung eine stabile Mehrheit im Parlament sehr wahrscheinlich erscheint), und zweitens dann, wenn zur betreffenden Regelung sowohl ein klarer Zeitplan und auch hinreichend detaillierte Informationen vorliegen, die eine quantitative Einschätzung ermöglichen.

⁴⁾ Die Annahmen zur internationalen Konjunktur basieren auf einer vom WIFO adaptierten Variante der Weltprognose von Oxford Economic Forecasting von Mitte März 2025.

⁵⁾ Im Allgemeinen werden nur bereits beschlossene Gesetze und Verordnungen berücksichtigt. Unter bestimmten Umständen wird von dieser Regel abgewichen (daher semi-restriktiv): Erstens dann, wenn der Verhandlungs- oder Gesetzwerdungsprozess bereits

und wieder ein Wachstum von durchschnittlich 1¼% pro Jahr (2026/2029) ermöglichen werden.

Da die Energiepreise und die Lohnstückkosten hierzulande höher sind als im Durchschnitt des Euro-Raumes, wird vor allem die energieintensive österreichische Exportwirtschaft auch mittelfristig Wettbewerbsnachteile haben. Weitere strukturelle Defizite

Österreichs bestehen im Bildungssystem und bei der Integration von Migrant:innen in den Arbeitsmarkt. Zudem liegt die Erwerbsbeteiligung in Österreich in allen Altersgruppen, am deutlichsten aber bei den Älteren, unter dem EU-Durchschnitt⁴⁾. Alle genannten Faktoren bremsen auch das mittelfristige Wachstumspotenzial.

Übersicht 2: Hauptergebnisse der mittelfristigen Prognose für Österreich

	Ø 2010/ 2019	Ø 2020/ 2024	Ø 2025/ 2029	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029
Veränderung in % p. a.										
Bruttoinlandsprodukt										
Real	+ 1,6	+ 0,2	+ 0,9	- 1,0	- 1,2	- 0,3	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,1
Nominell	+ 3,3	+ 4,0	+ 3,0	+ 5,6	+ 1,8	+ 2,2	+ 3,3	+ 3,4	+ 3,1	+ 3,1
Verbraucherpreise	+ 1,9	+ 4,7	+ 2,2	+ 7,8	+ 2,9	+ 2,7	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0
BIP-Deflator	+ 1,7	+ 3,8	+ 2,1	+ 6,6	+ 3,1	+ 2,4	+ 2,0	+ 2,0	+ 1,9	+ 2,0
Lohn- und Gehaltssumme ¹⁾	+ 3,5	+ 5,9	+ 3,0	+ 8,3	+ 8,5	+ 3,5	+ 3,2	+ 3,1	+ 2,8	+ 2,6
Pro Kopf, real ²⁾	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,3	- 0,9	+ 5,3	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,0
Unselbständig Beschäftigte laut VGR ³⁾	+ 1,5	+ 0,9	+ 0,5	+ 1,4	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,5
Unselbständig aktiv Beschäftigte ⁴⁾	+ 1,4	+ 0,9	+ 0,6	+ 1,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,6
In %										
Arbeitslosenquote										
In % der Erwerbspersonen ⁵⁾	5,6	5,5	5,0	5,1	5,2	5,3	5,2	5,0	4,8	4,6
In % der unselbständigen Erwerbspersonen	7,8	7,5	6,7	6,4	7,0	7,3	7,1	6,7	6,3	6,0
In % des BIP										
Außenbeitrag	3,2	1,8	2,6	2,1	3,3	2,8	2,6	2,5	2,5	2,5
Veränderung in % p. a.										
Trendoutput, real										
Methode der Europäischen Kommission ⁶⁾	+ 1,1	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,7
WIFO-Methode ⁷⁾	+ 1,0	+ 1,1	+ 0,6	+ 1,1	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,8
In % des Trendoutputs										
Outputlücke, real										
Methode der Europäischen Kommission ⁶⁾	- 0,2	- 1,2	- 0,8	+ 0,2	- 1,3	- 1,9	- 1,1	- 0,8	- 0,4	± 0,0
WIFO-Methode ⁷⁾	- 0,1	- 0,9	- 0,9	+ 0,3	- 1,4	- 2,1	- 1,4	- 0,7	- 0,3	- 0,1

Q: Arbeitsmarktservice, Dachverband der Sozialversicherungsträger, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge. – ²⁾ Beschäftigungsverhältnisse laut VGR, deflationiert mit dem VPI. – ³⁾ Beschäftigungsverhältnisse. – ⁴⁾ Ohne Personen in aufrehtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – ⁵⁾ Laut Eurostat (Labour Force Survey). – ⁶⁾ WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom März 2025, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission vom November 2024. – ⁷⁾ WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom März 2025 gemäß Produktionsfunktionsansatz der Europäischen Kommission, aber mit stärkerer Glättung des Trendoutputs und ohne Schließungsrestriktion für die Outputlücke.

Die österreichische Wirtschaft wird daher real um ¾ Prozentpunkte p. a. schwächer wachsen als der Durchschnitt des Euro-Raumes. Das Trendwachstum beträgt laut der Methode der Europäischen Kommission ½% p. a. (Ø 2010/2019 +1,1% p. a.).

Der **private Konsum** dürfte ab 2026 anziehen und im Prognosezeitraum um durchschnittlich 1% p. a. zulegen. Die Erholung der Weltwirtschaft wird auch den (Waren-) **Export** etwas beleben: 2026/2029 wachsen die Exporte (i. w. S., real) um 2½% p. a.

Nach Rückgängen in den Jahren 2024 und 2025 dürften sich die **Ausrüstungsinvestitionen** wieder beleben, da der Umstieg auf eine CO₂-ärmere Produktionsweise verstärkt Investitionen in die Energiewende erfordert. Wegen der hohen Unsicherheit und des Anstiegs der Lohnstückkosten dürfte jedoch insbesondere die Industrie zurückhaltend investieren, da das herausfordernde Umfeld in Europa die Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt. In den Jahren 2026/2029 werden die Ausrüstungsinvestitionen um durchschnittlich 2% pro Jahr expandieren.

⁴⁾ Bei den Frauen im Haupterwerbsalter (25 bis 54 Jahre) liegt die Erwerbsquote in Österreich zwar über dem EU-Durchschnitt (2023 +5,9 Prozentpunkte),

nicht jedoch die durchschnittlich geleistete wöchentliche Arbeitszeit (-9,1%).

Die Abschwächung der **Baukonjunktur** traf vor allem den Wohnbau: wegen der hohen Inflation schrumpften die real verfügbaren Haushaltseinkommen und der Realwert der Ersparnisse, während die verschärften Kreditvergaberegeln, höhere Baukosten und vor allem die gestiegenen Kreditzinssätze die

Finanzierung von Wohnraum deutlich erschwerten. Für 2025/2029 erwartet das WIFO zwar einen Rückgang bei den Kreditzinssätzen und Erleichterungen bei den Kreditvergaberegeln, das Wachstum der Bauinvestitionen dürfte mit durchschnittlich +1¼% pro Jahr aber moderat bleiben.

Übersicht 3: **Komponenten der realen Nachfrage**

	Ø 2010/ 2019	Ø 2020/ 2024	Ø 2025/ 2029	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029
	Veränderung in % p. a.									
Konsumausgaben insgesamt	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,0	+ 0,5	+ 0,1	+ 1,2	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,0
Private Haushalte ¹⁾	+ 0,9	+ 0,2	+ 1,1	- 0,5	+ 0,1	+ 0,2	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,2
Bruttoanlageinvestitionen	+ 2,5	- 1,2	+ 1,2	- 3,2	- 3,4	- 0,7	+ 1,8	+ 2,0	+ 1,7	+ 1,4
Ausrüstungen ²⁾	+ 3,8	+ 0,6	+ 1,2	+ 2,4	- 1,8	- 1,6	+ 1,9	+ 2,2	+ 1,9	+ 1,5
Bauten	+ 1,1	- 3,2	+ 1,3	- 9,3	- 5,4	+ 0,5	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,4	+ 1,2
Inländische Verwendung	+ 1,4	- 0,1	+ 1,0	- 3,5	- 1,6	+ 0,1	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,1	+ 1,0
Exporte	+ 4,4	+ 0,5	+ 1,8	- 0,4	- 4,3	- 0,9	+ 1,7	+ 2,8	+ 2,7	+ 2,7
Importe	+ 4,2	+ 0,0	+ 2,0	- 4,6	- 5,0	- 0,2	+ 2,1	+ 2,8	+ 2,7	+ 2,7
Bruttoinlandsprodukt	+ 1,6	+ 0,2	+ 0,9	- 1,0	- 1,2	- 0,3	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,1

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich militärischer Waffensysteme und sonstiger Anlagen.

3.2 Trendoutput und Outputlücke

Der Trendoutput beschreibt das Produktionspotenzial einer Volkswirtschaft bei stabiler Inflation und Vollbeschäftigung. Bestimmt wird er durch das Produktivitätswachstum, die Lage auf dem Arbeitsmarkt vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und durch die Kapitalakkumulation. Das Wachstum der Gesamtfaktorproduktivität (TFP) entspricht jenem Beitrag zum Trendwachstum, der durch den Einsatz von Arbeit und Kapital nach konjunktureller Bereinigung nicht erklärt werden kann. Die Outputlücke als relative Abweichung des realen BIP vom Trendoutput ist ein Maß für die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung. Derzeit ist die Outputlücke deutlich negativ, zumal sich die österreichische Wirtschaft in einer hartnäckigen Rezession befindet.

Die Europäische Kommission schätzt den Trendoutput mit einem Produktionsfunktionsansatz, der Konjunkturschwankungen auf dem Arbeitsmarkt und die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung berücksichtigt (Havik et al., 2014; Hristov et al., 2017). Die WIFO-Schätzung erfolgt auf Basis der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG) für 1976/2024 und der kurzfristigen WIFO-Prognose für 2025/26. Sie ergibt für 2025/2029 ein durchschnittliches Trendwachstum von 0,5% p. a. (Übersicht 4). Damit ist es um 0,3 Prozentpunkte geringer als laut mittelfristiger WIFO-Prognose vom Oktober 2024 (Baumgartner et al., 2024). In ihrer eigenen Prognose vom November 2024 schätzte die Europäische Kommission das Trendwachstum in

Österreich auf 0,9% p. a. (Ø 2025/2029; Europäische Kommission, 2024). In beiden Schätzungen ist die Outputlücke seit 2024 negativ. Die aktuelle WIFO-Schätzung unterstellt für 2025 einen BIP-Rückgang von 0,3%. Dies führt im Vergleich zur Herbst-Prognose der Europäischen Kommission (-1,1%) zu einer deutlich größeren negativen Outputlücke von -1,9% des Trendoutputs. Infolge der Erholung verkleinert sich die Outputlücke im Jahr 2026 auf -1,1% und schließt sich danach gemäß der technischen Annahme der Europäischen Kommission schrittweise.

Die WIFO-Schätzung gemäß der Methode der Europäischen Kommission unterstellt eine Schließung der Outputlücke bis zum Ende des Prognosezeitraumes (Abbildung 5). In einer alternativen Schätzung ermittelt das WIFO eine Outputlücke, wie sie sich aus der mittelfristigen BIP-Prognose und dem geschätzten Trendoutput endogen ergibt. Darüber hinaus werden in dieser Variante die Erwerbsquote und die durchschnittlich geleisteten Arbeitsstunden stärker geglättet, um die Prozyklizität des geschätzten Produktionspotenzials zu verringern (Maidorn, 2018; EU Independent Fiscal Institutions, 2019, 2022). Diese **Schätzung gemäß der WIFO-Methode ergibt ein etwas kräftigeres durchschnittliches Trendwachstum von 0,6% p. a. (2025/2029)**. Da das prognostizierte BIP-Wachstum ab 2026 über dem Trendwachstum liegt, verbessert sich die **Outputlücke** von -1,7% des Trendoutputs in den Jahren 2025/26 auf **+0,5%** im Jahr **2029**.

Das erwartete reale BIP-Wachstum wird erst ab 2026 über dem Trendwachstum (laut WIFO-Methode) von 0,6% pro Jahr liegen. Die Outputlücke (2025 -2,1%) verbessert sich bis 2029 auf +0,5%.

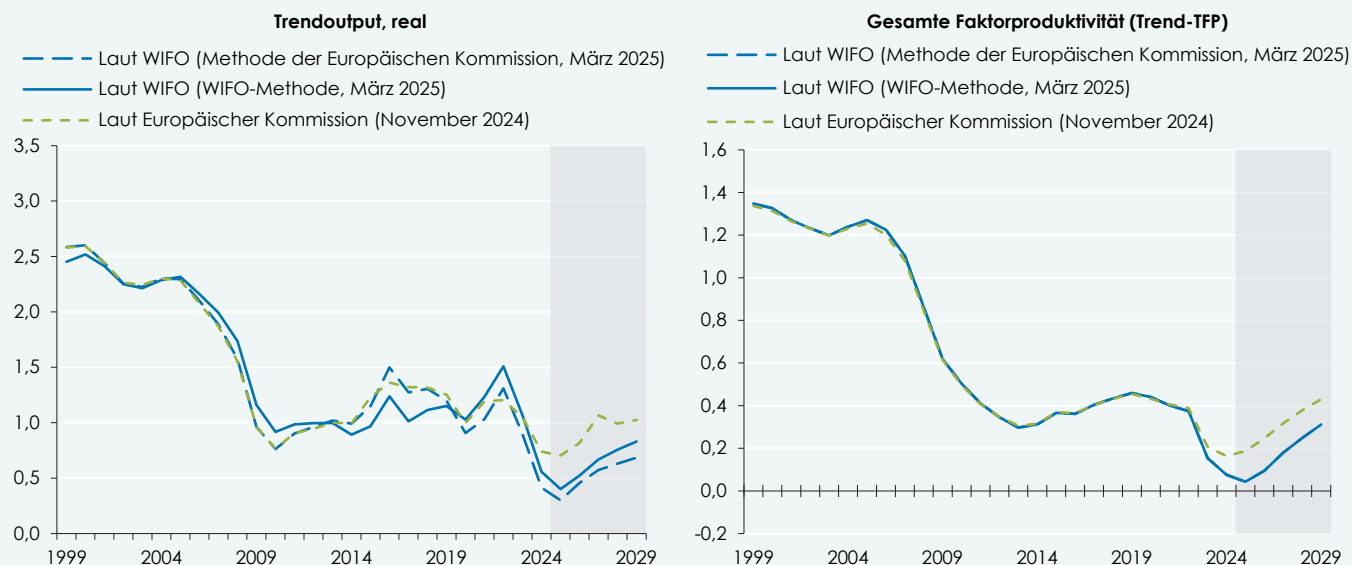
Übersicht 4: Beitrag der Inputfaktoren zum Wachstum des Trendoutputs

		Ø 2010/ 2019	Ø 2020/ 2024	Ø 2025/ 2029	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029
Methode der Europäischen Kommission¹⁾											
BIP, real (implizit)	Veränderung in % p. a.	+ 1,6	+ 0,2	+ 0,8	- 1,0	- 1,2	- 0,3	+ 1,2	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,1
Trendoutput	Veränderung in % p. a.	+ 1,1	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,7
Arbeit	Prozentpunkte	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0
Kapital	Prozentpunkte	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3
Gesamte Faktorproduktivität	Prozentpunkte	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3
Outputlücke, real	in % des Trendoutputs	- 0,2	- 1,2	- 0,8	+ 0,2	- 1,3	- 1,9	- 1,1	- 0,8	- 0,4	± 0,0
WIFO-Methode²⁾											
BIP, real	Veränderung in % p. a.	+ 1,6	+ 0,2	+ 0,9	- 1,0	- 1,2	- 0,3	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,1
Trendoutput	Veränderung in % p. a.	+ 1,0	+ 1,1	+ 0,6	+ 1,1	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,8
Arbeit	Prozentpunkte	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2
Kapital	Prozentpunkte	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3
Gesamte Faktorproduktivität	Prozentpunkte	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3
Outputlücke, real	in % des Trendoutputs	- 0,1	- 0,9	- 0,9	+ 0,3	- 1,4	- 2,1	- 1,4	- 0,7	- 0,3	- 0,1
Schätzung der Europäischen Kommission (Herbst 2024)											
BIP, real	Veränderung in % p. a.	+ 1,6	+ 0,3	+ 1,2	- 1,0	- 0,6	+ 1,0	+ 1,4	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,2
Trendoutput	Veränderung in % p. a.	+ 1,1	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,0	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,8	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,0
Arbeit	Prozentpunkte	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,2
Kapital	Prozentpunkte	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4
Gesamte Faktorproduktivität	Prozentpunkte	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4
Outputlücke, real	in % des Trendoutputs	- 0,1	- 1,3	- 0,4	- 0,0	- 1,4	- 1,1	- 0,5	- 0,3	- 0,2	± 0,0

Q: Europäische Kommission, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom März 2025, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission vom November 2024. – ²⁾ WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom März 2025 gemäß Produktionsfunktionsansatz der Europäischen Kommission, aber mit stärkerer Glättung des Trendoutputs und ohne Schließungsrestriktion für die Outputlücke.

Abbildung 4: Entwicklung des realen Trendoutputs und der gesamten Faktorproduktivität (Trend-TFP)

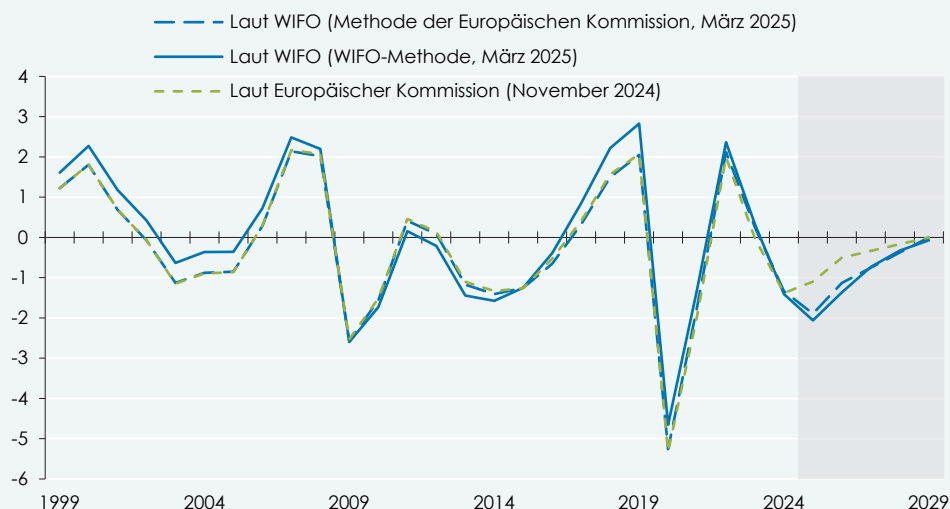
Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: Europäische Kommission, WIFO-Berechnungen. WIFO-Methode . . . WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom März 2025 gemäß Produktionsfunktionsansatz der Europäischen Kommission, aber mit stärkerer Glättung des Trendoutputs und ohne Schließungsrestriktion für die Outputlücke. Methode der Europäischen Kommission . . . WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom März 2025, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission vom November 2024.

Abbildung 5: **Outputlücke**

Real, in % des Trendoutputs



Q: Europäische Kommission, WIFO-Berechnungen. WIFO-Methode . . . WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom März 2025 gemäß Produktionsfunktionsansatz der Europäischen Kommission, aber mit stärkerer Glättung des Trendoutputs und ohne Schließungsrestriktion für die Outputlücke. Methode der Europäischen Kommission . . . WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom März 2025, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission vom November 2024.

Die Arbeitslosenquote dürfte nach Überwindung der Konjunkturfalte und wegen des weiterhin knappen Arbeitsangebotes bis 2029 auf 6% sinken (2025: 7¼%).

3.3 Arbeitsmarkt

Aufgrund der Rezession betrug der Anstieg der unselbständigen aktiven **Beschäftigung** 2024/25 lediglich ¼% pro Jahr. Im Zuge der Konjunkturerholung verstärkt sich der Zuwachs 2026/27 auf 0,8% p. a. und schwächt sich zum Ende der Prognoseperiode leicht auf 0,6% ab.

Das Arbeitskräfteangebot wird aus demografischen Gründen deutlich verhaltener wachsen (Ø 2025/2029 +½% p. a.) als im Jahrzehnt nach der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise und vor der COVID-19-Krise (Ø 2010/2019 +1,3% p. a.). Da die geburtenstarken Jahrgänge ins Pensionsalter vorrücken und die nachfolgenden Kohorten schwächer besetzt sind, wird der Abfluss aus der Beschäftigung den Zufluss an neuen Arbeitskräften deutlich übersteigen (Horvath et al., 2022b; Horvath et al., 2024). Neben dieser quantitativen Angebotsverknappung wird sich in vielen Branchen auch der qualitative Mismatch verschärfen: Während vornehmlich Beschäftigte mit mittlerer Ausbildung (z. B. Lehrabschluss und betrieblicher Weiterbildung) aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden, verfügen die neu eintretenden jungen Arbeitskräfte wesentlich öfter über höhere Ausbildungsabschlüsse (AHS, BHS, Fachhochschule, Universität). Insbesondere im Handwerk und im Handel dürfte es damit immer schwieriger werden, geeignetes Personal bzw. Lehrlinge zu finden (Horvath

et al., 2022a). Sollte der seit rund 15 Jahren beobachtete Rückgang der durchschnittlich geleisteten Arbeitszeit je unselbständig Beschäftigten (Ø 2010/2024 -0,9%) anhalten oder sich verstärken, würde dies das Arbeitsangebot zusätzlich verknappen. In der vorliegenden Prognose wurde allerdings eine deutliche Verlangsamung dieses Trends angenommen und ein Rückgang der durchschnittlich geleisteten Arbeitszeit je unselbständig Beschäftigten von lediglich 0,1% p. a. unterstellt.

Trotz des Schrumpfens der erwerbsfähigen Bevölkerung ab 2025 wird das **Arbeitskräfteangebot** zwar schwächer, aber weiterhin wachsen (2025 +0,6%, 2029 +0,2% bzw. Ø 2025/2029 +18.000 Personen p. a.). Das WIFO unterstellt neben einer weiteren Zunahme der Erwerbsbeteiligung von Frauen und Älteren⁷⁾ einen anhaltenden Anstieg des ausländischen Arbeitskräfteangebotes. Letzterer wird u. a. durch Einpendler:innen aus dem angrenzenden Ausland und Vertriebene aus der Ukraine getragen sein, die zunehmend in den österreichischen Arbeitsmarkt integriert werden. Der Anteil ausländischer Arbeitskräfte an der Gesamtbeschäftigung dürfte bis 2029 auf gut 29% ansteigen (2010: 13,8%).

Die **Arbeitslosenquote** (laut nationaler Berechnung) wird bis zum Ende des Prognose-

⁷⁾ Die schrittweise Anhebung des Regelpensionsalters der Frauen ab 2024 und ein höheres Qualifikationsniveau Älterer (Horvath et al., 2022b) erhöhen das Arbeitsangebot. Gleiches gilt für den im neuen Regie-

rungsprogramm (Bundeskanzleramt, 2025) vereinbarten späteren Zugang zur Korridorpension ab dem Jahr 2028.

zeitraumes auf voraussichtlich 6% sinken (2025: 7¼%).

3.4 Inflation und Löhne

Der seit Ende 2021 beobachtete kräftige Preisauftrieb (2022 +8,6%, 2023 +7,8%) verlangsamte sich 2024 auf 2,9%. 2025 dürfte die **Inflationsrate** bei 2,7% liegen, ab der Jahresmitte 2026 das 2%-Ziel der Europäischen Zentralbank (EZB) erreichen und auch mittelfristig auf diesem Niveau bleiben (Ø 2027/2029 +2% p. a.).

Das Auslaufen der wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Dämpfung der Inflation mit Jahresende 2024 führte Anfang 2025 zu einem deutlichen Anstieg der Inflationsrate, der als Basiseffekt das gesamte Jahr hindurch nachwirken wird⁸⁾. Daneben erweist

sich der Preisauftrieb bei (überwiegend arbeitsintensiven) Dienstleistungen als sehr hartnäckig. Wegen der schwächeren Gesamtinflation in den Jahren 2024 und 2025 sollten die Lohnsteigerungen allerdings deutlich geringer ausfallen als in den Vorjahren, da auch die rollierende Inflation, die üblicherweise den Lohnverhandlungen zugrundeliegt, stark gesunken ist.

Der Rückgang der Inflation dämpft auch den Reallohnzuwachs pro Kopf 2025/2029 auf durchschnittlich +0,3% p. a. (2024 +5,3%, Ø 2010/2019 +0,1% p. a.). Die Reallöhne dürften damit im Prognosezeitraum geringfügig langsamer wachsen als die Produktivität (+0,4% p. a.).

Die Inflation verlangsamt sich deutlich von 8,6% (2022) auf 2,7% (2025) und erreicht im Verlauf des Jahres 2026 das 2%-Ziel der EZB.

Wegen der zuvor hohen Inflation stiegen die Bruttoreallöhne pro Kopf 2024 um 5,3%. Für den Zeitraum 2025/2029 erwartet das WIFO einen Reallohnzuwachs von durchschnittlich +¼% p. a.

4. Prognoserisiken

Die Prognoserisiken sind vor allem in der kurzen Frist überwiegend abwärtsgerichtet. So könnten etwa die am 2. April angekündigten – und danach in weiten Teilen vorübergehend wieder ausgesetzten – handelspolitischen **Maßnahmen der Trump-Administration** tatsächlich wirksam werden und damit schon 2025/26 das Wachstum der Weltwirtschaft empfindlicher verlangsamen als in dieser Prognose unterstellt. Die faktische Aufkündigung des NAFTA-Abkommens zwischen den USA, Mexiko und Kanada wird durch die enge Verflechtung der Lieferketten und Produktionsprozesse die Industrieproduktion in den USA verteuern. Angesichts der erratischen Außenhandelspolitik und der daher hohen Unsicherheit ist es ungewiss, wie die Unternehmen der USA darauf reagieren werden. Kurzfristig dürften auch Unternehmen aus anderen Regionen ihre Investitionen in den USA aufschieben. Insgesamt ist dort daher zumindest 2025/26 kein Investitionsimpuls zu erwarten.

Die durch die Unsicherheit ausgelösten Wechselkursrisiken könnten diesen Effekt etwas dämpfen, falls der Dollar stärker abwertet als in der Prognose unterstellt. Dies würde gleichzeitig die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der EU-Anbieter auf dem amerikanischen Markt noch weiter verschlechtern.

Demgegenüber würden eine stärkere Senkung der Zinsen durch die EZB und eine frühere Verringerung der derzeit sehr hohen Sparquote der privaten Haushalte die Investitionstätigkeit – im Besonderen im

(Wohn-)Bau – sowie den privaten Konsum beleben und so das BIP-Wachstum stützen.

Abwärtsrisiken bergen auch weiterhin der **Nahost-Konflikt** und der **Ukraine-Krieg**. Eine Ausweitung des Nahost-Konfliktes auf die gesamte Region hätte über Lieferengpässe und höhere Transportkosten sowie eine deutliche Verteuerung von Rohöl negative Folgen für die Weltwirtschaft. Ein Scheitern der Friedensverhandlungen unter der Führung der USA könnte eine weitere Eskalation des Ukraine-Krieges mit sich bringen, die u. a. stärkere Fluchtbewegungen und eine Ausweitung der EU-Sanktionen auf russische Rohstoffe zur Folge haben könnte.

China ringt nach wie vor mit einer hohen Überschuldung von Unternehmen in der Immobilienbranche und der Bauwirtschaft⁹⁾. Dies birgt nicht nur Risiken für die chinesische Konjunktur, sondern durch internationale Verflechtungen auch für die globalen Finanzmärkte.

Eine **Okkupation Taiwans durch China** hätte neben geostrategischen und sicherheitspolitischen auch drastische wirtschaftliche Folgen, vor allem für die Industrieländer. Taiwan ist der Hauptproduzent von Highend-Computer-Chips. Daneben würde auch der Handel mit China deutlich schrumpfen. Die Versorgung der Industrieländer mit Rohstoffen und Vorprodukten wäre stark eingeschränkt, worunter insbesondere die weltweite Industrieproduktion litte.

Die unstete Wirtschafts- und Sicherheitspolitik der USA, der Nahost-Konflikt und die Budgetkonsolidierung in einigen Euro-Ländern bergen weiterhin bedeutende Abwärtsrisiken.

⁸⁾ Im Jänner und Februar 2025 betrug die Inflationsrate gemäß VPI 3,2%. Der Anstieg um 1,2 Prozentpunkte gegenüber Dezember 2024 war vor allem auf das Auslaufen der Preissenkungsmaßnahmen im Bereich Haushaltsenergie zurückzuführen: so wurde die Strompreisbremse wieder abgeschafft, die Ökostromförderbeiträge und -pauschalen wieder eingeführt,

die Netzentgelte für Strom und Erdgas deutlich erhöht, die vorübergehend gesenkten Energieabgaben wieder auf das ursprüngliche (höhere) Niveau zurückgeführt und die CO₂-Bepreisung von Erdölprodukten und Erdgas angehoben.

⁹⁾ Zusammen machen diese beiden Sektoren etwa ein Viertel des chinesischen BIP aus.

Ein **Eintreten der erwähnten Abwärtsrisiken** würde dazu führen, dass sich die **österreichischen Ausfuhren schwächer entwickeln** als in der Prognose unterstellt. Das Wirtschaftswachstum, die Beschäftigungs- und die Einkommensentwicklung wären in diesem Fall schwächer und das Abgabenaufkommen geringer, während die Staatsausgaben tendenziell höher wären als angenommen.

Daneben wird der **Konsolidierungsbedarf der öffentlichen Haushalte in Österreich** für die **Jahre 2026/2029 wohl höher sein** als bei der Erstellung des Regierungsprogrammes unterstellt. Der verstärkte Spardruck und die zusätzlichen Maßnahmen werden auch die gesamtwirtschaftliche Nachfrage dämpfen, wodurch das **BIP-Wachstum geringer ausfallen** dürfte als in dieser Prognose unterstellt.

5. Literaturhinweise

- Baumgartner, J., Breuss, F., & Kaniovski, S. (2005). WIFO-Macromod – An Econometric Model of the Austrian Economy. In OeNB (Hrsg.), *Macroeconomic Models and Forecasts for Austria. Proceedings of OeNB Workshops* (61-86), (5).
- Baumgartner, J., & Kaniovski, S. (2025). Handelskonflikte, die Schwäche in Europa und strukturelle Nachteile bremsen das Wachstum der österreichischen Wirtschaft. Update der mittelfristigen Prognose 2025 bis 2029. *WIFO Research Briefs*, (1). <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/56689589>.
- Baumgartner, J., Kaniovski, S., Pitlik, H., & Sommer, M. (2024). Wettbewerbsnachteile bremsen Wachstum der österreichischen Wirtschaft. Mittelfristige Prognose 2025 bis 2029. *WIFO-Monatsberichte*, 97(10), 551-570. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/55113851>.
- Bundeskanzleramt (2025). *Jetzt das Richtige tun. Für Österreich. Regierungsprogramm 2025-2029*. <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/bundeskanzleramt/die-bundesregierung/regierungsdokumente.html>.
- CDU – CSU – SPD (2025). *Verantwortung für Deutschland. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD*. 21. Legislaturperiode. https://www.steuertipps.de/downloads/article/aav_18142857235/1/aav_Koalitionsvertrag_2025.pdf?link=https://www.steuertipps.de/finanzamt-formalitaeten/koalitionsvertrag-2025-das-steht-drin.
- Dany-Knedlik, G., Kriwoluzky, A., & Rieth, M. (2025). Sondervermögen für Infrastruktur: 500-Milliarden-Euro-Investitionspaket würde deutsche Wirtschaft aus der Krise holen. DIW aktuell: Sonderausgaben zur Bundestagswahl 2025, (111).
- EU Independent Fiscal Institutions – EU IFIs (2019). *A practitioner's guide to potential output and the output gap*.
- EU Independent Fiscal Institutions – EU IFIs (2022). *Testing output gaps: An Independent Fiscal Institutions' guide*.
- Europäische Kommission (2024). European Economic Forecast. Autumn 2024. *European Economy, Institutional Papers*, (296).
- Havik, K., Mc Morrow, K., Orlandi, F., Planas, C., Raciborski, R., Röger, W., Rossi, A., Thum-Thysen, A., & Vandermeulen, V. (2014). The Production Function Methodology for Calculating Potential Growth Rates & Output Gaps. *European Economy, Economic Papers*, (535).
- Horvath, T., Huber, P., Huemer, U., Mahringer, H., Piribauer, P., Sommer, M., & Weingärtner, S. (2022a). *Mittelfristige Beschäftigungsprognose für Österreich und die Bundesländer. Berufliche und sektorale Veränderungen 2021 bis 2028*. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/32632284>.
- Horvath, T., Hyll, W., Mahringer, H., Lutz, H., & Spielauer, M. (2022b). *Ältere am Arbeitsmarkt: Eine Vorausschau bis 2040 als Grundlage für wirtschaftspolitische Maßnahmen*. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/19098022>.
- Horvath, T., Spielauer, M., & Warum, P. (2024). Life Course Heterogeneity and the Future Labour Force – a Dynamic Microsimulation Analysis for Austria. *WIFO Working Papers*, (674). <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/51458759>.
- Hristov, A., Planas, C., Röger, W., & Rossi, A. (2017). NAWRU estimation using structural labour market indicators. *European Economy, Discussion Papers*, (69).
- Maidorn, S. (2018). Is there a trade-off between procyclicality and revisions in EC trend TFP estimations? *Empirica*, 45(1), 59-82.
- Loretz, S., & Pitlik, H. (2025). Öffentliche Haushalte unter erheblichem Konsolidierungsdruck. Mittelfristige Budgetprojektion 2025 bis 2029. *WIFO-Monatsberichte*, 98(4), 191-198. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/58156012>.
- Scheiblecker, M., & Ederer, S. (2025). Österreich steckt im dritten Rezessionsjahr. Prognose für 2025 und 2026. *WIFO-Monatsberichte*, 98(4), 163-177. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/58155737>.
- Zachmann, G., McWilliams, B., Keliauskaitė, U., & Sgaravatti, G. (2024). European natural gas imports, Bruegel Data Set. <https://www.bruegel.org/sites/default/files/2025-04/Gas%20Tracker%20update%20week%2014%202025.zip> (abgerufen am 14. 4. 2025).

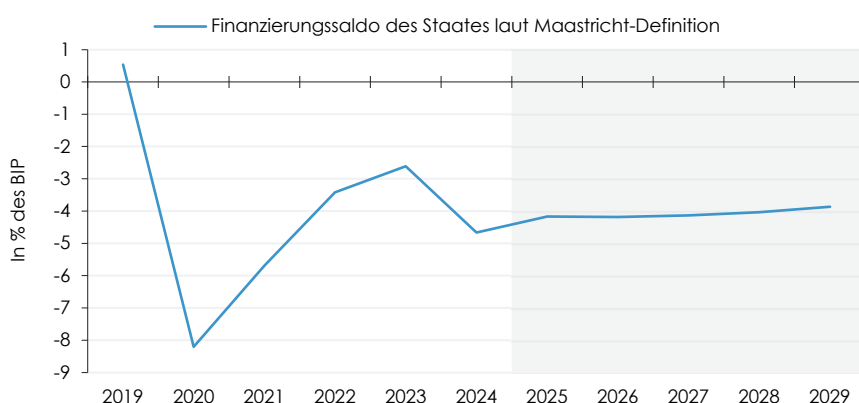
Öffentliche Haushalte unter erheblichem Konsolidierungsdruck

Mittelfristige Budgetprojektion 2025 bis 2029

Simon Loretz, Hans Pitlik

- Die Budgetnotifikation vom März 2025 weist für 2024 ein Maastricht-Defizit von 4,7% des BIP aus und signalisiert einen drastisch gestiegenen Konsolidierungsbedarf.
- Das Regierungsprogramm enthält Konsolidierungs- und Offensivmaßnahmen, deren Umfang und Konkretisierung teils noch offen sind.
- Die mittelfristige Budgetprojektion des WIFO unterstellt ein "No-Policy-Change"-Szenario und berücksichtigt daher keine zusätzlichen, zum Stichtag 14. April 2025 noch nicht bekannten Konsolidierungsmaßnahmen im Rahmen des geplanten Doppelbudgets 2025/26. Die Projektion ist insofern ein Referenzpfad, um finanzpolitische Handlungsnotwendigkeiten aufzuzeigen.
- Ohne weitere Konsolidierung würde das gesamtstaatliche Defizit bis 2029 bei rund 4% des BIP verharren; die Schuldenquote stiege auf über 90% der Wirtschaftsleistung.
- Um die fiskalische Stabilität dauerhaft zu sichern, sind strukturelle Reformen erforderlich.

Finanzierungssaldo des Staates



"Die von der Bundesregierung bis Mitte April angekündigten Maßnahmen zur Budgetsanierung werden nicht ausreichen, um das gesamtstaatliche Defizit nachhaltig zu senken. Ohne weitere Schritte läge der Saldo in allen Prognosejahren nahe bei -4% des BIP und damit deutlich über der Maastricht-Grenze."

Der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo wird mit den bis Mitte April 2025 geplanten Einsparungen, Einnahmen- und Offensivmaßnahmen im laufenden Jahr nur leicht von -4,7% auf -4,2% des BIP reduziert. Ohne weitergehende Konsolidierungsschritte wird sich das Defizit auch mittelfristig nur sehr langsam auf 3,9% des BIP (2029) verringern (Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. Methode der Europäischen Kommission . . . WIFO-Schätzung unter Verwendung der Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission vom November 2024).

Öffentliche Haushalte unter erheblichem Konsolidierungsdruck

Mittelfristige Budgetprojektion 2025 bis 2029

Simon Loretz, Hans Pitlik

Öffentliche Haushalte unter erheblichem Konsolidierungsdruck. Mittelfristige Budgetprojektion 2025 bis 2029

Die mittelfristige Budgetprojektion 2025 bis 2029 zeigt einen anhaltend hohen Konsolidierungsbedarf der öffentlichen Haushalte. Bleibt es bei den bis Mitte April 2025 konkretisierten Maßnahmen zur Budgetsanierung, so läge das gesamtstaatliche Defizit in allen Prognosejahren nahe bei 4% des BIP und somit deutlich über der Maastricht-Grenze. Die im Regierungsprogramm avisierten Konsolidierungsvolumina würden 2025 und 2026 voraussichtlich verfehlt. Ohne ambitionierte Reformen zur Hebung von Effizienzpotenzialen auf allen staatlichen Ebenen stiege die Staatsschuldenquote bis 2029 auf über 90% des BIP. Die Projektion unterstellt ein hypothetisches "No-Policy-Change"-Szenario und berücksichtigt keine möglichen zusätzlichen Maßnahmen im geplanten Doppelbudget 2025/26.

Public Finances Under Substantial Consolidation Pressure. Medium-term Budget Projection 2025 to 2029

The medium-term budget projection for 2025 to 2029 indicates a persistently high need for fiscal consolidation in Austria's public finances. If the consolidation measures concretised by mid-April remain unchanged, the general government deficit would remain close to 4 percent of GDP throughout the projection period, thus clearly exceeding the Maastricht threshold. The targeted consolidation volumes set out in the government programme are unlikely to be achieved in 2025 and 2026. Without ambitious reforms to improve efficiency across all levels of government, the debt-to-GDP ratio would rise to over 90 percent by 2029. The projection assumes a hypothetical "no policy change" scenario and does not account for any potential additional measures in the planned 2025-26 dual-year budget.

JEL-Codes: E30, H12, H70 • **Keywords:** Öffentliche Haushalte, Österreich

Begutachtung: Gabriel Felbermayr, Margit Schratzenstaller • **Wissenschaftliche Assistenz:** Christine Kaufmann (christine.kaufmann@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 14. 4. 2025

Kontakt: Simon Loretz (simon.loretz@wifo.ac.at), Hans Pitlik (hans.pitlik@wifo.ac.at)

Das gesamtstaatliche Maastricht-Defizit fiel 2024 mit 22,5 Mrd. € bzw. 4,7% des BIP unerwartet hoch aus.

Zum Anstieg des gesamtstaatlichen Defizits trug die Bundesebene den wesentlichen Anteil bei. Allerdings sind auch die Defizite der anderen staatlichen Teilsektoren angestiegen.

1. Ausgangslage nach der Budgetnotifikation im Frühjahr 2025

Im Jahr 2024 wies Österreich ein gesamtstaatliches Maastricht-Defizit von 22,5 Mrd. € bzw. 4,7% des BIP auf – der höchste Wert seit dem Pandemiejahr 2020. Wenngleich sich das Verfehlen des Defizitzieles von höchstens 3% der Wirtschaftsleistung bereits im Jahresverlauf 2024 abgezeichnet hatte (Glocker & Ederer, 2024), fiel die Budgetnotifikation vom Frühjahr 2025 unerwartet negativ aus. Gleichzeitig erreichte die Staatsverschuldung einen Stand von 394,1 Mrd. € bzw. 81,8% des BIP. Das hohe gesamtstaatliche Defizit und die erhebliche Zunahme der Staatsschuld im Jahr 2024 spiegeln nicht nur die Rezession¹⁾ wider, sondern sind auch die Folge der Inflationsindexierung von staatlichen Personalausgaben, Pensionen und Sozialleistungen sowie stark steigender Zinszahlungen. In zunehmendem Maße tragen außerdem strukturelle Ausgabentreiber, vor allem die demografische Alterung und die

Erfordernisse der Klima- und Sicherheitspolitik, zur budgetären Schieflage bei. Einnahmenseitig belasten die Abschaffung der kalten Progression sowie die Senkung der Körperschaftsteuer die Haushalte der Gebietskörperschaften. Die angespannte Budgetsituation ist zudem den Nachwirkungen der COVID-19-Pandemie sowie der umfangreichen Maßnahmen zur Abfederung der Inflations- und Energiepreiskrise geschuldet.

Das hohe gesamtstaatliche Defizit 2024 ist zwar primär auf den negativen Finanzierungssaldo der Bundesebene zurückzuführen, der sich auf –17,1 Mrd. € bzw. –3,5% des BIP belief²⁾. Allerdings trugen auch die anderen Teilsektoren des Staates mit insgesamt 5,4 Mrd. € (1,2% des BIP) nicht unerheblich zur Neuverschuldung bei, wobei allein auf Wien 1,6 Mrd. €, auf den übrigen Gemeinde-sektor rund 1 Mrd. € und auf die Bundes-

¹⁾ Die Konjunktur trübte sich im Jahresverlauf 2024 deutlich ein: Laut vorläufigen Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung von Statistik Austria schrumpfte das reale Bruttoinlandsprodukt 2024 um 1,2%.

²⁾ Davon entfielen immerhin 2,5 Mrd. € auf außerbudgetäre Bundeseinheiten. Der Maastricht-Saldo ist auch belastet durch die Berücksichtigung von Sonderzahlungen aus der Anrechnung von Vordienstzeiten in Höhe von 0,8 Mrd. €.

länder (ohne Wien) 2 Mrd. € entfielen. Die Sozialversicherungsträger wiesen ein Defizit von 0,8 Mrd. € aus. Der Anstieg des Defizits um 10,1 Mrd. € gegenüber 2023 war im Wesentlichen auf den Teilssektor Bund (+8,2 Mrd. €) sowie auf die Länder ohne Wien (+1,4 Mrd. €) zurückzuführen; das Defizit

der Stadt Wien erhöhte sich um 0,4 Mrd. €. Der Finanzierungssaldo des Gemeindefektors (ohne Wien) verbesserte sich hingegen marginal um 40 Mio. €, während der Sozialversicherungssektor um 130 Mio. € schlechter bilanzierte.

Übersicht 1: Finanzierungssaldo und Schuldenstand des Gesamtstaates und der Teilssektoren

	2019	2020	2021	2022	2023	2024
	Mrd. €					
Finanzierungssaldo						
Sektor Staat, insgesamt	2,12	– 31,20	– 23,13	– 15,33	– 12,38	– 22,48
Bundesebene	1,48	– 28,13	– 21,01	– 17,58	– 8,85	– 17,07
Landesebene (ohne Wien)	0,62	– 2,07	– 1,82	1,88	– 0,58	– 2,02
Wien	0,11	– 0,66	– 1,03	0,23	– 1,26	– 1,61
Gemeindeebene (ohne Wien)	– 0,28	– 0,39	0,61	0,66	– 0,99	– 0,95
Sozialversicherungsträger	0,20	0,05	0,12	– 0,51	– 0,70	– 0,83
	In % des BIP					
Sektor Staat, insgesamt	0,5	– 8,2	– 5,7	– 3,4	– 2,6	– 4,7
Bundesebene	0,4	– 7,4	– 5,2	– 3,9	– 1,9	– 3,5
Landesebene (ohne Wien)	0,2	– 0,5	– 0,4	0,4	– 0,1	– 0,4
Wien	0,0	– 0,2	– 0,3	0,1	– 0,3	– 0,3
Gemeindeebene (ohne Wien)	– 0,1	– 0,1	0,2	0,1	– 0,2	– 0,2
Sozialversicherungsträger	0,0	0,0	0,0	– 0,1	– 0,1	– 0,2
	Mrd. €					
Schuldenstand						
Sektor Staat, insgesamt	281,0	316,4	334,7	351,1	371,5	394,1
Bundesebene	242,3	273,7	289,2	306,9	323,6	341,2
Landesebene (ohne Wien)	21,3	22,7	24,5	23,8	25,4	27,5
Wien	7,2	8,3	9,9	9,6	10,9	12,7
Gemeindeebene (ohne Wien)	9,1	9,7	9,8	9,9	10,4	11,4
Sozialversicherungsträger	1,0	2,0	1,3	0,9	1,2	1,3
	In % des BIP					
Sektor Staat, insgesamt	71,0	83,2	82,4	78,4	78,5	81,8
Bundesebene	61,2	72,0	71,2	68,5	68,4	70,8
Landesebene (ohne Wien)	5,4	6,0	6,0	5,3	5,4	5,7
Wien	1,8	2,2	2,4	2,2	2,3	2,6
Gemeindeebene (ohne Wien)	2,3	2,5	2,4	2,2	2,2	2,4
Sozialversicherungsträger	0,3	0,5	0,3	0,2	0,3	0,3

Q: Statistik Austria.

Die Interpretation sektoraler Salden stößt aufgrund des verflochtenen Finanzausgleichssystems allerdings an Grenzen, da innerstaatliche Finanztransfers die Budgetergebnisse der Teilssektoren wechselseitig bedingen. Bundesländer und Gemeinden finanzieren sich in hohem Maße durch Anteile an gemeinschaftlichen Abgaben sowie durch Transfers und Zuschüsse, die im Ergebnis den Saldo der Bundesebene verschlechtern. So führten 2024 die im Finanzausgleich vereinbarten Maßnahmen (Bittschi et al., 2024) in den Bereichen Elementarbildung, Gesundheit und Pflege zwar zu Mehreinnahmen der Länder und Gemeinden, denen

jedoch ein empfindlicher Ausgabenanstieg, vor allem im Personalbereich, gegenüberstand. Die gesamtstaatlichen Personalausgaben wuchsen 2024 um 10,0% gegenüber dem Vorjahr, wobei das Wachstum in den Bundesländern (+11,1%) und Gemeinden (+11,2%) überdurchschnittlich ausfiel. Vor diesem Hintergrund ist der Konsolidierungsbedarf nicht ausschließlich ein Problem der Bundesfinanzen. Die Haushalte der Länder, Gemeinden und Sozialversicherungsträger stehen angesichts strukturell bedingt dynamisch wachsender Ausgabenbedarfe (Pitlik et al., 2018; Loretz & Pitlik, 2024) gleichermaßen unter erheblichem Anpassungsdruck.

2. Konsolidierungs- und Offensivmaßnahmen im Regierungsprogramm

Nach den im Februar 2025 abgeschlossenen Koalitionsverhandlungen legte die neue Dreier-Koalition einen Konsolidierungsplan vor, mit dem das drohende Verfahren wegen eines übermäßigen Defizits gemäß den Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspaktes der EU abgewendet werden sollte. Angesichts der unerwartet schlechten Haushaltslage und des noch weiter angestiegenen Konsolidierungsbedarfes ist dieses Ziel jedoch kaum mehr erreichbar.

Das angekündigte Konsolidierungspaket der Bundesregierung erreicht voraussichtlich nicht das angestrebte Einsparvolumen.

Das angekündigte Konsolidierungspaket soll 2025 ein Volumen von 6,3 Mrd. € und 2026 von 8,7 Mrd. € erreichen. Im Budgetsanie- rungsmaßnahmengesetz wurden primär ein- nahmenseitige Konsolidierungsmaßnahmen konkretisiert. Weitere, oft noch nicht im De- tail ausformulierte Maßnahmen wurden in ei- nem Ministerratsvortrag angekündigt. Die geplanten Einsparungen in den Bundesmini- sterien werden im Rahmen des Doppelbud- gets 2025/26, das Mitte Mai 2025 vorgelegt werden wird, konkretisiert. Insbesondere auf der Ausgabe- seite mangelt es jedoch viel- fach an einer hinreichenden Konkretisierung und Quantifizierung der geplanten Einspa- rungen. Die Einschätzungen des WIFO zum tatsächlich realisierbaren Einsparvolumen und zum zeitlichen Horizont der Umsetzung weichen zum Teil deutlich von den Annah- men im Regierungsprogramm (Bundeskanz- leramt, 2025) ab.

Auf der Ausgabe- seite wirken im laufenden Jahr vor allem die Abschaffung des Klimabonus (–1,9 Mrd. €), geplante Kürzun- gen und Effizienzsteigerungen bei Förderun- gen (–0,9 Mrd. €) sowie Einsparungen durch

die Reduktion von Sachausgaben in den Bundesministerien konsolidierend. Letztere dürften 2025 jedoch nur die Hälfte des an- gestrebten Einsparvolumens erbringen; 2026 rechnet das WIFO mit einem Volumen von 1,1 Mrd. €, ab 2027 mit der vollen Wirksam- keit von 1,3 Mrd. €. Konsolidierungsbeiträge ergeben sich außerdem aus der Abschaf- fung der Bildungskarenz. Ab 2026 wird je- doch eine reformierte Ersatzregelung den dauerhaften Einspareffekt schmälern. In Summe über alle Maßnahmen ergeben sich im Jahr 2025 gemäß WIFO-Einschätzung aus- gabenseitige Konsolidierungseffekte in Höhe von 3,8 Mrd. €. Die erwarteten Einsparungen für 2026 belaufen sich auf 4,5 Mrd. €. Für die Folgejahre 2027 bis 2029 rechnet das WIFO mit einem weiterhin leicht wachsenden Ein- sparvolumen von bis zu 5,0 Mrd. € p. a.

Einnahmenseitig tragen 2025 geplante Son- derdividenden von Unternehmen im öffentli- chen Eigentum, eine auf zwei Jahre be- grenzte Erhöhung der Stabilitätsabgabe auf 0,5 Mrd. €, die Anhebung des Krankenversi- cherungsbeitrages für Pensionist:innen sowie die vorzeitige Abschaffung der Umsatzsteu- erbegünstigung für Photovoltaikanlagen zur Verbesserung des Finanzierungssaldos bei. Die ebenfalls akkordierte Nichtausschüttung des letzten Drittels der kalten Progression wird sich erst ab 2026 budgetär auswirken. Insgesamt ergeben sich den WIFO-Einschät- zungen zufolge Mehreinnahmen in Höhe von 1,8 Mrd. € im laufenden Jahr und 2,1 Mrd. € im Jahr 2026 (ohne Ökostromför- derbeitrag³⁾). Danach wird das einnahmen- seitige Konsolidierungsvolumen allmählich auf 2,4 Mrd. € im Jahr 2029 anwachsen.

Übersicht 2: Erwartete Budgetwirkung geplanter Konsolidierungs- und Offensivmaßnahmen

	2025	2026	2027	2028	2029	2025 bis 2029 Insgesamt
	Mrd. €					
Konsolidierungsmaßnahmen						
Ausgabenseitig	3,8	4,5	4,8	4,9	5,0	23,0
Einnahmenseitig	1,8	2,1	2,0	2,2	2,4	10,5
Insgesamt	5,6	6,6	6,8	7,1	7,4	33,5
Offensivmaßnahmen						
Ausgabenseitig	0,5	1,2	0,6	0,6		2,9
Einnahmenseitig	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,6
Insgesamt	0,7	1,4	0,7	0,7	0,1	3,5
Saldowirkung (netto)	4,9	5,3	6,1	6,4	7,3	30,0

Q: WIFO-Berechnungen.

In Summe ergibt sich für 2025 somit ein ge- schätztes budgetwirksames Konsolidierungs-

volumen von 5,6 Mrd. €. Damit bleibt das voraussichtlich realisierbare Volumen um

³⁾ Die bereits zuvor vereinbarte Wiedereinhebung des 2023 und 2024 ausgesetzten Ökostromförderbeitrages generiert 2025 Einnahmen von etwa 0,7 Mrd. €, wird

aber nicht zu den Konsolidierungsmaßnahmen ge- zählt.

0,7 Mrd. € hinter den Ankündigungen zurück. Für 2026 wird ein Konsolidierungseffekt von 6,6 Mrd. € erwartet, der bis zum Jahr 2029 auf 7,4 Mrd. € ansteigt.

Neben den mehr oder weniger konkret formulierten Konsolidierungsvorhaben enthält das Regierungsprogramm Offensivmaßnahmen, die sowohl konjunkturstützend wirken als auch die Auswirkungen erforderlicher struktureller Reformprozesse sozialpolitisch abfedern sollen. Für viele dieser Offensivmaßnahmen sind aber keine Budgetmittel explizit ausgewiesen; zudem steht ihre Umsetzung ab 2027 häufig unter einem Finanzierungsvorbehalt. Ausgabenseitig betreffen die Maßnahmen vorrangig die Bereiche Arbeitsmarktpolitik, Soziales, Bildung und Gesundheit. Nach WIFO-Schätzungen belaufen sich die Kosten zunächst auf 0,5 Mrd. € (2025) bzw. 1,2 Mrd. € (2026) und schrumpfen in den Folgejahren auf 0,6 Mrd. € p. a. Einnahmenseitige Entlastungen, etwa die steuerfreie Mitarbeiterprämie oder neue Pauschalierungsregelungen für kleine und mittlere Unternehmen, summieren sich auf 0,1 Mrd. € bis 0,2 Mrd. €.

Unter Berücksichtigung dieser Offensivmaßnahmen reduziert sich der budgetäre Nettoeffekt auf den Finanzierungssaldo auf 4,9 Mrd. € (2025) bzw. 5,3 Mrd. € (2026). Für 2029 rechnet das WIFO mit einem Nettoentlastungseffekt von 7,3 Mrd. €. Insgesamt bleibt festzuhalten, dass mit den zurzeit bekannten Maßnahmen weder im laufenden Jahr noch 2026 die avisierten Konsolidierungsvolumina von 6,3 Mrd. € bzw. 8,7 Mrd. € realisiert werden dürften.

Eine Reihe weiterer Politikankündigungen mit budgetären Auswirkungen konnten mangels ausreichender Informationen nicht oder nur unvollständig in die Projektionen integriert werden. Dazu zählt z. B. die avisierte Teilkompensation für die Abschaffung des Klimabonus zugunsten von Pendler:innen ab 2026. Der akkordierte Anstieg der Ausgaben für die Landesverteidigung bis auf 2% des BIP im Jahr 2032 findet sich (noch) nicht vollständig in der Budgetplanung. In der Projektion wurden höhere Ausgaben für militärische Beschaffungen von in Summe 6,4 Mrd. € über den Zeitraum 2025 bis 2029 berücksichtigt⁴⁾.

Angekündigte Offensivmaßnahmen schmälern die budgetären Konsolidierungswirkungen.

3. Projektion der budgetären Entwicklung 2025-2029

Die Entwicklung der öffentlichen Haushalte wird in den kommenden Jahren von der noch nicht überwundenen Konjunkturschwäche und vom Budgetsanierungspfad geprägt sein, der allerdings noch weiterer Adaptierungen bedarf, um dem europäischen Fiskalregelwerk Rechnung zu tragen. Hinzu kommt, dass die Prognose der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen derzeit mit außergewöhnlich hohen zusätzlichen Unsicherheiten verbunden ist (Scheiblecker & Ederer, 2025; Baumgartner & Kaniovski, 2025). Insofern handelt es sich beim nachfolgend dargestellten Budgetpfad nicht um eine Prognose i. e. S., sondern vielmehr um eine Projektion der Entwicklung unter der technischen, jedoch unrealistischen Annahme, dass über die bis Anfang April 2025 vorgelegten Pläne hinaus keine weiteren Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung gesetzt werden ("No Further Policy Change"). Weiters konnten ökonomische Rückwirkungen des Budgetpfades auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung nicht abgebildet werden.

Der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo würde sich unter den oben dargestellten Annahmen zu budgetären Einsparungen,

Einnahmen- und Offensivmaßnahmen im laufenden Jahr nur leicht von –22,5 Mrd. € (–4,7% des BIP 2024) auf –20,5 Mrd. € (–4,2% des BIP 2025) reduzieren. Der strukturelle Primärsaldo verbessert sich von –2,3% des BIP (2024) auf –1,4% des BIP, sofern die Sonderdividenden nicht als einmalige Einnahme gewertet werden. Um 2025 den Defizit-Zielwert von –3,0% zu erreichen, müsste zusätzlich zu den bereits berücksichtigten 5,6 Mrd. € ein Konsolidierungsbeitrag von weiteren 5,8 Mrd. € erbracht werden.

Für 2026 erwartet das WIFO in seiner hypothetischen Budgetprojektion, die keine Maßnahmen abbildet, wie sie sich aus dem Doppelbudget 2025/26 des Bundes sowie allfälligen Anpassungen der Länder und Gemeinden im laufenden Jahr ergeben könnten, ebenfalls einen Finanzierungssaldo von –4,2% der Wirtschaftsleistung. Zurückzuführen ist dies zum einen auf den Wegfall von Einmaleinnahmen aus Sonderdividenden sowie auf die angekündigten Offensivmaßnahmen in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Arbeitsmarkt und Abgaben, die zusammen ein Volumen von 1,4 Mrd. € errei-

Der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo wird sich im laufenden Jahr nur geringfügig auf –4,2% des BIP verbessern. In den Folgejahren bis 2029 würde das Defizit ohne zusätzliche Maßnahmen zur Budgetsanierung nahe bei 4% des BIP liegen.

⁴⁾ Eine Ausweitung der Ausgaben für Landesverteidigung (gemäß COFOG-Systematik) von bis zu +1,5% des BIP über dem Referenzwert von 2,4 Mrd. € (Militärausgaben im Jahr 2021) bleibt bis 2028 von der Beurteilung des Budgetpfades durch die Europäische Kommission ausgenommen, sofern Österreich die neu geschaffene nationale Ausweichklausel für Militärausgaben aktiviert (Europäische Kommission, 2025). Damit sind die bereits von der Vorgängerregierung ge-

planten Mehrausgaben für vier Jahre bis 2028 von der Anwendung der Europäischen Fiskalregeln formell ausgenommen und könnten somit trotz der angespannten Budgetsituation umgesetzt werden. Auch für Mitgliedsländer mit deutlich angespannter Haushaltslage wird somit budgetäre Flexibilität ausschließlich für die Verteidigungsausgaben geschaffen. Kritisches dazu Guttenberg und Redeker (2025).

chen sollen. Zum anderen wirkt der bereits fi-
zierte Lohn- und Gehaltsabschluss im öffentli-
chen Dienst, der um 0,3 Prozentpunkte über

der rollierenden Inflationsrate liegen wird, als
zusätzlicher Ausgabentreiber.

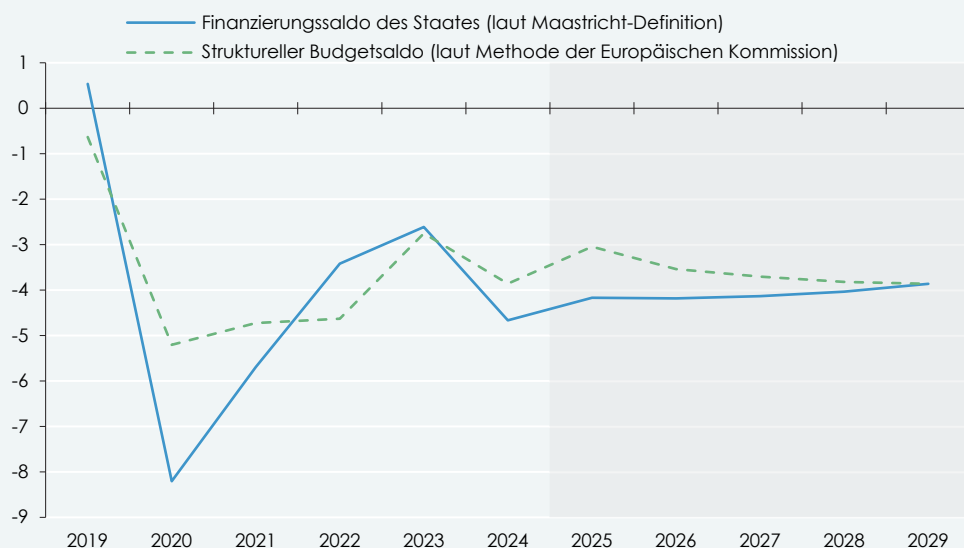
Übersicht 3: Hauptergebnisse der mittelfristigen Budgetprojektion

	2024	2025	2026	2027	2028	2029	Ø 2020/ 2024	Ø 2025/ 2029
Finanzierungssaldo des Staates laut Maastricht-Definition								
Mrd. €	- 22,5	- 20,5	- 21,3	- 21,7	- 21,9	- 21,6	- 20,9	- 21,4
In % des BIP	- 4,7	- 4,2	- 4,2	- 4,1	- 4,0	- 3,9	- 4,9	- 4,1
In % des BIP								
Staatsausgaben	56,3	56,4	56,3	56,1	56,0	55,9	55,1	56,1
Öffentlicher Konsum	22,2	22,3	22,1	22,0	21,9	21,9	21,3	22,0
Zinsausgaben	1,5	1,7	1,8	1,9	2,0	2,1	1,2	1,9
Staatseinnahmen	51,6	52,2	52,1	51,9	52,0	52,0	50,2	52,1
Abgabenquote ¹⁾	44,5	45,0	45,0	45,0	45,1	45,1	43,2	45,0
Struktureller Budgetsaldo								
Methode der Europäischen Kommission	- 3,9	- 3,0	- 3,5	- 3,7	- 3,8	- 3,9	- 4,2	- 3,6
Struktureller Primärsaldo	- 2,3	- 1,4	- 1,8	- 1,8	- 1,8	- 1,7	- 3,0	- 1,7
Staatsschuld	81,8	84,4	86,1	87,8	89,4	90,6	80,8	87,7

Q: WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Indikator 2, ohne EU-Abgaben.

Abbildung 1: Finanzierungssaldo des Staates und struktureller Budgetsaldo

In % des BIP



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. Methode der Europäischen Kommission . . . WIFO-Schätzung unter Verwendung der Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission vom November 2024.

Ausgabenseitige Einsparmaßnahmen sollten sich ab 2027 in einem moderaten Rückgang des öffentlichen Konsums spiegeln. Der Anteil des Staatskonsums am BIP würde dadurch mittelfristig von 22,3% (2025) auf 21,9% des BIP (2029) sinken. Voraussetzung dafür ist, dass die Lohn- und Gehaltserhöhungen im öffentlichen Sektor ab dem Jahr 2027 nicht über die rollierende Inflationsrate hinaus gehen. Einsparungen der Bundesministerien bei den Sachausgaben sollten auch

bei Ländern, Gemeinden, Sozialversicherungsträgern und außerbudgetären Einheiten zu einem restriktiven Budgetvollzug bei Ermessensausgaben führen. Des Weiteren unterstellt das WIFO in seiner Budgetprojektion, dass angekündigte oder sich in Umsetzung befindliche Reformschritte im Pensionsbereich – Einführung von Teilpensionen und Einschränkung der Korridor pension, Ausgestaltung der Altersteilzeit, Beschäftigungspaket für Ältere, sukzessive Anhebung des

Regelpensionsantrittsalters der Frauen – auch das faktische Antrittsalter schrittweise erhöhen werden, sodass der dynamische Anstieg der monetären Sozialleistungen etwas eingebremst wird. Die budgetentlastenden Effekte der beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen werden jedoch auch

durch weiter ansteigende Zinsausgaben der öffentlichen Haushalte, die 2024 bereits 1,5% des BIP erreichten, geschmälert. Der Zinsaufwand dürfte 2025 auf 1,7% des BIP steigen und bis 2029 2,1% der nominellen Wirtschaftsleistung erreichen.

Revision der Budgetprognose und Budgetprojektion 2025

In der am 27. März 2025 veröffentlichten WIFO-Konjunkturprognose wurde für das laufende Jahr ein gesamtstaatliches Budgetdefizit von 3,3% des BIP erwartet. Diese Einschätzung basierte auf der Annahme, dass die von der Bundesregierung angekündigten Maßnahmen zur Budgetsanierung zu einer Verbesserung des Finanzierungssaldos um 0,8 Prozentpunkte gegenüber dem Jahr 2024 führen würden. Für 2024 war ein (vorläufiges) Defizit von 4,1% des BIP angenommen worden. Am 31. März 2025 veröffentlichte Statistik Austria jedoch unerwartet deutlich ungünstigere Daten: Das Defizit für 2024 wurde auf 4,7% des BIP nach oben revidiert. Diese Korrektur ging mit umfassenden Revisionen der vierteljährlichen Daten zu den Staatsausgaben und -einnahmen einher und verschlechterte die budgetäre Ausgangslage für das laufende Jahr erheblich.

Auf Basis dieser neuen Ausgangswerte sowie einer überarbeiteten Einschätzung zur tatsächlichen Umsetzung der bis Anfang April bekannten Konsolidierungs- und Offensivmaßnahmen rechnet das WIFO nun für 2025 nur noch mit einer geringeren Reduktion des Budgetdefizits auf 4,2% des BIP – ein Rückgang um lediglich 0,5 Prozentpunkte gegenüber dem neuen Referenzwert für 2024. Geschuldet ist diese Prognoserevision vor allem veränderten Einschätzungen zu den Einnahmen aus Sonderdividenden und dem Ökostromförderbeitrag sowie zur Umsetzung geplanter Einsparungen bei Förderungen, Ministeriumsausgaben und der Bildungskarenz. Im für Mai 2025 erwarteten Doppelbudget 2025/26 dürfte die Bundesregierung angesichts der verschlechterten Ausgangslage zusätzliche Sanierungsmaßnahmen ankündigen, die den künftigen Budgetpfad wesentlich mitbestimmen werden. Da diese Maßnahmen im April noch nicht bekannt waren, konnten sie in der vorliegenden Projektion nicht berücksichtigt werden.

Insgesamt zeigt die Projektion des Budgetpfades, die unter der – wenngleich wenig realistischen – Annahme erstellt wurde, dass es in Zukunft keine weitergehenden Konsolidierungsschritte geben wird, somit eine nur schleppende Verbesserung des Finanzierungssaldos bis auf –3,9% des BIP (2029). Das Maastricht-Defizit würde somit ohne zusätzliche Maßnahmen zur Budgetsanierung in sämtlichen Prognosejahren deutlich über der 3%-Grenze liegen.

Die Staatsausgaben würden ohne ergänzende Maßnahmen nur sehr langsam von 56,4% (2025) auf 55,9% des BIP (2029) zurückgehen. Im Mittel der Jahre 2025 bis 2029 würde die Ausgabenquote bei 56,1% des BIP liegen und damit sogar den Durchschnitt des Zeitraums 2020/2024 (55,1%) übertreffen, in den die außerordentlichen Budgetbelastungen durch die COVID-19-Pandemie und die Inflations- und Energiekrise fielen. Die Staatseinnahmen, die im Vorjahr eine Höhe von 51,6% des BIP erreichten, dürften im Zuge der geplanten Budgetsanierung 2025 weiter auf 52,2% des BIP steigen und in den

Folgejahren nur geringfügig auf 52,0% zurückgehen. Die Abgabenquote (ohne EU-Abgaben) nimmt gemäß der Projektion von 44,5% (2024) auf 45,0% des BIP im Durchschnitt 2025/2029 zu, womit Österreich sowohl im EU-Vergleich als auch in der Gruppe der OECD-Länder weiter Spitzenplätze einnimmt⁵⁾.

Die Staatsschuldenquote, die 2023 noch 78,5% des BIP betragen hatte, könnte 2025 auf 84,4% und 2026 auf 86,1% der Wirtschaftsleistung ansteigen. Bei anhaltend hohen Primärdefiziten und einem schwachen BIP-Wachstum würden die Schulden ohne zusätzliche Gegenmaßnahmen bis 2029 die Grenze von 90% des BIP überschreiten. Mit etwa 2% des BIP werden die daraus resultierenden Zinsbelastungen der öffentlichen Hand zwar noch immer deutlich unter den Werten der 1990er-Jahre (3½% bis 4%) liegen, der Anstieg verläuft jedoch dynamisch und ist überdies stark von Faktoren mitbestimmt, die außerhalb des direkten Einflussbereichs der Bundesregierung liegen.

4. Schlussfolgerungen

Angesichts der unerwartet ungünstigen Budgetnotifikation vom März 2025, des anhaltend eingetrübten gesamtwirtschaftlichen Ausblicks sowie wachsender budgetärer Herausforderungen – insbesondere bei Klimaschutz, Landesverteidigung, Pflege und Gesundheit – ist der Konsolidierungsbedarf der öffentlichen Haushalte in Österreich

weiterhin erheblich. Dabei geht es nicht allein um die Einhaltung der fiskalischen Vorgaben der EU und das mittlerweile kaum mehr vermeidbare Defizitverfahren, sondern primär um die Wiedererlangung und Wahrung der budgetpolitischen Handlungsfähigkeit in den kommenden Jahren.

⁵⁾ Vgl. dazu <https://taxation-customs.ec.europa.eu/taxation/economic-analysis/data-taxation-trends-en>.

Für eine fortgesetzte und nachhaltige Budgetsanierung sind strukturelle Reformmaßnahmen erforderlich, um die Ausgabendynamik auf allen staatlichen Ebenen einzubremsen.

Die im Regierungsprogramm angekündigten Konsolidierungsmaßnahmen stellen in diesem Kontext lediglich einen ersten, noch unzureichenden Schritt zur Budgetsanierung dar. Im Rahmen der laufenden Budgeterstellung sind weitere Maßnahmen ebenso zu erwarten wie die Konkretisierung bislang noch vage gehaltener Ankündigungen. Dringend erforderlich sind zusätzliche Schritte zur Eindämmung der Ausgabendynamik, insbesondere bei den Pensionen, in der Verwaltung (Personalkosten des Staates) sowie im Gesundheits- und Pflegebereich. Allein eine Pensionsanpassung und ein Gehaltsabschluss im öffentlichen Dienst um jeweils 1 Prozentpunkt unter der rollierenden Inflationsrate würden in Summe eine jährliche Einsparung von rund 1,3 Mrd. € erbringen.

Vor dem Hintergrund der anhaltenden Konjunkturschwäche und eines von hoher wirtschaftlicher und geopolitischer Unsicherheit geprägten Umfelds sind die potenziellen Rückwirkungen geplanter Sparmaßnahmen und Steueranpassungen auf Wachstum und Beschäftigung mit besonderer Sorgfalt abzuwägen. Eine Budgetkonsolidierung dämpft zumeist die gesamtwirtschaftliche Nachfrage, was in der Regel zu geringeren Steuereinnahmen und höheren Sozialausgaben bei steigender Arbeitslosigkeit führt. Ebenso dürfen kurzfristige Einsparungen im Bereich Klimapolitik nicht isoliert betrachtet werden.

Entscheidend ist, die langfristigen wirtschaftlichen und fiskalischen Kosten einer Verfehlung klimapolitischer Zielsetzungen in die Gesamtstrategie einzubeziehen.

Langfristig wirksam für eine Reduzierung der Ausgabendynamik wäre insbesondere eine umfassende Föderalismusreform, die nicht nur die Entflechtung der Aufgaben- und Finanzierungsverantwortung zwischen den föderalen Ebenen anstreben müsste, sondern auch die deutliche Stärkung der Abgabenautonomie aller Gebietskörperschaften. Ziel einer solchen Reform wäre es nicht nur, Verwaltungsausgaben nachhaltig zu senken, sondern durch ein Mehr an budgetärer Eigenverantwortung auf allen Ebenen gezielt Anreize zur Hebung vorhandener Effizienzpotenziale in der Bereitstellung öffentlicher Leistungen zu schaffen.

Außerdem sollte eine umfassende, effizienzorientierte Reform des Steuer-, Abgaben- und Transfersystems angegangen werden. In Österreich ist die besonders wachstumsfeindliche Besteuerung des Faktors Arbeit sehr hoch; andere, weniger problematisch einzuschätzende Steuern, etwa auf Grund und Boden oder Erbschaften, sind dagegen sehr gering. Mit einer grundlegenden Reform ließen sich Wachstumsimpulse bei gleichzeitig sinkender Abgabenlast erzielen (vgl. Baumgartner et al., 2021).

5. Literaturhinweise

- Baumgartner, J., & Kaniovski, S. (2025). Handelskonflikte, Spardruck und Strukturprobleme hemmen das Wirtschaftswachstum in Österreich. Update der mittelfristigen Prognose 2025 bis 2029. *WIFO-Monatsberichte*, 98(4), 179-190. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/58155801>.
- Baumgartner, J., Kaniovski, S., Loretz, S., & Streicher, G. (2021). Die Effekte von Steueränderungen unterschiedlicher Steuerarten für Österreich. Simulationsergebnisse in WIFO-Macromod und ADAGIO. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/14077631>.
- Bittschi, B., Famira-Mühlberger, U., Kletzan-Slamani, D., Klien, M., Pitlik, H., & Schratzenstaller, M. (2024). Finanzausgleich 2024 bis 2028. Erste Schritte zu einer Wirkungsorientierung. *WIFO-Monatsberichte*, 97(2), 29-41. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/50687560>.
- Bundeskanzleramt (2025). *Jetzt das Richtige tun. Für Österreich*. Regierungsprogramm 2025-2029. <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/bundeskanzleramt/die-bundesregierung/regierungsdokumente.html>.
- Europäische Kommission (2025). Communication from the Commission. Accommodating increased defence expenditure within the Stability and Growth Pact. C(2025) 2000 final. https://defence-industry-space.ec.europa.eu/document/download/a57304ce-1a98-4a2c-aed5-36485884f1a0_en?filename=Communication-on-the-national-escape-clause.pdf.
- Glocker, C., & Ederer, S. (2024). Hohe Verunsicherung hält Österreichs Wirtschaft in der Stagnation. Prognose für 2024 und 2025. *WIFO-Monatsberichte*, 97(7), 363-379. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/53312344>.
- Guttenberg, L., & Redeker, N. (2025). Für mehr Sicherheit: Warum und wie die EU die Fiskalregeln (noch einmal) reformieren sollte. *Wirtschaftsdienst*, 105(4), 243-248.
- Loretz, S., & Pitlik, H. (2024). *Österreichischer Stabilitätspakt 2012 und föderative Lastenverschiebungen. Eine Projektion für die Jahre 2024 bis 2028*. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/50190036>.
- Pitlik, H., & Schratzenstaller, M. (2023). Budgetpolitik in einem unsicheren ökonomischen und geopolitischen Umfeld. Bundesvoranschlag 2024 und Mittelfristiger Finanzrahmen 2024 bis 2027. *WIFO-Monatsberichte*, 96(12), 833-844. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/49947293>.
- Pitlik, H., Klien, M., & Loretz, S. (2018). *Ausgabendynamik in den Budgets der Gebietskörperschaften im Lichte einer aufgabenorientierten vertikalen Finanzmittelverteilung*. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/4139992>.
- Scheiblecker, M., & Ederer, S. (2025). Österreich steckt im dritten Rezessionsjahr. Prognose für 2025 und 2026. *WIFO-Monatsberichte*, 98(4), 163-177. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/58155737>.

Zweites Rezessionsjahr in Österreich

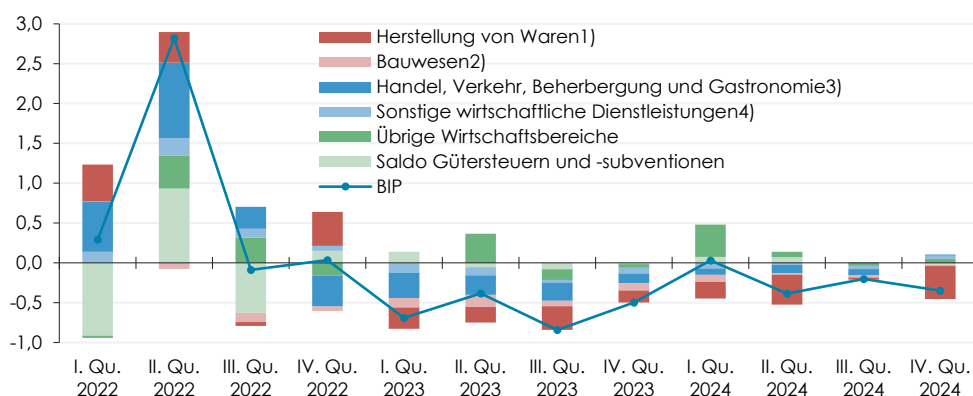
Die österreichische Wirtschaft im Jahr 2024

Josef Baumgartner, Jürgen Bierbaumer, Sandra Bilek-Steindl, Benjamin Bittschi, Christian Glocker, Margit Schratzenstaller

- Geopolitische Störungen, politische Unwägbarkeiten und extreme Wetterereignisse beeinträchtigten 2024 erneut die weltweite Wirtschaftstätigkeit.
- Während die Schwellenländer und die USA robust expandierten, war das Wachstum in den Mitgliedsländern der Europäischen Union verhalten.
- Die österreichische Wirtschaft durchlebte 2024 ein zweites Rezessionsjahr, die Industrie verharrte in der Krise.
- Das Defizit des Gesamtstaates stieg 2024 auf 4,7% des BIP.
- Die Konsumausgaben der privaten Haushalte stagnierten, wenngleich zum Jahresende eine leichte Belebung erkennbar war. Die Bruttorealeinkommen zogen im Jahr 2024 kräftig an.
- Die Inflationsrate sank deutlich auf 2,9% (2023: 7,8%). Hauptverantwortlich war die Verbilligung von Energie.

Wachstumsbeiträge der Wirtschaftsbereiche zum BIP

Real, saison- und arbeitstagsbereinigt (gemäß Eurostat-Vorgabe), Veränderung gegenüber dem Vorquartal in % (BIP) bzw. Prozentpunkten (Komponenten)



"Die österreichische Wirtschaft durchlebte 2024 das zweite Rezessionsjahr in Folge. Vor dem Hintergrund von geopolitischen Unsicherheiten und einer gedämpften Weltkonjunktur setzte sich die heimische Industrieschwäche unvermindert fort."

Im Vorquartalsvergleich wurde Österreichs BIP seit dem III. Quartal 2022 – also zehn Quartale in Folge – nicht mehr ausweitete. Wertschöpfungseinbußen in der Herstellung von Waren und der Bauwirtschaft dämpften nahezu durchwegs die Entwicklung. Auch die Dienstleistungsbranchen lieferten kaum positive Impulse (Q: Statistik Austria, WIFO. – ¹⁾ ÖNACE 2008, Abschnitt C. – ²⁾ ÖNACE 2008, Abschnitt F. – ³⁾ ÖNACE 2008, Abschnitte G bis I. – ⁴⁾ ÖNACE 2008, Abschnitte M und N).

Zweites Rezessionsjahr in Österreich

Die österreichische Wirtschaft im Jahr 2024

Josef Baumgartner, Jürgen Bierbaumer, Sandra Bilek-Steindl, Benjamin Bittschi, Christian Glocker, Margit Schratzenstaller

Zweites Rezessionsjahr in Österreich. Die österreichische Wirtschaft im Jahr 2024

Die heimische Wirtschaft durchlebte 2024 das zweite Rezessionsjahr in Folge. Neben der rückläufigen Industriekonjunktur schwächelten auch die Bauwirtschaft und einige Dienstleistungsbereiche. Mit der Konjunkturschwäche und Sondereffekten erhöhte sich das Budgetdefizit auf 4,7% des BIP. Trotz gestiegener Bruttorealeinkommen verlief die Konsumnachfrage der privaten Haushalte nur schleppend. Nach zwei Jahren sehr hoher Inflation verlangsamte sich der Preisauftrieb im Jahresdurchschnitt 2024 auf 2,9%.

JEL-Codes: E32, E66 • **Keywords:** Wirtschaftsentwicklung

Der vorliegende Beitrag analysiert in einem Rückblick das Wirtschaftsgeschehen in Österreich und weltweit mit Fokus auf die heimische Lohn-, Konsum- und Preisentwicklung. Eine Detailanalyse zu den Bereichen Geld- und Finanzmärkte findet sich bei Url (2025, in diesem Heft). Berichte zur Entwicklung von Industrie, Außenhandel und Arbeitsmarkt folgen im Heft 5/2025 der WIFO-Monatsberichte.

Begutachtung: Stefan Schiman-Vukan • **Wissenschaftliche Assistenz:** Martina Einsiedl (martina.einsiedl@wifo.ac.at), Ursula Glauninger (ursula.glauninger@wifo.ac.at), Christine Kaufmann (christine.kaufmann@wifo.ac.at), Martha Steiner (martha.steiner@wifo.ac.at), Doris Steininger (doris.steiningeringer@wifo.ac.at), Andrea Sutrich (andrea.sutrich@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 10. 4. 2025

Kontakt: Josef Baumgartner (josef.baumgartner@wifo.ac.at), Jürgen Bierbaumer (juergen.bierbaumer@wifo.ac.at), Sandra Bilek-Steindl (sandra.bilek-steindl@wifo.ac.at), Benjamin Bittschi (benjamin.bittschi@wifo.ac.at), Christian Glocker (christian.glocker@wifo.ac.at), Margit Schratzenstaller (margit.schratzenstaller@wifo.ac.at)

Second Year of Recession in Austria. The Austrian Economy in 2024

The Austrian economy experienced its second consecutive year of recession in 2024. In addition to the decline in industrial activity, construction and some service sectors also weakened. The budget deficit increased to 4.7 percent of GDP due to the economic downturn and one-off measures. Despite an increase in gross real income, consumer demand from private households was sluggish. After two years of very high inflation, it slowed to an annual average of 2.9 percent in 2024.

1. Weltkonjunktur 2024 im Zeichen nachlassenden Inflationsdrucks

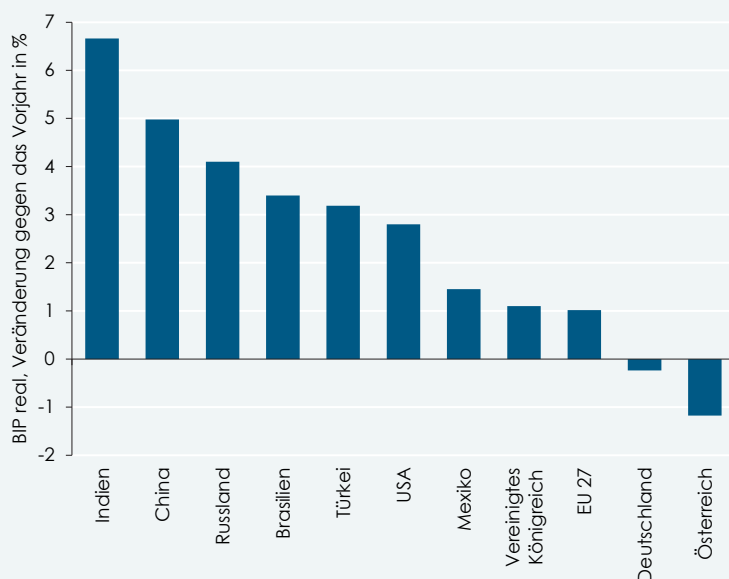
Im Jahr 2024 wuchs die Weltwirtschaft um fast 3% und damit ähnlich kräftig wie im Vorjahr. Trotz dieses robusten Wachstums war die Entwicklung von geopolitischen Störungen, politischen Unwägbarkeiten, extremen Wetterereignissen (wie den Überschwemmungen in Brasilien) und der anhaltenden Volatilität der Rohstoffpreise beeinträchtigt. Einige hemmende Faktoren, insbesondere die Unterbrechungen der Lieferketten, verloren jedoch allmählich an Gewicht. Die Normalisierung der Lieferketten war in erster Linie auf eine Zunahme des Schiffsverkehrs durch den Panamakanal zurückzuführen, die durch günstige Wetterbedingungen ermöglicht wurde, während der Schiffsverkehr durch den Suezkanal das ganze Jahr über beeinträchtigt war, was die Seefrachtraten auf einem hohen Niveau hielt.

In den Schwellenländern betrug das Wachstum 2024 rund 4¾% und war damit etwas geringer als 2023 (5%). Unter den BRICS-Län-

dern verlangsamte es sich in China und Indien, während sich in Russland keine Abschwächung zeigte und Brasilien etwas stärker expandierte als im Vorjahr. In einer Reihe weiterer großer Schwellenländer wuchs die Wirtschaft 2024 ebenfalls kräftig, allen voran in Indonesien, Saudi-Arabien und der Türkei. Die Industrieländer expandierten mit knapp unter 2% etwa gleich schnell wie im Vorjahr. Neben den USA verzeichneten auch Kanada und Australien solide Zuwächse (Abbildung 1).

Demgegenüber blieb das Wachstum in vielen Mitgliedsländern der Europäischen Union verhalten – bei erheblichen regionalen Unterschieden. In Österreich, Deutschland, Finnland, Estland und Lettland setzte sich die Rezession fort, während Spanien, Dänemark, Kroatien, Zypern und Malta ein kräftiges Wirtschaftswachstum verzeichneten. In Italien und Frankreich wuchs das BIP kaum.

Abbildung 1: **Wirtschaftswachstum im Jahr 2024**



Q: Eurostat, OECD, nationale Statistikämter, Macrobond.

In den USA hatte der Konsum der privaten Haushalte mit 2 Prozentpunkten den größten Anteil am BIP-Zuwachs von 2,8%. Die stetige Expansion des privaten Konsums wurde dort durch sinkende Inflationsraten, einen anhaltenden Anstieg der Beschäftigung und ein hohes Verbrauchervertrauen gestützt. Der Staatskonsum und die Investitionen trugen ebenfalls zum Wachstum bei, allerdings in relativ geringem Umfang. Im Vereinigten Königreich leistete der Staatskonsum nach vorläufigen Daten den größten Wachstumsbeitrag, während der Außenbeitrag negativ war. In der EU 27 wurde das Wachstum hauptsächlich durch solide Zuwächse sowohl des privaten als auch des öffentlichen Konsums gestützt, während die Investitionen dämpfend wirkten. Auf der Angebotsseite bremste der sekundäre Sektor erneut die Expansion, was die Rezession im Bereich der Sachgütererzeugung widerspiegelt. Ihre Wertschöpfung schrumpfte insbesondere in Deutschland, Österreich, Ungarn und Tschechien stark. Gleichzeitig vergrößerte sich in der EU der Wachstumsbeitrag des tertiären Sektors weiter gegenüber 2023. Diese spürbare Zunahme der Dynamik im Dienstleistungsbereich ging in erster Linie auf die Information und Kommunikation, das Grundstücks- und Wohnungswesen sowie öffentlichkeitsnahe Branchen zurück.

Die weltweite Inflation (auf Basis des VPI) verlangsamte sich 2024 von über 4½% im Vorjahr auf gut 3%. Diese Abschwächung wurde vor allem von den Industrieländern getragen, wo die Inflationsraten durchgängig sanken. Im Durchschnitt der Schwellenländer ließ die Teuerung dagegen kaum nach und blieb 2024 bei 4¼%. In den USA verlangsamte sie sich von 4,1% im Jahr 2023

auf 2,9%. Ähnliche Rückgänge waren auch in Australien und Kanada zu beobachten. Im EU-Durchschnitt sank die Inflationsrate deutlich von 6,6% im Jahr 2023 auf 2,8%, hauptsächlich getrieben durch die Verbilligung von Energie, während der anhaltende Preisdruck im Dienstleistungssektor einen noch stärkeren Rückgang verhinderte. In den Schwellenländern waren die Inflationsraten etwa in Indien, Brasilien und Mexiko rückläufig, während andere Länder wie die Türkei und Russland aufgrund des hohen nachfragegetriebenen Wirtschaftswachstums in Verbindung mit Währungsabwertungen (von rund 3% gemäß nominal-effektivem Wechselkurs) Anstiege verzeichneten. In China stagnierten die Verbraucherpreise wie schon 2023.

Die Entwicklung der Inflationsraten verlief international uneinheitlich, was in Kombination mit den unterschiedlichen Expansionsprofilen zu einer ausgeprägten Divergenz der Leitzinssätze führte. Schwellenländer mit hoher wirtschaftlicher Dynamik wie Indonesien, Russland und die Türkei setzten ihre geldpolitische Straffung weiter fort. Andere Schwellenländer wie Brasilien lockerten ihre Geldpolitik hingegen teils deutlich. In den Industrieländern ermöglichte vor allem der Rückgang der Inflationsraten eine Lockerung. Die Notenbank der USA, die Bank of England und die Europäische Zentralbank (EZB) senkten ihre Leitzinsen, wobei die EZB die deutlichste Zinssenkung vornahm. Auch in Tschechien und Ungarn wurden die Leitzinsen gesenkt, während Polen seine Zinspolitik das gesamte Jahr hindurch unverändert ließ. Diese unterschiedlichen geldpolitischen Strategien hatten erhebliche Zinsdifferenzen zur Folge: Während in Ländern wie der Türkei,

Die Weltwirtschaft wuchs 2024 erneut robust. Das Wachstumstempo unterschied sich jedoch erheblich zwischen den einzelnen Ländern.

Der Inflationsdruck ließ im Jahr 2024 weltweit deutlich nach.

Russland, Mexiko und Brasilien die Zinssätze 2024 über 10% lagen, blieben sie in den meisten Industrieländern vergleichsweise niedrig. Als Konsequenz kam es mitunter zu erheblichen Wechselkursschwankungen. In der EU ging die Lockerung der Geldpolitik zudem mit einem deutlichen Rückgang der Renditen auf Staatsanleihen einher, insbesondere auf dem Sekundärmarkt für 10-jährige Anleihen. Innerhalb des Euro-Raumes

verringerten sich die Zinsdifferenzen für 10-jährige Staatsanleihen Spaniens und Italiens gegenüber dem Referenzland Deutschland im Vergleich zum Vorjahr. Im Falle Frankreichs vergrößerte sich der Zinsabstand hingegen deutlich – ein Effekt, der auf die verschlechterte Tragfähigkeit der dortigen Staatsfinanzen infolge schwachen Wirtschaftswachstums und politischer Instabilität zurückzuführen ist.

2. Zweites Rezessionsjahr für Österreichs Wirtschaft

Der produzierende Bereich verzeichnete 2024 drastische Wertschöpfungseinbußen, aber auch die Bauwirtschaft und einige Dienstleistungsbereiche hemmten die Entwicklung der Gesamtwirtschaft.

2.1 Industriekonjunktur erneut rückläufig

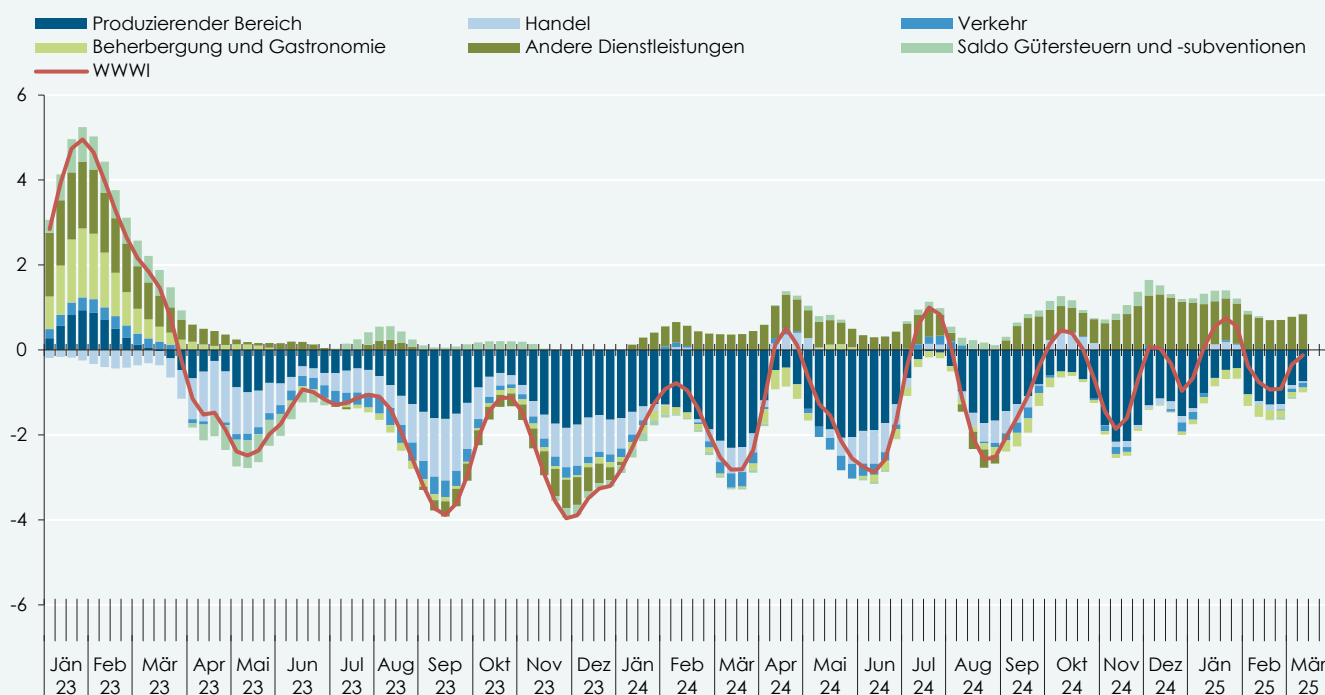
Die österreichische Wirtschaft erlebte 2024 das zweite Rezessionsjahr in Folge. Nachdem das BIP 2023 preisbereinigt um 1,0% zurückgegangen war, sank es 2024 um 1,2% (nominell +1,8%). Der Abschwung hatte bereits im 2. Halbjahr 2022 eingesetzt, seither wurde das BIP im Vorquartalsvergleich zehn Quartale in Folge nicht ausgeweitet. Damit ist die derzeitige Rezession die längste der Nachkriegsgeschichte (Scheiblecker, 2025).

Im Vorjahresvergleich geht die Wirtschaftsleistung gemäß dem Wöchentlichen WIFO-

Wirtschaftsindex (WWWI) seit Ende März 2023 zurück. Neben dem produzierenden Bereich leistete 2024 auch das Aggregat "Handel, Verkehr sowie Beherbergung und Gastronomie" nahezu durchwegs negative Wachstumsbeiträge. Positive Impulse kamen nur von den übrigen Wirtschaftsbereichen (ÖNACE 2008, Abschnitt J bis T). Auch zu Jahresbeginn 2025 stützten nur diese Bereiche die Wirtschaft, während die Industrie, das Bauwesen und die konsumnahen Dienstleistungsbereiche weiterhin schwächelten (Abbildung 2).

Abbildung 2: **Wöchentlicher WIFO-Wirtschaftsindex (WWWI) – Teilkomponenten der Entstehungsseite**

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % (Gesamtindex) bzw. Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten (Komponenten)



Q: Statistik Austria, WIFO. Produzierender Bereich (ÖNACE 2008, Abschnitte A bis F), Handel (ÖNACE 2008, Abschnitt G), Verkehr (ÖNACE 2008, Abschnitt H), Beherbergung und Gastronomie (ÖNACE 2008, Abschnitt I), andere Dienstleistungen (ÖNACE 2008, Abschnitte J bis T). Die Summe der Wachstumsbeiträge der Teilkomponenten kann vom geschätzten BIP-Wachstum abweichen (Residuum).

Übersicht 1: Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen

Real, auf Basis von Vorjahrespreisen

	2021	2022	2023	2024
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	+ 6,3	+ 6,8	– 2,7	+ 2,4
Bergbau, Herstellung von Waren, Energie- und Wasserversorgung, Abfallentsorgung	+ 9,3	+ 5,9	– 0,8	– 5,8
Herstellung von Waren	+ 10,9	+ 6,7	– 1,8	– 5,5
Bau	– 3,5	– 3,4	– 7,5	– 4,4
Handel	+ 4,5	+ 0,7	– 5,7	– 1,7
Verkehr	– 2,4	+ 14,6	– 2,5	– 1,9
Beherbergung und Gastronomie	– 18,8	+ 79,0	+ 5,4	– 3,9
Information und Kommunikation	+ 11,3	+ 3,6	+ 3,0	+ 2,5
Kredit- und Versicherungswesen	+ 11,1	+ 5,9	– 8,1	+ 4,5
Grundstücks- und Wohnungswesen	+ 0,1	+ 2,3	+ 0,5	+ 0,6
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen ¹⁾	+ 6,8	+ 8,2	– 0,7	– 1,8
Öffentliche Verwaltung ²⁾	+ 4,5	+ 1,7	+ 2,2	+ 2,0
Sonstige Dienstleistungen ³⁾	+ 5,1	+ 20,5	+ 4,7	– 0,3
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche ⁴⁾	+ 4,4	+ 6,1	– 1,2	– 1,4
Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen	+ 4,8	+ 5,3	– 1,0	– 1,2

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (ÖNACE 2008, Abschnitte M und N). – ²⁾ Einschließlich Sozialversicherung, Verteidigung, Erziehung, Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen (ÖNACE 2008, Abschnitte O bis Q). – ³⁾ Einschließlich Kunst, Unterhaltung und Erholung, persönliche Dienstleistungen, private Haushalte (ÖNACE 2008, Abschnitte R bis U). – ⁴⁾ Vor Abzug der Gütersubventionen und vor Zurechnung der Gütersteuern.

Die Industrierezession hielt sich 2024 hartnäckig. Die Industriewertschöpfung ging das zweite Mal in Folge zurück (2024 –5,5%, 2023 –1,8%), wobei sich der Abschwung zum Jahresende noch verstärkte. Die Unternehmen litten sowohl unter der schwachen Nachfrage aus dem In- und Ausland als auch unter Wettbewerbsnachteilen. Energiepreise und Lohnstückkosten waren in Österreich zuletzt höher als im europäischen Durchschnitt (Baumgartner et al., 2024).

Auch in der Bauwirtschaft setzte sich die Schwächephase im Jahr 2024 fort, wobei es erste Anzeichen einer Stabilisierung gab. Die Wertschöpfung schrumpfte mit –4,4% nicht mehr so kräftig wie im Vorjahr (–7,5%). Im Bereich des Wohnbaus erleichterten unter anderem die Leitzinssenkungen der EZB die Finanzierung, sodass in der zweiten Jahreshälfte bereits ein Anstieg der Neukreditvergabe und Immobilientransaktionen zu beobachten war (Klien & Weingärtler, 2025).

Nachdem der Handel 2023 massive Einbußen verzeichnet hatte, stabilisierte er sich zwar im Jahresverlauf 2024, die Wertschöpfung schrumpfte jedoch erneut (–1,7%). Einen Wertschöpfungsrückgang erlitt trotz der erfreulichen Entwicklung der Nächtigungen (+2,1% gegenüber dem Vorjahr) auch der Bereich Beherbergung und Gastronomie (–3,9%). Die hohen Preise dämpften zusammen mit einer verstärkten Sparneigung der

Gäste die realen Einnahmen (Burton et al., 2024).

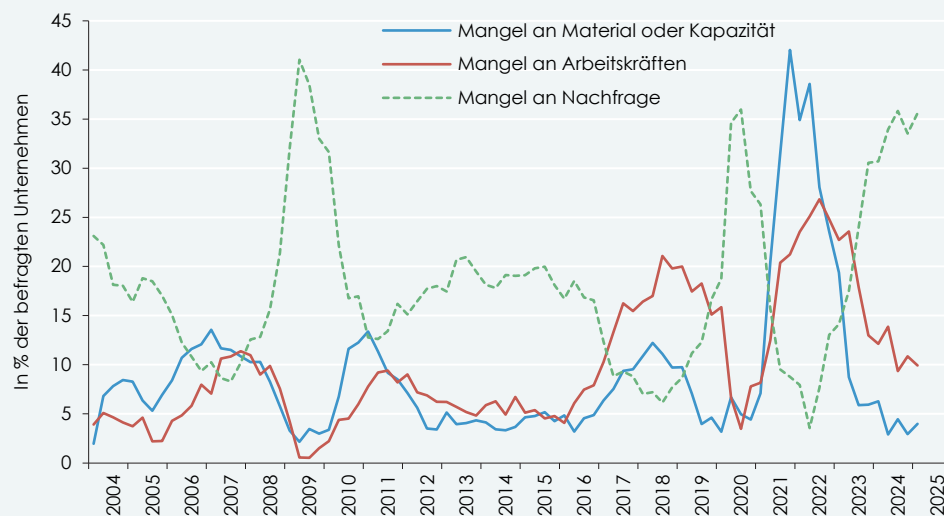
Ebenso war die Dynamik im Verkehr (–1,9%), in den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (–1,8%) sowie in den sonstigen Dienstleistungen (–0,3%) von der privaten Nachfrageschwäche und der Flaute in der Industriekonjunktur gekennzeichnet. Zuwächse an Wertschöpfung verzeichneten hingegen das Kredit- und Versicherungswesen (+4,5%), die Information und Kommunikation (+2,5%) sowie das Grundstücks- und Wohnungswesen (+0,6%).

Gemäß WIFO-Konjunkturtest waren die Einschätzungen der heimischen Unternehmen im gesamten Jahresverlauf 2024 auf breiter Basis unterdurchschnittlich. Sowohl bezüglich der aktuellen Wirtschaftslage als auch hinsichtlich der unternehmerischen Erwartungen überwog großteils der Pessimismus. Nachdem im Nachklang der COVID-19-Pandemie viele Unternehmen Material- bzw. Kapazitätsengpässe verzeichnet hatten, verloren diese Hemmnisse im Jahresverlauf 2023 langsam an Bedeutung. Als primäres Hindernis galt zunehmend die Nachfrageschwäche, die sich auch während der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 und zu Beginn der COVID-19-Krise 2020 als bedeutendstes Produktionshemmnis erwiesen hatte (Abbildung 3).

Die heimischen Unternehmen beklagten 2024 die Nachfrageschwäche.

Abbildung 3: **Produktionshemmnisse in der Sachgütererzeugung**

Saisonbereinigt



Q: WIFO-Konjunkturtest.

Im Zuge der Rezession stiegen 2024 die Unternehmensinsolvenzen deutlich an. Insgesamt wurden 6.587 Insolvenzfälle¹⁾ verzeichnet, mehr als 2009 während der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise und um 22% mehr als im Vorjahr. Die am stärksten betroffenen Wirtschaftsbereiche waren der Handel, das Bauwesen sowie Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen.

Mit den Umsatzeinbußen ging auch die Investitionsnachfrage der Unternehmen zurück (Bruttoanlageinvestitionen –3,4%). Sowohl die Ausrüstungs- als auch die Bauinvesti-

tionen schrumpften 2024, während die weniger konjunktur reagiblen sonstigen Investitionen – überwiegend geistiges Eigentum wie Forschung und Entwicklung sowie Computerprogramme und Urheberrechte – ausgeweitet wurden. Gemäß der WIFO-Investitionsbefragung verringerte sich die heimische Investitionsnachfrage sektoral auf breiter Basis, wobei nur Finanz- und Versicherungsdienstleister sowie Unternehmen des Grundstücks- und Wohnungswesens mehrheitlich Ausweitungen meldeten (Friesenbichler & Agnezy, 2025).

Die Investitions- und Konsumnachfrage verlief 2024 gedämpft.

Übersicht 2: **Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage**

Real, auf Basis von Vorjahrespreisen

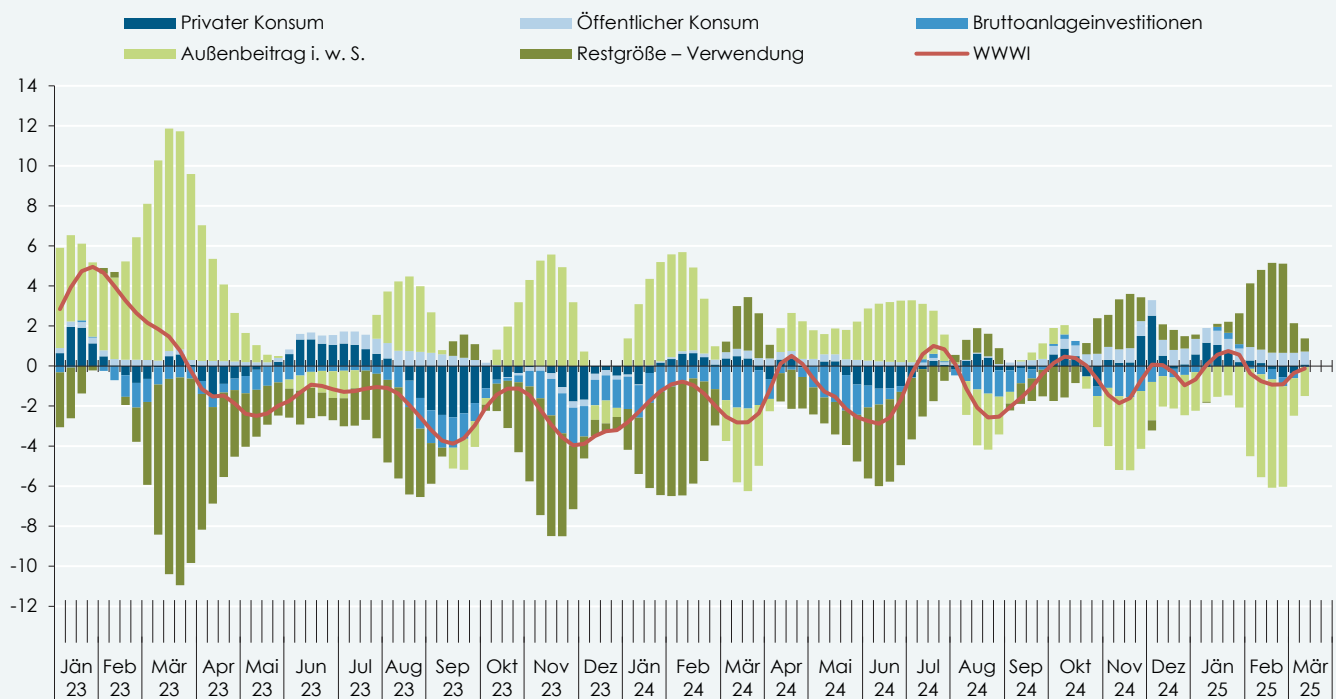
	2021	2022	2023	2024
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Konsumausgaben insgesamt	+ 5,6	+ 3,2	+ 0,0	+ 0,5
Private Haushalte ¹⁾	+ 4,8	+ 4,9	– 0,5	+ 0,1
Staat	+ 7,6	– 0,6	+ 1,2	+ 1,6
Bruttoinvestitionen	+ 10,8	+ 4,9	– 13,0	– 7,4
Bruttoanlageinvestitionen	+ 6,0	+ 0,4	– 3,2	– 3,4
Ausrüstungen ²⁾	+ 9,2	– 0,2	+ 4,4	– 4,5
Bauten	+ 4,1	– 1,3	– 9,3	– 5,4
Sonstige Anlagen ³⁾	+ 5,7	+ 4,9	– 0,3	+ 2,2
Inländische Verwendung	+ 6,9	+ 3,6	– 3,5	– 1,6
Exporte	+ 9,5	+ 10,0	– 0,4	– 4,3
Importe	+ 14,1	+ 7,1	– 4,6	– 5,0
Bruttoinlandsprodukt	+ 4,8	+ 5,3	– 1,0	– 1,2

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich militärischer Waffensysteme. – ³⁾ Überwiegend geistiges Eigentum (Forschung und Entwicklung, Computerprogramme, Urheberrechte).

¹⁾ Eröffnete und nicht eröffnete Fälle gemäß Kredit-schutzverband von 1870 (KSV 1870).

Abbildung 4: **Wöchentlicher WIFO-Wirtschaftsindex (WWWI) – Teilkomponenten der Verwendungsseite**

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % (Gesamtindex) bzw. Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten (Komponenten)



Q: Statistik Austria, WIFO.

Trotz des Anstiegs der Realeinkommen verlief auch die Konsumnachfrage der privaten Haushalte 2024 nur schleppend. Während sich die rückläufige Inflation positiv auf das Verbrauchervertrauen auswirkte, dämpften die pessimistischeren Arbeitslosigkeitserwartungen die Ausgabenbereitschaft. Zudem dürfte die Sparneigung auch aufgrund der anstehenden Konsolidierung der öffentlichen Haushalte gestiegen sein. Der private Konsum lieferte sowohl in der wöchentlichen Betrachtung (gemäß WWWI) als auch im Jahresdurchschnitt kaum Wachstumsimpulse (2024 +0,1%). Die öffentliche Konsumnachfrage wurde hingegen um 1,6% ausgeweitet, womit der Konsum insgesamt um 0,5% zulegte.

Die internationale Nachfrageschwäche belastete 2024 den Außenhandel. Gemäß WWWI war der Außenbeitrag zu Jahresbeginn noch positiv, drehte jedoch im weiteren Jahresverlauf großteils ins Negative. Die Exporte nahmen im Jahr 2024 um 4,3% ab, die Importe um 5,0%. Nominell sanken die Ausfuhren um 2,5%, während die Einfuhren um 4,8% zurückgingen. Nachdem sich die Energiepreise im Jahresverlauf 2024 stabilisierten, stagnierten die Importpreise im Jahresdurchschnitt nahezu, wogegen sich die Exporte im Vorjahresvergleich um fast 2% verteuerten.

2.2 Konjunkturschwäche und Sondereffekte erhöhten das Budgetdefizit

2024 wurde im Bereich der Körperschaftsteuer, deren Steuersatz von 24% auf 23% sank, und der Einkommensteuer, deren dritte Tarifstufe von 41% auf 40% gesenkt wurde, die letzte Stufe der "Ökosozialen Steuerreform" 2022/2024 umgesetzt. Der CO₂-Preis im Nationalen Emissionshandelssystem, das im Oktober 2022 eingeführt wurde, stieg von 32,50 € im Jahr 2023 auf 45 € je t CO₂-Äquivalent. Auch setzte die Bundesregierung 2024 noch einige Maßnahmen zur Entlastung von privaten Haushalten und Unternehmen von den hohen Energiepreisen: So wurden die Strompreiskapfen für die Haushalte und die seit dem 1. Mai 2022 geltende temporäre Senkung der Energieabgaben (Elektrizität, Erdgas) auf das europäische Mindestniveau bis Ende 2024 verlängert. Zudem wurde der Energiekostenzuschuss für energieintensive Unternehmen bis Ende 2025 erstreckt. Im März 2024 wurde zur Belebung der schwachen Baunachfrage ein Konjunkturpaket für den Wohnbau beschlossen (für Details vgl. Budgetdienst, 2024). Das Paket beinhaltet eine Reihe von befristeten steuerlichen Erleichterungen (beschleunigte Abschreibungsmöglichkeiten für Sanierungsmaßnahmen, Handwerkerbonus), die Aufstockung des Wohnschirms sowie Zweckzuschüsse des Bundes an die Länder für Wohnbauförderung.

Das Defizit des Gesamtstaates stieg 2024 auf 4,7% des BIP.

Übersicht 3: Konjunkturpaket für den Wohnbau

Maßnahmen	Befristung	Gesamtvolumen 2024 bis 2027 Mio. €
Insgesamt		2.535
Zweckzuschüsse an die Länder für Wohnbauförderung	2024 bis 2026	1.000
Wohnraum-Bau-Offensive ¹⁾	2024 bis 2025	35
Zinsunterstützung Förderdarlehen zur Wohnraumschaffung		
Steuerliche Maßnahmen zur Unterstützung der Baukonjunktur		
Befristete Erhöhung der Absetzung für Abnutzung von Wohngebäuden	2024 bis 2026	400
Verbesserte Abschreibungsmöglichkeit für Sanierungsmaßnahmen	Unbefristet	
Öko-Zuschlag für Wohngebäude	2024 bis 2025	300
Verlängerung "absehbarer Zeitraum" bei steuerlicher Anerkennung von Vermietungen	Unbefristet	30
Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität des vorhandenen Wohnraumes		
Handwerkerbonus	1. März 2024 bis 31. Dezember 2025	300
Sonderprogramm aus dem Energieeffizienztopf des Umweltförderungsgesetzes	2024 bis 2025	240
Weitere Maßnahmen des Wohnbaupaketes		
Aussetzung der Nebengebühren für das Eigenheim ²⁾	1. Juli 2024 ³⁾ bis 30. Juni 2026	170
Aufstockung Wohnschirm	2024	60
Kompetenzänderung zur Wohnraummobilisierung	Unbefristet	.

Q: Budgetdienst (2024). – ¹⁾ Zusagerahmen für die betreffenden Jahre. – ²⁾ Schätzungen des Budgetdienstes unter Berücksichtigung von Vorzieheffekten. – ³⁾ Gebührenbefreiung gilt bereits für Rechtsgeschäfte, die nach dem 31. März 2024 geschlossen wurden und nach dem 30. Juni 2024 beim Grundbuchgericht einlangten.

Aufgrund der Neuwahlen im September 2024 wurde im Herbst 2024 weder ein Bundesvoranschlag für das Jahr 2025 noch ein Bundesfinanzrahmen für den Zeitraum 2025 bis 2028 verabschiedet.

2023 hatte das Maastricht-Defizit mit 2,6% des BIP erstmals seit 2019 die 3%-Obergrenze unterschritten. 2024 stieg es wieder deutlich auf 4,7% der Wirtschaftsleistung. Der Großteil der Neuverschuldung entfiel auf den Bund, der ein Budgetdefizit von 3,5% des BIP aufwies. Länder und Gemeinden trugen mit 1% des BIP, die Sozialversicherungen mit 0,2% des BIP bei. Geschuldet war der kräftige Anstieg des gesamtstaatlichen Maastricht-Defizits dem zweiten Rezessionsjahr in Folge, den oben genannten Steuersenkungen sowie einigen Sondereffekten. Dazu zählen Nachzahlungen im Rahmen der Dienstrechtsreform des Bundes, die zusätzlichen Ausgaben nach dem Hochwasser im September 2024, Maßnahmen zur Entlastung von privaten Haushalten und Unternehmen angesichts der Teuerungs- und Energiepreiskrise, das Konjunkturpaket für den Wohnbau und die außertourliche Erhöhung des Klimabonus. Aber auch der Anstieg der Zinsausgaben sowie das demografisch bedingte Ausgabenwachstum, vor allem bei den Pensionen, erhöhten das Defizit. Die Staatsschuldenquote stieg von 78,5% (2023) auf 81,8% der Wirtschaftsleistung.

Die Staatsausgabenquote erhöhte sich von 52,7% des BIP 2023 auf 56,3% des BIP 2024. Die Staatsausgaben nahmen insgesamt um

8,8% zu. Überdurchschnittlich war der Zuwachs beim Personalaufwand (+10%) und den monetären Sozialleistungen (+10,9%) – getrieben von den inflationsbedingt hohen Gehaltsabschlüssen und Pensionserhöhungen. Der Anstieg der Finanzierungskosten für die Staatsschuld erhöhte die Zinsausgaben um 27,1% auf 7,3 Mrd. €. Hinzu kamen die genannten einmaligen Sondereffekte.

Die Staatseinnahmen erreichten 2024 51,6% des BIP (2023: 50,1%), der Zuwachs lag mit 4,9% jedoch merklich unter jenem der Staatsausgaben. Die Einnahmen aus Steuer- und Sozialbeiträgen, die 86,7% der gesamten Staatseinnahmen ausmachten, nahmen um 5,4% zu. Die Steuereinnahmen insgesamt wuchsen mit 4,1% etwas schwächer; hier machten sich der Ausgleich der kalten Progression sowie die Steuersenkungen im Rahmen der Steuerreform 2022/2024 bemerkbar. Die Sozialbeiträge stiegen, getragen von den hohen Gehaltsabschlüssen, um 7,9% gegenüber dem Vorjahr.

Laut Loretz und Pitlik (2025, in diesem Heft) wird das Maastricht-Defizit auch 2025 und 2026 nicht unter die Obergrenze von 3% des BIP rückgeführt. Da somit die Überschreitung im Jahr 2024 nicht nur als erheblich, sondern auch als nicht einmalig einzustufen ist, würde sie ohne Vorlage eines glaubwürdigen Anpassungspfadens ein EU-Verfahren wegen eines übermäßigen Budgetdefizits auslösen. Die neue Bundesregierung hat daher für die Jahre ab 2025 umfangreiche Konsolidierungsmaßnahmen angekündigt.

2.3 Kräftiger Anstieg der Reallöhne

Das wirtschaftliche Umfeld des Jahres 2024 erwies sich für die Entwicklung der Erwerbs-einkommen als zweigeteilt. Die Rezession, die mit einem Anstieg der Arbeitslosenquote auf 7,0% sowie einer Stagnation der aktiv un-selbstständig Beschäftigten bei rund 3,9 Mio. einherging, war ungünstig für die Lohnent-wicklung. Allerdings ging 2024 eine zweijäh-rige Hochinflationsphase zu Ende und die In-flationsrate betrug im Jahresdurchschnitt nur mehr 2,9%. Da den Lohnverhandlungen al-lerdings zumeist die durchschnittliche Infla-tion der vergangenen 12 Monate (rollie-rende Inflation) zugrunde liegt, waren die In-flationsraten der Hochinflationsphase Grund-lage der Verhandlungen.

Vor diesem Hintergrund einigten sich die Ge-werkschaften mit den Fachverbänden der Metallindustrie in der Herbstlohnrunde 2023 auf eine Anhebung der nominellen Ist-Löhne und Ist-Gehälter ab November 2023 um 10% bzw. höchstens 400 €, wodurch sich eine durchschnittliche Erhöhung von rund 8,6% ergab. Die Kollektivvertragslöhne sowie die Zulagen, Diäten und Aufwandsentschädi-gungen wurden um 8,5% erhöht, die Vorrü-ckungsbeträge eingefroren. Etwas ge-dämpft wurde dieser hohe nominelle Ab-schluss durch die Möglichkeit einer "Wettbe-werbs- und Beschäftigungssicherungsklau-sel". Sie erlaubt Unternehmen, in denen der Personalaufwand mehr als 75% (bzw. mehr als 90%) der Wertschöpfung ausmacht, ge-ringere Anhebungen um 8,5% bzw. höchs-tens 340 € (bzw. 7% und höchstens 280 €).

Im öffentlichen Dienst und im Handel lag der Abschluss bei durchschnittlich 9,15% bzw.

8,43%. In die Frühjahrslohnrunde 2024 flossen dann bereits die deutlich niedrigeren Inflat-ionsraten ein und die Lohndynamik ließ lang-sam nach. In den Industriebranchen der Frühjahrslohnrunde (z. B. chemische Indus-trie, Elektro- und Elektronikindustrie) wurden ab Mai 2024 Lohnerhöhungen zwischen 6,18% und 7,82% vereinbart, in der Bauin-dustrie bzw. dem Baugewerbe Erhöhungen von rund 7%.

Im gewichteten Durchschnitt führten die Lohnabschlüsse 2024 zu einem Anstieg des Tariflohnindex um 8,5% und übertrafen somit deutlich die Jahresinflationsrate. Auch ge-genüber dem Vorjahr ergab sich erneut eine Steigerung um 0,9 Prozentpunkte (Übersicht 4). Der öffentliche Dienst, der mit einem Gewicht von etwa einem Sechstel in den In-dex eingeht, verzeichnete mit 9,4% den stärksten Anstieg, in der Industrie (Gewicht ebenfalls rund ein Sechstel) waren es 7,4%. In den Dienstleistungsbereichen waren die Steigerungsraten höher als in der Industrie und lagen zwischen 8,6% im Transport und Verkehr und 8,5% bei Banken und Versiche-rungen.

Die kollektivvertraglichen Lohnvereinbarun-gen bestimmen die Entwicklung der Min-destlöhne, von welchen die tatsächliche Entlohnung abweichen kann. Allerdings war dies im Jahr 2024 nicht der Fall (Übersicht 5). Insgesamt stiegen die nominellen Brutto-löhne und -gehälter mit 8,5% im Einklang mit den tariflichen Mindestlöhnen, pro Kopf war die Entwicklung der Bruttolöhne mit +8,3% etwas schwächer. Die nachlassenden Ver-braucherpreise bestimmten den kräftigen Anstieg der realen Brutto- und Nettolöhne und -gehälter pro Kopf (jeweils +5,3%).

Übersicht 4: Entwicklung der kollektivvertraglichen Mindestbezüge

	Gewichtung	Tariflohnindex 2016 ¹⁾	
		Beschäftigte insgesamt	
		2023	2024
		Veränderung gegen das Vorjahr in %	
Tariflohnindex insgesamt	1.000.000	+ 7,6	+ 8,5
Ohne öffentlich Bedienstete	837.726	+ 7,6	+ 8,3
Gewerbe und Handwerk	196.327	+ 7,8	+ 8,4
Industrie	163.994	+ 7,3	+ 7,4
Handel	127.187	+ 7,5	+ 8,6
Transport und Verkehr	54.763	+ 7,1	+ 8,6
Tourismus und Freizeitwirtschaft	49.712	+ 7,7	+ 7,9
Banken und Versicherungen	37.035	+ 8,0	+ 8,5
Information und Consulting	67.321	+ 7,5	+ 8,3
Öffentlich Bedienstete	162.274	+ 7,6	+ 9,4

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond; WIFO-Berechnungen auf Basis des Tariflohnindex 2016. – ¹⁾ Aufgrund von Rundungen können die Wachstumsraten geringfügig von den von Statistik Austria veröf-fentlichten Indexwerten abweichen.

Übersicht 5: Entwicklung der Löhne und Gehälter

	2022	2023	2024
	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Löhne und Gehälter insgesamt			
Brutto	+ 8,1	+ 8,3	+ 8,5
Netto ¹⁾	+ 9,0	+ 8,8	+ 8,6
Beschäftigte ²⁾	+ 3,1	+ 1,4	+ 0,2
Löhne und Gehälter pro Kopf ³⁾			
Brutto nominell	+ 4,9	+ 6,9	+ 8,3
Brutto real ⁴⁾	- 3,4	- 0,9	+ 5,3
Netto nominell ¹⁾	+ 5,7	+ 7,3	+ 8,4
Netto real ¹⁾⁴⁾	- 2,7	- 0,5	+ 5,3
Geleistete Arbeitsstunden pro Kopf ³⁾	- 0,2	+ 0,0	- 1,4
Löhne und Gehälter je geleistete Arbeitsstunde			
Brutto nominell	+ 5,1	+ 6,9	+ 9,9
Brutto real ⁴⁾	- 3,2	- 0,9	+ 6,8
Netto nominell ¹⁾	+ 6,0	+ 7,3	+ 10,0
Netto real ¹⁾⁴⁾	- 2,4	- 0,5	+ 6,9

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen 2010 (ESVG 2010). – ¹⁾ 2024: laut WIFO-Konjunkturprognose vom März 2025. – ²⁾ Unselbständige laut VGR (Beschäftigungsverhältnisse). – ³⁾ Je unselbständiges Beschäftigungsverhältnis. – ⁴⁾ Deflationiert mit dem Verbraucherpreisindex (VPI).

Die Bruttorealeinkommen stiegen im Jahr 2024 kräftig an; die realen Brutto- und Nettolöhne und -gehälter pro Kopf wuchsen um 5,3%.

Die Konsumausgaben der privaten Haushalte stagnierten im Jahr 2024; zum Jahresende war eine leichte Belebung erkennbar.

Hohe Lohn- und Gehaltsabschlüsse bei gleichzeitiger Abnahme der Inflationsrate stärkten im Jahr 2024 die real verfügbaren Haushaltseinkommen. Ein Großteil des Zuwachses wurde jedoch aufgrund der hohen Unsicherheit gespart.

Die unselbständig aktive Beschäftigung stagnierte gegenüber dem Vorjahr (+0,2%), wobei die effektive Pro-Kopf-Arbeitszeit weiter abnahm: Über alle Branchen hinweg lag die durchschnittliche Wochenarbeitszeit der unselbständig Beschäftigten laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung (VGR) bei 27,2 Stunden – ein Rückgang um 1,4% gegenüber 2023.

Aufgrund des Arbeitszeitrückgangs ergibt sich bei der Analyse der Einkommensentwicklung ein noch kräftigeres Wachstum, wenn die Arbeitsstunde als Bezugspunkt gewählt wird. In der Bruttobetachtung wuchsen die Löhne und Gehälter je geleisteter Arbeitsstunde 2024 um 9,9% (real +6,8%), netto um 10% (real +6,9%). Somit konnten die hohen Reallohnverluste der Jahre 2022 und 2023 im Jahr 2024 ausgeglichen werden.

2.4 Hohe Unsicherheit belastete privaten Konsum und Handel

Nachdem die reale Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen im Jahr 2023 infolge der hohen Teuerung gesunken war, erholte sie sich im Jahr 2024 nur unwesentlich und stagnierte nach vorläufigen Berechnungen von Statistik Austria. Die Ausgaben der inländischen privaten Haushalte lagen real bei ±0%, einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck ergab sich ein Zuwachs

von 0,1%. Für den Inlandskonsum²⁾ wird ein Wert von -0,2% ausgewiesen (Übersicht 7). Aus den vorliegenden Daten der vierteljährlichen VGR lässt sich erkennen, dass sich die reale Nachfrage zum Jahresende hin leicht belebte und damit das Wachstum im Gesamtjahr 2024 stützte. Nominell wurde mit 3,3% ein geringerer Zuwachs der privaten Konsumausgaben (Inländerkonzept) verzeichnet als im Vorjahr. 2023 hatte er aufgrund der höheren Teuerung noch 7,8% betragen (Übersicht 6).

Wie hoch die Konsumausgaben der privaten Haushalte ausfallen, hängt von vielen Faktoren ab. Ein maßgebliches Element ist das verfügbare (Haushalts-)Einkommen, welches u. a. die Löhne und Gehälter, Vermögenseinkommen, aber auch staatliche Transferleistungen sowie Einkommen- bzw. Vermögenssteuern oder Sozialbeiträge berücksichtigt. Im Jahr 2023 wurden die verfügbaren Einkommen der österreichischen Haushalte durch ein Entlastungs- und Antiteuerungspaket im Gesamtvolumen von mehr als 7 Mrd. € kräftig gestützt. Obwohl die nominell verfügbaren Einkommen dadurch um 7,8% stiegen, ergab sich nach Abzug der Teuerung ein Realeinkommensverlust von 0,5% (Übersicht 6). Die Haushalte kompensierten ihn überwiegend durch geringere Konsumausgaben (vorrangig bei Waren).

²⁾ Er entspricht den Konsumausgaben von in Österreich wohnhaften Personen sowie von Tourist:innen im Inland.

Übersicht 6: Privater Konsum, verfügbares Einkommen, Konsumquote

	Privater Konsum ¹⁾		Verfügbares Einkommen, netto		Konsumquote ²⁾
	Nominell	Real ³⁾	Nominell	Real ³⁾	
	Veränderung in % p. a.				
Ø 2012/2016	+ 2,3	+ 0,7	+ 2,0	+ 0,4	+ 0,3
Ø 2016/2020	+ 0,6	– 1,1	+ 2,2	+ 0,4	– 1,5
Ø 2020/2024	+ 7,7	+ 2,3	+ 7,1	+ 1,7	+ 0,6
2021	+ 6,9	+ 4,8	+ 4,3	+ 2,1	+ 2,6
2022	+13,0	+ 4,9	+ 9,6	+ 1,7	+ 3,1
2023	+ 7,8	– 0,5	+ 7,8	– 0,5	+ 0,1
2024	+ 3,3	+ 0,1	+ 6,8	+ 3,5	– 3,3

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Inländerkonsum einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Konsum in % des verfügbaren Nettoeinkommens. – ³⁾ Auf Basis von Vorjahrespreisen.

Anders waren die Ausgangssituation und folglich auch die Erwartungen im Jahr 2024: die hohen Lohn- und Gehaltsabschlüsse, die maßgeblich aus der hohen (rollierenden) Inflation im Referenzzeitraum folgten, resultierten nämlich nicht nur nominell (+6,8%), sondern auch real (+3,5%) in einem deutlichen Anstieg der Haushaltseinkommen. Da Einkommenszuwächse aus Lohn- und Gehaltskomponenten typischerweise zum Großteil wieder ausgegeben werden, war mit einer Belebung der realen Konsumausgaben zu rechnen. Dazu kam es 2024 jedoch nicht; die Konsumausgaben stagnierten, woraus sich laut den vorläufigen Daten von Statistik Austria ein kräftiger Anstieg der Sparquote auf 11,7% des verfügbaren Einkommens ergab (2023: 8,7%). Gründe dafür waren u. a. die gestiegenen Zinsen, die inflationsbedingte Entwertung der Vermögensbestände, eine – gemessen am tatsächlichen

Zuwachs – skeptische Haltung der privaten Haushalte hinsichtlich der Realeinkommensentwicklung, sowie die Erwartung von Belastungen im Zuge der anstehenden Budgetkonsolidierung³⁾.

Im Jahr 2023 hatten die privaten Haushalte in Reaktion auf die Teuerungskrise zuerst ihre Ausgaben für Waren eingeschränkt, da die Preissteigerungen dort als erstes und unmittelbar sichtbar waren. 2024 drehte sich das Konsummuster (Übersicht 7): Da die Preise von Dienstleistungen aufgrund des hohen Anteils der Lohnkomponente stärker stiegen als jene von Waren, ging die Nachfrage nach Dienstleistungen deutlicher zurück. Nach real +2,2% im Jahr 2023 schrumpfte sie 2024 nach vorläufigen Daten von Statistik Austria um 1%. Die Nachfrage nach Konsumgütern legte hingegen um insgesamt 0,7% zu (2023 –3,1%).

Übersicht 7: Entwicklung des privaten Konsums im längerfristigen Vergleich

Real, auf Basis von Vorjahrespreisen

	Ø 2012/ 2016	Ø 2016/ 2020	Ø 2020/ 2024	2021	2022	2023	2024
	Veränderung in % p. a.						
Inlandskonsum	+ 0,6	– 1,4	+ 2,0	+ 1,8	+ 6,9	– 0,4	– 0,2
Dauerhafte Konsumgüter	+ 0,3	+ 0,5	– 0,9	+ 3,6	– 2,8	– 4,9	+ 0,7
Halbdauerhafte Konsumgüter	+ 2,0	– 2,3	+ 3,9	+ 5,5	+12,2	– 1,8	+ 0,2
Nichtdauerhafte Konsumgüter	+ 0,2	+ 1,2	– 1,0	+ 2,5	– 4,4	– 2,8	+ 0,8
Dienstleistungen	+ 0,7	– 2,9	+ 3,9	+ 0,3	+14,8	+ 2,2	– 1,0
Konsum in Österreich von Tourist:innen	+ 2,2	–10,7	+17,9 ¹⁾	–27,6	+98,5	+13,9	+ 1,9 ²⁾
Konsum im Ausland von in Österreich wohnhaften Personen	+ 1,8	–18,9	+44,9 ¹⁾	+56,0	+69,8	+14,8	+ 5,5 ²⁾
Inländerkonsum	+ 0,5	– 1,3	+ 2,2	+ 4,5	+ 5,1	– 0,7	± 0,0
Konsum privater Organisationen ohne Erwerbszweck	+ 4,3	+ 2,6	+ 4,4	+10,3	+ 0,5	+ 5,8	+ 1,5
Inländerkonsum einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck	+ 0,7	– 1,1	+ 2,3	+ 4,8	+ 4,9	– 0,5	+ 0,1
Dauerhafte Konsumgüter	+ 0,2	+ 0,6	– 0,8	+ 6,4	– 4,5	– 5,4	+ 0,6
Inländerkonsum ohne dauerhafte Konsumgüter	+ 0,7	– 1,3	+ 2,6	+ 4,6	+ 6,0	+ 0,1	± 0,0

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. Inländerkonsum . . . Inlandskonsum abzüglich des Konsums von Tourist:innen in Österreich zuzüglich des Konsums von in Österreich wohnhaften Personen im Ausland. – ¹⁾ 2020/2023. – ²⁾ I. bis III. Quartal.

³⁾ Siehe z. B. den EZB-Wirtschaftsbericht, Ausgabe 1/2025, Kasten 2 oder OeNB-Report 2024/22, "Indus-

trieschwäche und Konsumzurückhaltung dämpfen Wachstumsaussichten".

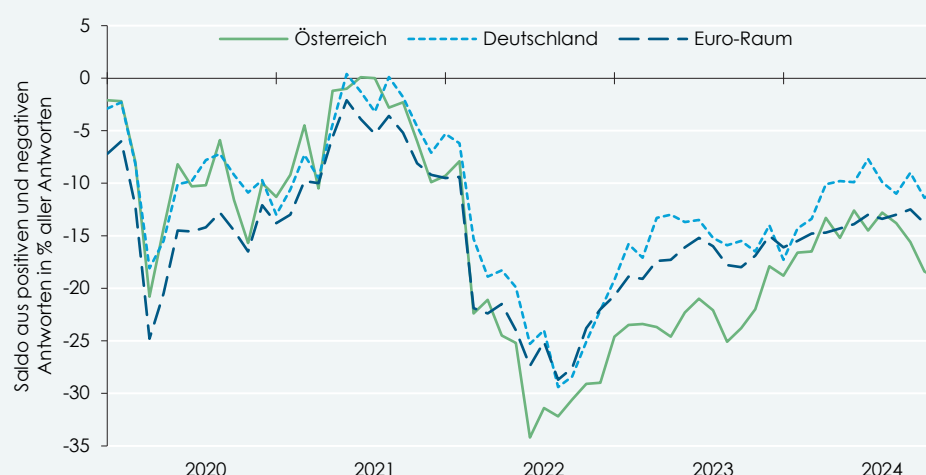
Die Ausgaben für Pkw-Neuanschaffungen stiegen 2024 deutlich.

Der Rückgang des Verbrauchervertrauens spiegelte die hohe Unsicherheit.

Bei nichtdauerhaften Konsumgütern, welche u. a. Nahrungsmittel und Getränke sowie Energie und Treibstoffe umfassen, betrug der preisbereinigte Anstieg 0,8% (2023 –2,8%), bei halbdauerhaften Gütern, welche Waren wie Bekleidung, Schuhe, Heimtextilien oder Haushaltsartikel enthalten, 0,2%. Die Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern (z. B. Pkw, Möbel, elektrische Großgeräte) wurde nach Rückgängen in den Jahren 2022 und 2023 wieder ausgeweitet (2024 +0,7%), maßgeblich getragen vom kräftigen Anstieg der Pkw-Neuzulassungen⁴⁾ privater Haushalte (+4,6% im 1. Halbjahr und +14,2% im 2. Halbjahr 2024; Gesamtjahr +9,1%).

Das heimische Verbrauchervertrauen – gemessen am harmonisierten EU-Konsumklima-index – gab nach einem stetigen Anstieg seit dem historischen Tiefstwert Mitte 2022 im 2. Halbjahr 2024 wieder nach, da sich vor allem die Erwartungen der Konsument:innen zur künftigen Wirtschaftslage, zur eigenen finanziellen Situation und zur Arbeitslosigkeitsentwicklung deutlich eintrübten. Hatte sich das Konsumklima in Österreich noch Anfang 2024 relativ zu Deutschland und dem Euro-Raum verbessert, so änderte sich dies im weiteren Jahresverlauf (Abbildung 5). Vor allem in der 2. Jahreshälfte gab die Stimmung in Österreich merklich stärker nach als in den Vergleichsländern.

Abbildung 5: Entwicklung des saisonbereinigten Konsumklimaindixators



Q: Europäische Kommission, WIFO-Darstellung. Arithmetisches Mittel der Salden aus positiven und negativen Antworten in Prozent aller Antworten zur vergangenen und künftigen finanziellen Situation des Haushaltes, zur Erwartung hinsichtlich der künftigen allgemeinen Wirtschaftslage und zu geplanten größeren Anschaffungen. Saisonbereinigt durch Eurostat mittels Tramo-Seats.

Im Handel waren Umsätze und Beschäftigung im Jahr 2024 abermals rückläufig.

Der Handel hatte nach dem herausfordernden Hochinflationenjahr 2023 – die lebhaftete Teuerung dämpfte die Nachfrage und erhöhte die Kosten – auch im Jahr 2024 mit Umsatz- und Wertschöpfungseinbußen zu kämpfen. Bei den Umsätzen konvergierten die Wachstumsraten zwischen den Bereichen Groß-, Einzel- und Kfz-Handel jedoch wieder, sodass es keine ausgeprägten negativen oder positiven Ausreißer gab. Im Großhandel (ohne Kfz-Handel; rund 50% Umsatzanteil) sanken die nominellen Umsätze zwar weiterhin (–3,3%), der Rückgang verlangsamte sich aber deutlich. Im Einzelhandel (ohne Kfz-Handel; Umsatzanteil rund ein Drittel) stiegen die Umsätze nominell um 2,1% (nach +2,9% im Jahr 2023). Einen Zuwachs von 2,1% verzeichnete auch der

heimische Kfz-Handel (nach +11,8% im Jahr 2023).

Nach Abzug der Preissteigerungen (Handel insgesamt +0,8%), welche im Großhandel stagnierten und im Einzelhandel wie auch im Kfz-Handel mit +1,7% moderat und unterhalb der allgemeinen Inflationsrate blieben, ergab sich für den Handel insgesamt ein realer Umsatzrückgang von 1,6% (2023 –3,6%). Verantwortlich für den Rückgang der abgesetzten Menge war der Großhandel (ohne Kfz-Handel; –3,3%), während der Einzelhandel (ohne Kfz-Handel) und der Kfz-Handel leichte Anstiege auswiesen (jeweils +0,5%).

Die Wertschöpfung im Handel schrumpfte somit nach Abzug der Vorleistungen um real 1,7% (vorläufig; nominell +3,1%). Gegenüber

⁴⁾ Ein Teil der hohen Zahl an Neuzulassungen in der 2. Jahreshälfte 2024 kann durch sogenannte Vorziehkäufe erklärt werden, welche vor dem 6. Juli 2024 getätigt wurden. Ab diesem Stichtag sind bei neu zugelassenen Fahrzeugen Fahrassistenzsysteme wie etwa

Notbremsassistenten oder Müdigkeitswarner verpflichtend vorgeschrieben. Nachdem es vom Kauf bis zur Auslieferung und Neuanmeldung oft einige Monate dauert, wurde z. B. ein im Juni 2024 gekauftes Auto erst im Oktober ausgeliefert und erstmals zugelassen.

2023 (–5,7%) verlangsamte sich der Rückgang somit deutlich; im IV. Quartal 2024 legte die Wertschöpfung erstmals seit mehr als zwei Jahren wieder leicht zu.

Der Beschäftigungsabbau im Handel, der 2023 primär vom Einzelhandel geprägt war, erfasste im Jahr 2024 auch den Großhandel. Im beschäftigungsintensiven Einzelhandel (ohne Kfz-Handel), auf den mehr als die

Hälfte der rund 665.000 Beschäftigungsverhältnisse entfallen, beschleunigte sich der Beschäftigungsrückgang weiter auf –1,6% (2023 –0,9%), im Großhandel (ohne Kfz-Handel) betrug er –0,7% (2023 +0,8%). Lediglich im Bereich des Kfz-Handels stieg die Zahl der Beschäftigten (+1,7 nach +0,8% im Jahr 2023). Der Handel insgesamt verlor somit beschleunigt an Personal (–0,9% nach –0,2% im Jahr 2023).

Übersicht 8: Entwicklung im Handel

	Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz	Kfz-Handel, Reparatur von Kfz	Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Kfz-Handel)	Einzelhandel (ohne Kfz-Handel)
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Umsätze, nominell				
2022	+ 11,6	– 1,5	+ 17,0	+ 8,1
2023	– 0,8	+ 11,8	– 5,5	+ 2,9
2024	– 0,8	+ 2,1	– 3,3	+ 2,1
Umsätze, real				
2022	– 1,2	– 10,7	+ 1,1	– 0,8
2023	– 3,6	+ 4,4	– 5,6	– 3,5
2024	– 1,6	+ 0,5	– 3,3	+ 0,5
Preise (Ø 2015 = 100)				
2022	+ 12,9	+ 10,3	+ 15,7	+ 9,0
2023	+ 3,1	+ 7,1	+ 0,3	+ 6,7
2024	+ 0,8	+ 1,7	± 0,0	+ 1,7
Beschäftigung				
2022	+ 1,5	+ 1,0	+ 2,1	+ 1,2
2023	– 0,2	+ 0,8	+ 0,8	– 0,9
2024	– 0,9	+ 1,7	– 0,7	– 1,6

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

2.5 Inflation erreichte vorübergehend den Durchschnitt des Euro-Raumes

Nach zwei Jahren sehr hoher Inflation (Ø 2000/2020 1,9%, 2022 +8,6%, 2023 +7,8%) ging sie 2024 auf 2,9% zurück. Hatte die Inflationsrate am Jahresanfang 2024 noch 4,6% betragen, so erreichte sie bis zum Jahresende (vorübergehend) den Zielwert der EZB von 2%. Zur Verlangsamung trugen hauptsächlich die Preisrückgänge bei Energie bei (–4,6%). Zusätzlich schwächte sich aber auch der Preisauftrieb in den drei anderen Hauptaggregaten (Lebensmittel einschließlich Alkohol und Tabak, industrielle Güter und Dienstleistungen; Übersicht 9) ab.

Die Inflationsrate laut HVPI lag in Österreich zu Jahresbeginn 2024 noch deutlich über dem Durchschnitt der Euro-Länder, zum Jahresende jedoch leicht darunter (Über-

sicht 10, Abbildung 6)⁵⁾. Maßgeblich für diese Verringerung war die in Österreich wesentlich später einsetzende Verbilligung von Haushaltsenergie: Im Euro-Raum waren die Gaspreise bereits 2023 spürbar gesunken (–4,8%), in Österreich dagegen erst ab dem Frühjahr 2024 (Abbildung 7).

Anfang 2025 erhöhte sich die Inflationsrate wieder auf 3¼%. Zuzuschreiben ist dieser Anstieg dem Auslaufen von preisdämpfenden Maßnahmen im Bereich Haushaltsenergie (Strompreisbremse, Aussetzen der Ökostromförderbeiträge und -pauschale, Absenkung der Energieabgaben bei Strom und Gas), der Erhöhung der Netzentgelte für Strom und Gas, der Anhebung des CO₂-Preises und dem nach wie vor sehr hohen Inflationsbeitrag der Dienstleistungen (Jänner und Februar 2025 +2¼ Prozentpunkte).

Die Inflationsrate laut VPI betrug im Jahresdurchschnitt 2024 2,9%; unterjährig sank sie von 4,6% im Jänner auf knapp 2% zum Jahresende.

⁵⁾ Das Inflationsdifferenzial zwischen Österreich und dem Euro-Raum betrug im IV. Quartal 2023 +2½ Prozentpunkte und im I. Quartal 2024 noch +1½ Prozent-

punkte; im IV. Quartal 2024 fiel es auf –¼ Prozentpunkt.

Übersicht 9: Entwicklung des Verbraucherpreisindex

Gliederung nach dem Konsumzweck

	2022	2023	2024
	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Nationaler Verbraucherpreisindex (VPI)	+ 8,6	+ 7,8	+ 2,9
Kerninflationsrate ¹⁾	+ 5,6	+ 7,7	+ 3,8
Mikrowarenkorb (täglicher Einkauf)	+ 10,2	+ 11,0	+ 4,5
Miniwarenkorb (wöchentlicher Einkauf)	+ 13,7	+ 6,8	+ 3,4
Gebühren und Tarife	+ 2,2	+ 3,6	+ 2,3
COICOP-Gruppen			
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	+ 10,7	+ 11,0	+ 2,6
Alkoholische Getränke und Tabak	+ 3,5	+ 6,5	+ 3,4
Bekleidung und Schuhe	+ 1,8	+ 5,3	– 0,3
Wohnung, Wasser, Energie	+ 12,6	+ 11,1	+ 2,2
Hausrat und laufende Instandhaltung des Hauses	+ 7,7	+ 7,2	+ 1,1
Gesundheitspflege	+ 2,8	+ 5,1	+ 4,8
Verkehr	+ 16,2	+ 1,7	+ 0,6
Nachrichtenübermittlung	– 0,6	– 3,9	– 4,9
Freizeit und Kultur	+ 3,8	+ 7,3	+ 2,8
Erziehung und Unterricht	+ 2,7	+ 5,4	+ 5,4
Restaurants und Hotels	+ 8,9	+ 12,2	+ 7,0
Verschiedene Waren und Dienstleistungen	+ 3,0	+ 7,4	+ 5,3
Sondergliederung²⁾			
Lebensmittel einschließlich alkoholischer Getränke und Tabak	+ 9,0	+ 10,1	+ 2,7
Energie	+ 39,4	+ 4,9	– 4,6
Industriegüter	+ 7,4	+ 7,5	+ 1,3
Dienstleistungen	+ 4,6	+ 7,9	+ 5,3

Q: Macrobond, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Ohne Energie und Lebensmittel (einschließlich alkoholischer Getränke und Tabak). – ²⁾ Die Definition der Sonderaggregate wurde an jene von Eurostat angepasst.

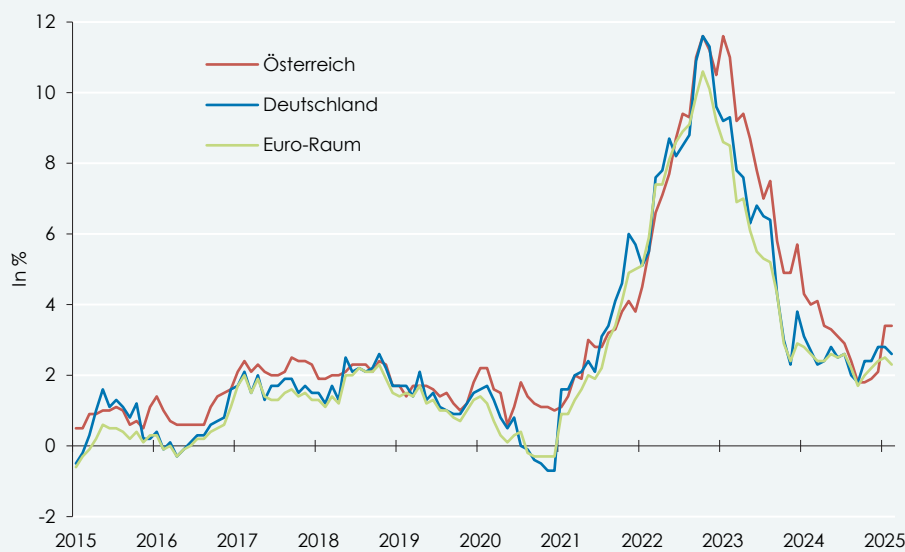
Übersicht 10: Entwicklung des harmonisierten Verbraucherpreisindex

Gliederung nach dem Konsumzweck

	2022		2023		2024	
	Österreich	Euro-Raum	Österreich	Euro-Raum	Österreich	Euro-Raum
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Nationaler Verbraucherpreisindex (HVPI)	+ 8,6	+ 8,4	+ 7,7	+ 5,4	+ 2,9	+ 2,4
Kerninflationsrate ¹⁾	+ 5,1	+ 4,0	+ 7,3	+ 5,0	+ 3,9	+ 2,8
HVPI zu konstanten Steuersätzen	+ 7,8	+ 8,9	+ 7,7	+ 5,3	+ 2,9	+ 1,9
COICOP-Gruppen						
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	+ 10,7	+ 10,5	+ 11,0	+ 11,8	+ 2,7	+ 2,3
Alkoholische Getränke und Tabak	+ 3,6	+ 3,4	+ 6,6	+ 7,1	+ 3,4	+ 5,5
Bekleidung und Schuhe	+ 1,9	+ 2,1	+ 5,0	+ 3,7	– 0,3	+ 1,4
Wohnung, Wasser, Energie	+ 14,5	+ 17,5	+ 11,9	+ 1,5	+ 0,6	+ 1,4
Hausrat und laufende Instandhaltung des Hauses	+ 7,4	+ 6,4	+ 7,4	+ 6,2	+ 1,7	+ 0,2
Gesundheitspflege	+ 2,6	+ 1,3	+ 5,2	+ 2,8	+ 5,1	+ 3,3
Verkehr	+ 16,4	+ 11,2	+ 2,0	+ 2,5	+ 1,3	+ 0,9
Nachrichtenübermittlung	– 0,3	– 0,5	– 3,2	+ 0,0	– 4,4	– 2,4
Freizeit und Kultur	+ 3,7	+ 4,2	+ 7,0	+ 5,3	+ 3,8	+ 2,6
Erziehung und Unterricht	+ 2,8	+ 0,7	+ 5,6	+ 4,2	+ 5,1	+ 4,1
Restaurants und Hotels	+ 9,0	+ 7,1	+ 11,6	+ 7,5	+ 6,7	+ 4,9
Verschiedene Waren und Dienstleistungen	+ 3,3	+ 3,0	+ 7,4	+ 5,1	+ 4,6	+ 4,2
Sondergliederung						
Lebensmittel einschließlich alkoholischer Getränke und Tabak	+ 9,0	+ 9,1	+ 10,0	+ 10,9	+ 2,9	+ 2,9
Energie	+ 39,8	+ 36,9	+ 6,9	– 2,0	– 5,4	– 2,2
Industriegüter	+ 5,8	+ 4,6	+ 6,4	+ 5,0	+ 0,9	+ 0,8
Dienstleistungen	+ 4,6	+ 3,6	+ 7,8	+ 4,9	+ 5,7	+ 4,0

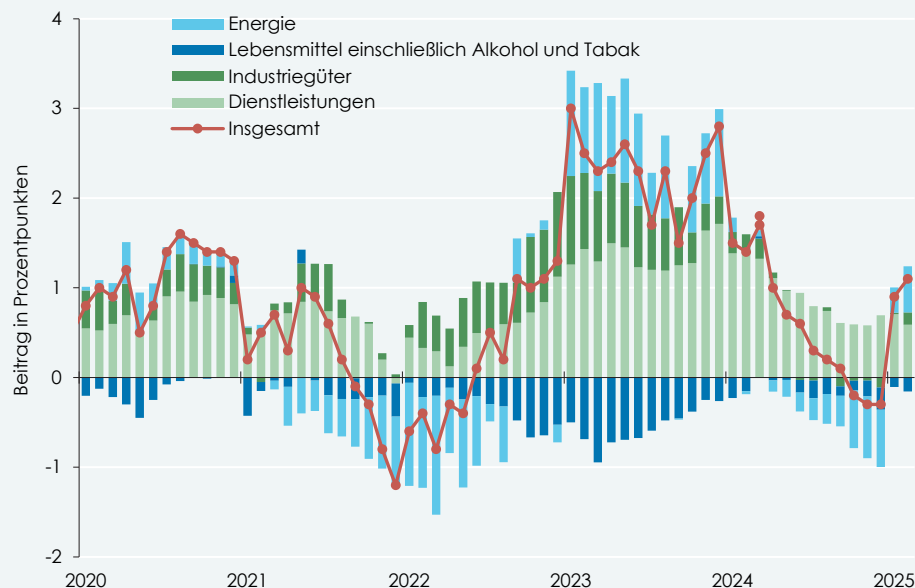
Q: Eurostat, Macrobond. – ¹⁾ Ohne Energie und Lebensmittel (einschließlich alkoholischer Getränke und Tabak).

Abbildung 6: Inflation in Österreich, Deutschland und dem Euro-Raum



Q: Macrobond, Eurostat.

Abbildung 7: Beiträge zur Inflationsdifferenz zwischen Österreich und dem Euro-Raum



Q: Eurostat, Macrobond.

Letztere leisteten auch 2024 den größten Beitrag zur Inflation (+2,6 Prozentpunkte) und verteuerten sich im Jahresabstand um 5,3% (bei einem Gewicht von 47,7% im VPI-Warenkorb). Da Dienstleistungen überwiegend arbeitsintensiv sind, spiegelten sich im entsprechenden VPI-Teilindex die hohen Lohnabschlüsse für 2024 (Tariflohnindex

+8,5%; Abbildung 8, siehe auch Abschnitt 2.3 in diesem Beitrag). Daneben tragen auch Preisindexierungen (bei Mieten, Versicherungsprämien, Mobilfunkverträgen oder Bankgebühren) zur höheren Inflationspersistenz in den Dienstleistungen bei⁶⁾.

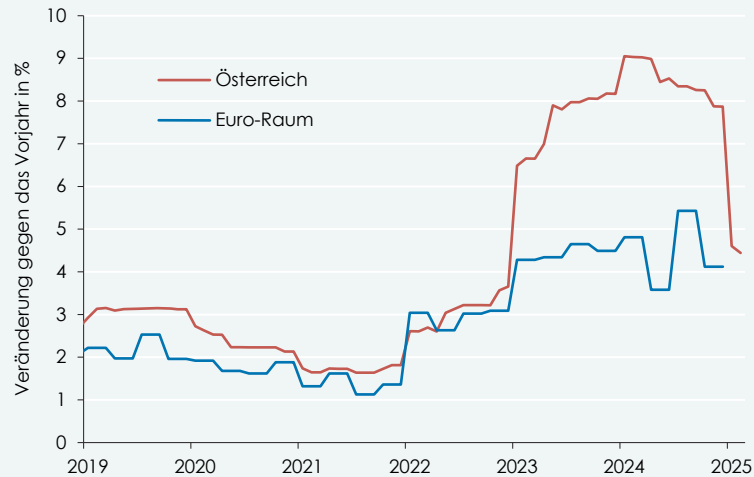
Bei Industriegütern (ohne Lebensmittel einschließlich Alkohol und Tabak sowie Energie)

⁶⁾ Dienstleistungspreise werden nur selten angepasst – in der Mehrzahl der Fälle einmal jährlich, meist im Jänner (Gautier et al., 2024).

nahm der Inflationsdruck mit der Normalisierung der Lieferketten und vor allem rezessionsbedingt deutlich ab (+1,3%, 2023 +7,5%). Insgesamt lag damit die Kerninflation (Ge-

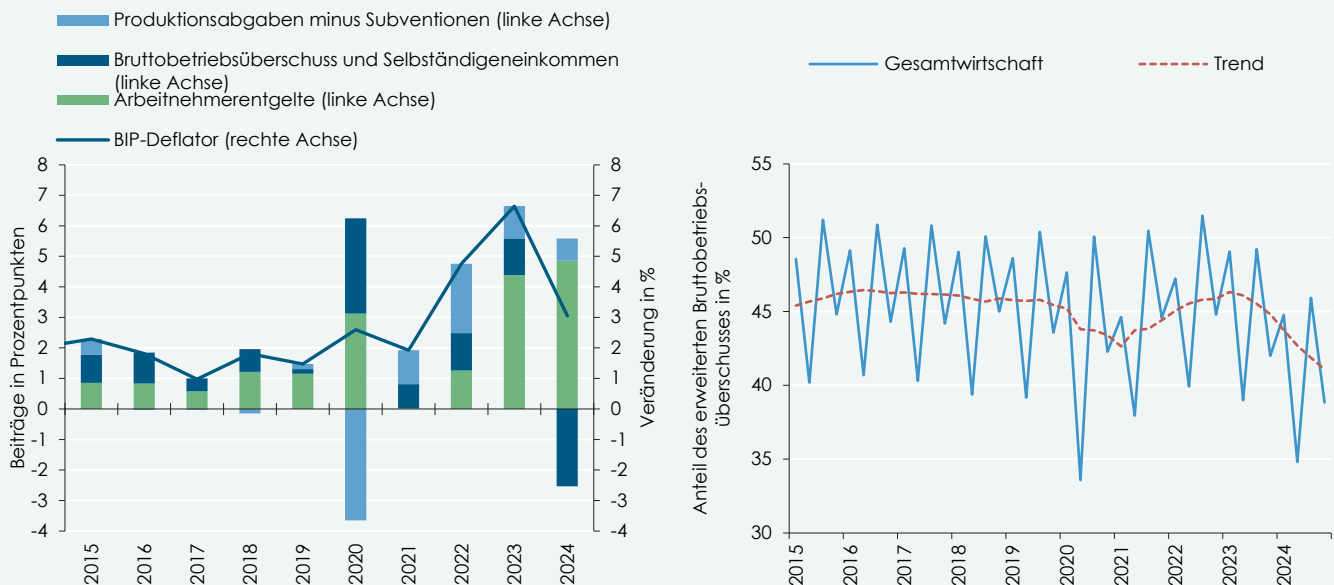
samtinflation ohne Lebensmittel und Energie) mit +3,8% um knapp 1 Prozentpunkt über der Gesamtinflation.

Abbildung 8: **Tariflohnentwicklung**



Q: Europäische Zentralbank, Statistik Austria, Macrobond.

Abbildung 9: **Zerlegung der BIP-Deflators und Bedeutung des Bruttobetriebsüberschusses für die Wertschöpfung in Österreich**



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Der BIP-Deflator als Indikator für Preisveränderungen in der gesamtwirtschaftlichen Produktion stieg 2024 voraussichtlich um 3,1% (2023 +6,6%, 2022 +4,8%; revidiert⁷⁾). 2022 war jeweils rund ein Viertel des Preisanstiegs auf den Zuwachs der Arbeitnehmerentgelte

und der Bruttobetriebsüberschüsse und fast die Hälfte auf die Position "Produktionsabgaben minus Subventionen" entfallen. 2023 verschob sich das Gewicht deutlich in Richtung der Arbeitnehmerentgelte (rund 66%). Auf Bruttobetriebsüberschüsse und Nettoprodukt

⁷⁾ Nach vorläufigen Daten auf Basis der vierteljährlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für das IV. Quartal 2024, veröffentlicht am 3. März 2025 durch Statistik Austria. Es sei darauf hingewiesen, dass die

Daten der vierteljährlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung bis zur Präsentation der Jahresrechnung im September 2025 noch mehrfach revidiert werden.

tionsabgaben entfielen 2023 nur noch 18% bzw. 16%. Für 2024 zeigen die vorläufigen Daten, dass der Preisanstieg überwiegend auf den Lohnanstieg zurückzuführen war, da die Bruttobetriebsüberschüsse und Selbstän-

digeneinkommen zurückgingen, die Produktionsabgaben minus Subventionen nur schwach zunahmen und damit den Anstieg des BIP-Deflators dämpften (Abbildung 9).

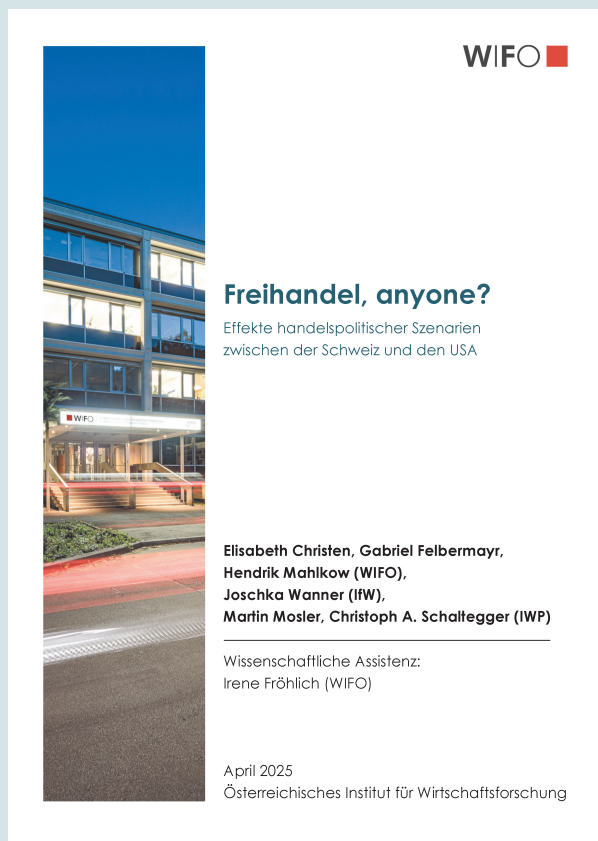
3. Literaturhinweise

- Baumgartner, J., Kaniowski, S., Pitlik, H., & Sommer, M., (2024), Wettbewerbsnachteile bremsen Wachstum der österreichischen Wirtschaft. Mittelfristige Prognose 2025 bis 2029. *WIFO-Monatsberichte*, 97(10), 551-570. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/55113851>.
- Budgetdienst (2024). Konjunkturpaket für den Wohnbau.
- Burton, A., Ehn-Fragner, S., & Fritz, O. (2024), Tourismusanalyse: Starke Nachfrage im bisherigen Winter, jedoch kaum Dynamik bei realen Umsätzen. *WIFO Research Briefs*, (9). <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/51714596>.
- Friesenbichler, K., & Agnezy, B. (2025), WIFO-Investitionsbefragung vom Herbst 2024, *WIFO-Konjunkturtest Investitionsbefragung*, (1). <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/56888025>.
- Gautier, E., Conflitti, C., Faber, R. P., Fabo, B., Fadejeva, L., Jouvanceau, V., Menz, J.-O., Messner, T., Petroulas, P., Roldan-Blanco, P., Rumler, F., Santoro, S., Wieland, E., & Zimmer, H. (2024). New Facts on Consumer Price Rigidity in the Euro Area. *American Economic Journal – Macroeconomics*, 16(4), 386-431. <https://www.aeaweb.org/articles?id=10.1257/mac.20220289>.
- Klien, M., & Weingärtler, M. (2025). Bauwesen in Europa vor moderater Erholung. *Euroconstruct-Prognose bis 2027*. *WIFO-Monatsberichte*, 98(2), 81-92. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/57412506>.
- Loretz, S., & Pitlik, H. (2025). Öffentliche Haushalte unter erheblichem Konsolidierungsdruck. Mittelfristige Budgetprojektion 2025 bis 2029. *WIFO-Monatsberichte*, 98(4), 191-198. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/58156012>.
- Scheiblecker, M. (2025). Rezession in Österreich hält an. *WIFO-Monatsberichte*, 98(3), 111-120. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/57774448>.
- Url, T. (2025). Schwächere Inflationsdynamik ermöglicht Senkung der Leitzinssätze. *WIFO-Monatsberichte*, 98(4), 217-228. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/58156315>.

Freihandel, anyone?

Effekte handelspolitischer Szenarien zwischen der Schweiz und den USA

Elisabeth Christen, Gabriel Felbermayr, Hendrik Mahlkow (WIFO), Joschka Wanner (IfW), Martin Mosler, Christoph A. Schaltegger (IWP)



Die Studie analysiert die potenziellen wirtschaftlichen Auswirkungen verschiedener handelspolitischer Szenarien zwischen der Schweiz und den USA. Die USA sind nach der Europäischen Union der wichtigste Handelspartner der Schweiz, der auch mittelfristig hohe Wachstumsaussichten bietet. Mithilfe des KITE-Modells werden sechs Szenarien analysiert, die von einer vollständigen Handelsliberalisierung bis zu einer Eskalation der Handelsspannungen reichen. Die Ergebnisse zeigen, dass ein umfassendes Freihandelsabkommen das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Schweiz langfristig um bis zu 1,3% steigern könnte, während ein Handelskrieg zu einem Rückgang von 0,4% führen würde, wobei die Industrien von den jeweiligen Szenarien sehr unterschiedlich betroffen sind. Von einer vertieften Partnerschaft würden besonders exportstarke Sektoren wie die Pharmaindustrie, der Maschinenbau und die Finanzdienstleistungen profitieren. Die Analyse zeigt auch, dass alle Regionen in der Schweiz von einer Handelsliberalisierung gewinnen würden, wenngleich sich regionale Unterschiede zeigen. Die Studie unterstreicht die Bedeutung stabiler Handelsbeziehungen und empfiehlt der Schweiz eine proaktive Handelsstrategie, um die wirtschaftlichen Beziehungen zu den USA zu vertiefen.

Im Auftrag des Institutes für Schweizer Wirtschaftspolitik • April 2025 • 69 Seiten • Kostenloser Download:
<https://www.wifo.ac.at/publication/pid/57956826>

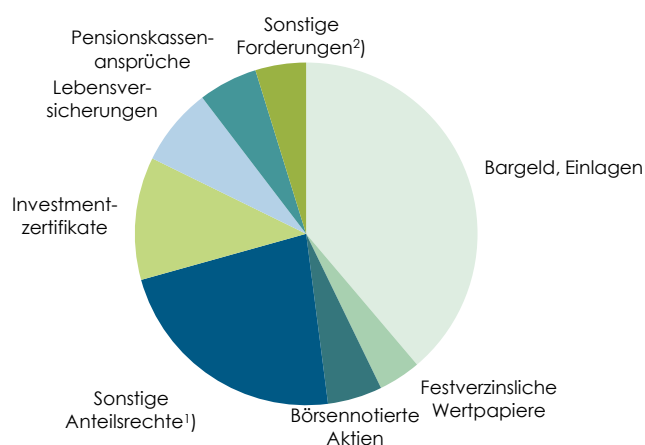
Schwächere Inflationsdynamik ermöglicht Senkung der Leitzinssätze

Thomas Url

- Die Europäische Zentralbank kombinierte 2024 eine expansive Zinspolitik mit dem restriktiv wirkenden Abbau des Anleihebestandes.
- Die österreichischen privaten Haushalte sparten 2024 ihre Reallohnzuwächse und investierten vorwiegend in gebundene Einlagen.
- Ein hoher Abschreibungsbedarf für immaterielles Vermögen und Sachanlagen dämpfte das Betriebsergebnis der Kreditwirtschaft.
- Das Finanzmarktstabilitätsgremium empfahl einen sektoralen Systemrisikopuffer für Gewerbeimmobilienfinanzierungen.
- Trotz Kurssteigerungen sank die Marktkapitalisierung der Wiener Börse von 26,5% (2023) auf 26,1% (2024) des BIP.
- Österreichs Wechselkursindex wertete 2024 real-effektiv um 0,8% auf; kumuliert über die Jahre 2023 und 2024 verlor Österreich 3,8% an preislicher Wettbewerbsfähigkeit.

Struktur des Finanzvermögens der privaten Haushalte

2024



"Die privaten Haushalte reagierten auf den kräftigen Anstieg der Real-einkommen mit verstärktem Sparen. Sie investierten überwiegend in gebundene Einlagen und festverzinsliche Wertpapiere. In Verbindung mit Kursgewinnen stieg ihr Finanzvermögen um 47 Mrd. €."

Das Geldvermögen der privaten Haushalte belief sich 2024 insgesamt auf 881 Mrd. €. Der Zuwachs gegenüber dem Vorjahr entstand durch die zusätzliche Veranlagung von 30 Mrd. € und aus 17 Mrd. € an Kursgewinnen. Risikoarme Veranlagungsformen dominieren die Portfoliostruktur (Q: OeNB. – ¹⁾ Nicht börsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte. – ²⁾ Kredite, Nicht-Lebensversicherungsansprüche, Ansprüche auf andere Leistungen als Altersversicherungsleistungen, übrige Forderungen einschließlich Finanzderivate).

Schwächere Inflationsdynamik ermöglicht Senkung der Leitzinssätze

Thomas Url

Schwächere Inflationsdynamik ermöglicht Senkung der Leitzinssätze

Die Europäische Zentralbank begann im Sommer 2024 mit einer Serie an Zinssenkungen. Im Herbst zog die Federal Reserve Bank nach und senkte die Target Rate um 0,5 Prozentpunkte. Beide Zentralbanken schmolzen ihren Bestand an Wertpapieren in der Bilanz ab. Im Euro-Raum pflanzten sich die Zinssenkungsrunden unmittelbar auf den Geldmarkt fort, die Einlagen- und Kreditzinsen der österreichischen Kreditwirtschaft folgten diesen Vorgaben. Die Spuren der Rezession waren auf dem Finanzmarkt deutlich sichtbar. Die Kreditnachfrage blieb im gesamten Jahresverlauf 2024 schwach, besonders Wohnbaukredite litten unter hohen Baukosten und Immobilienpreisen sowie regulatorischen Beschränkungen. Das Volumen kurzfristiger Unternehmenskredite sank im Zuge des Lagerabbaus, und die zusätzliche Nachfrage nach langfristigen Krediten blieb wegen der schwachen Investitionstätigkeit beschränkt. Die privaten Haushalte steigerten ihre Spartätigkeit und investierten großteils in gebundene Einlagen und festverzinsliche Wertpapiere. Das Finanzmarktstabilitätsgremium empfahl die Einführung eines sektoralen Systemrisikopuffers für Gewerbeimmobilienfinanzierungen. Die deutliche Zunahme der Abschreibungen auf Anlagevermögen verursachte ein leicht schrumpfendes Betriebsergebnis in der Kreditwirtschaft. Die Kursgewinne an der Wiener Börse konnten mit dem Wachstum der nominellen Wirtschaftsleistung nicht Schritt halten, sodass die Marktkapitalisierung auf 26,1% des BIP zurückging. Die reale Aufwertung des effektiven Wechselkursindex setzte sich auch 2024 fort.

JEL-Codes: E52, G21, G32, G52 • **Keywords:** Geldpolitik, Kreditwesen, Unternehmensfinanzierung, Sparen der privaten Haushalte

Begutachtung: Christian Glocker • **Wissenschaftliche Assistenz:** Nathalie Fischer (nathalie.fischer@wifo.ac.at) •
Abgeschlossen am 15. 4. 2025

Kontakt: Thomas Url (thomas.url@wifo.ac.at)

Calming Inflationary Momentum Allows Key Interest Rates to be Lowered

The European Central Bank began a series of interest rate cuts in June 2024. In the fall, the Federal Reserve Bank followed suit and lowered its target rate by 0.5 percentage points. Both central banks continued to reduce the securities acquired in the past years. In the euro area, the rounds of interest rate cuts spilled over to the money market, with deposit and lending rates in the Austrian banking industry following suit. The effects of the recession were clearly felt on the financial market. Demand for credit remained weak throughout the year, with residential construction loans in particular suffering from high construction costs, high real estate prices and regulatory restrictions. The volume of short-term corporate loans fell as inventories were reduced, and additional demand for long-term loans remained limited due to weak investment activity. Private households increased their savings activities and invested mainly in term deposits and fixed-interest securities. The Financial Market Stability Committee recommended the introduction of a sectoral systemic risk buffer for commercial real estate lending. A sharp increase in write-downs on fixed assets in the banking industry caused the operating result to shrink slightly. Price gains on the Vienna Stock Exchange were unable to keep pace with the growth in nominal GDP, implying that the market capitalisation lost ground to 26.1 percent of GDP. The real appreciation of the effective exchange rate index continued in 2024.

1. Europäische Zentralbank änderte zur Jahresmitte ihren geldpolitischen Kurs

Die Inflationsdynamik im Euro-Raum schwächte sich im Jahresverlauf 2024 leicht ab. Im September 2024 unterschritt die Inflationsrate kurzfristig den Zielwert der Europäischen Zentralbank (EZB) von 2% und zog im IV. Quartal wieder etwas an. Da Veränderungen der Energiepreise die Dynamik prägten, blieb die Kerninflationsrate (ohne Energie, unbearbeitete Nahrungsmittel, Alkohol und Tabak) vergleichsweise stabil und lag im Jahresdurchschnitt bei 2,9%. Insgesamt beruhigten sich im Vorjahresvergleich sowohl die Preisentwicklung als auch die Inflationserwartungen: Für 2024 waren laut Survey of

Professional Forecasters der EZB vom Oktober 2023 noch 2,7% erwartet worden, im Oktober 2024 nur mehr 2,4%. Ähnlich verringerte sich die erwartete Inflationsrate für 2025 von 2,1% auf 1,9%.

In ihren Konjunkturprognosen vom Frühjahr bzw. Herbst 2024 rechnete die Europäische Kommission für den Euro-Raum mit einem verhaltenen Wirtschaftswachstum (Europäische Kommission, 2024a, 2024b). Der Prognosewert von +0,8% (2024) lag knapp unter der Trendwachstumsrate. Für das Jahr 2025 unterstellte die Kommissionsprognose vom

Bis in den Herbst 2024 blieben die Konjunkturaussichten günstig.

Frühling 2024 eine leichte, über das Trendwachstum hinausgehende Beschleunigung auf +1,4%. Insgesamt war das makroökonomische Umfeld 2024 stabil und es gab für den Euro-Raum keine Anzeichen eines ausgeprägten Überschussangebotes oder eines Nachfrageüberhangs auf den Güter- und Dienstleistungsmärkten. Auf Ebene der Mitgliedsländer divergierten die Erwartungen der Kommission für 2024 stärker. So wurde für Deutschland, Finnland und Österreich eine Stagnation erwartet und für Estland sogar eine Rezession.

Im Euro-Raum insgesamt sank die Arbeitslosenquote im Jahresverlauf 2024; die Lohninflation blieb Anfang 2024 anhaltend hoch. Die Pro-Kopf-Entgelte der unselbständig Beschäftigten stiegen im I. Quartal 2024 im Vorjahresvergleich um 4,8%. Dies deutete auf ein beträchtliches Inflationspotenzial bei Dienstleistungen hin. Zum Jahresende verlangsamte sich der Lohn- und Gehaltszuwachs zwar auf 4,1%, blieb aber weiterhin deutlich über der Inflationsrate und der – seit Beginn der COVID-19-Pandemie – stagnierenden Entwicklung der Stundenproduktivität im Euro-Raum.

Die EZB hatte bereits Mitte 2023 mit dem Abschmelzen der im Programm zum Ankauf von Vermögenswerten (Asset Purchase Programme – APP) erworbenen Wertpapiere begonnen und setzte diese Politik 2024 fort. Im Dezember 2023 kündigte sie an, die Wiederveranlagung der innerhalb des Pandemie-Notfallankaufprogrammes (Pandemic Emergency Purchase Programme – PEPP) gekauften Wertpapiere mit Juli 2024 zu halbieren und das Reinvestitionsprogramm mit Jahresende 2024 gänzlich einzustellen. Die

Bilanzsumme der EZB verkürzte sich 2024 dadurch um 523 Mrd. € oder 7,5% des Anfangswertes. Die Oesterreichische Nationalbank reduzierte ihre Bilanzsumme 2024 um 10 Mrd. € oder rund 4%.

Erste wissenschaftliche Arbeiten versuchen, die Wirkung des umfassenden Einsatzes von Wertpapierankaufprogrammen in entwickelten Volkswirtschaften einzuschätzen. Loyd und Ostry (2024) ermittelten für den Abbau der Wertpapierbestände ("Quantitative Tightening") einen asymmetrischen Effekt auf die Sekundärmarkttrendite von Staatsanleihen. Demzufolge sollte die Erhöhung der Rendite infolge des Abbaus kräftiger ausfallen als der zinsdämpfende Effekt während des vorherigen Ankaufprogrammes. Du et al. (2024) bestätigten, dass eine Bilanzverkürzung die Zinsstrukturkurve in der Regel steiler macht, ein passives Abschmelzen von Wertpapieren habe jedoch geringere Auswirkungen auf den langfristigen Zinssatz als aktive Wertpapierverkäufe der Zentralbank. Im Gegensatz zu Loyd und Ostry (2024) gelangten Du et al. (2024) zu dem Schluss, dass der Aufbau eines Wertpapierbestandes ("Quantitative Easing") in der Regel umfangreichere Zinsreaktionen hervorruft als der nachfolgende Abbau, da der Nachfragerückgang nach Staatsanleihen seitens der Zentralbank in der Regel durch andere Sektoren kompensiert werde.

Dem "Quantitative Tightening" stellte die EZB zur Jahresmitte 2024 einen expansiven Schritt in der Zinspolitik entgegen und senkte die Leitzinssätze im Juni um ¼ Prozentpunkt; bis zum Jahresende folgten drei weitere Zinsschritte (Übersicht 1).

Die EZB verringerte 2024 kontinuierlich den Bestand aus den Wertpapierankaufprogrammen.

Erste Analysen erwarten infolge des Abschmelzens des Wertpapierbestandes eine steilere Zinsstrukturkurve.

EZB vollzog ab der Jahresmitte 2024 eine zinspolitische Wende.

Übersicht 1: Änderungen der Zinssätze des Eurosystems und der OeNB

	Einlagefazilität	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Hauptrefinanzierungsgeschäft In %	Basiszinssatz	Referenzzinssatz
20. September 2023	4,00	4,75	4,50	3,88	5,00
12. Juni 2024	3,75	4,50	4,50	3,88	5,00
19. Juni 2024	3,75	4,50	4,25	3,88	5,00
18. September 2024	3,50	3,90	4,25	3,03	4,15
25. September 2024	3,50	3,90	3,65	3,03	4,15
23. Oktober 2024	3,25	3,65	3,65	3,03	4,15
30. Oktober 2024	3,25	3,65	3,40	3,03	4,15
18. Dezember 2024	3,00	3,40	3,40	2,53	3,65
23. Dezember 2024	3,00	3,40	3,15	2,53	3,65
5. Februar 2025	2,75	3,15	3,15	2,53	3,65
12. Februar 2025	2,75	3,15	2,90	2,53	3,65
12. März 2025	2,50	2,90	2,90	2,03	3,15
19. März 2025	2,50	2,90	2,65	2,03	3,15

Q: EZB, OeNB.

Die zinspolitische Wende setzte im Euro-Raum früher ein als in den USA. Dort senkte die Federal Reserve Bank den Leitzinssatz erst im September 2024 um ½ Prozentpunkt.

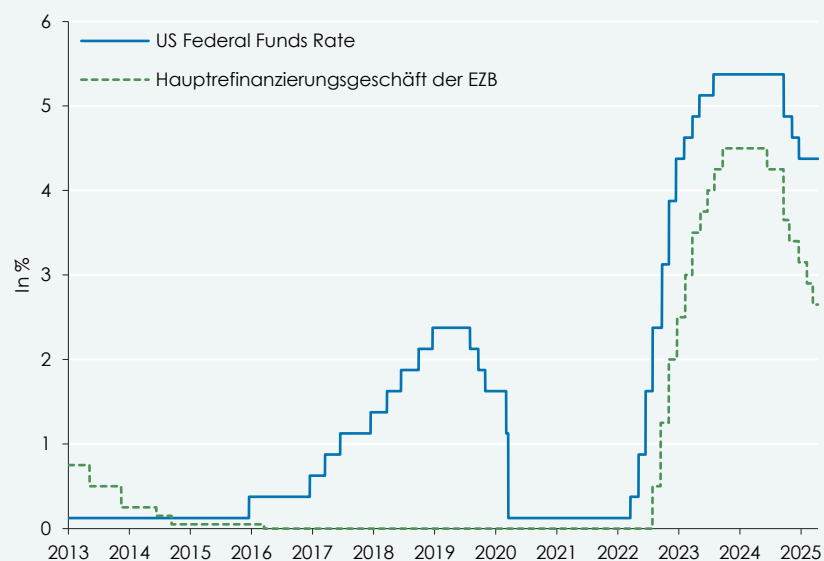
Im November und Dezember folgten zwei weitere kleinere Zinsschritte. Dadurch vergrößerte sich das Zinsdifferenzial für Taggeld gegenüber dem Euro-Raum bis zum Jahres-

Die Federal Reserve Bank verkürzte ihre Bilanzsumme durch Tilgungen abreifender Wertpapiere.

ende 2024 deutlich und erreichte knapp 2 Prozentpunkte. Die Zentralbank der USA begründete ihre behutsamen Zinssenkungen mit dem bis zuletzt stabilen Wirtschaftswachstum und der niedrigen Arbeitslosenquote; gleichzeitig verwies sie auf die fehlende Konvergenz zum Inflationsziel von 2% und die unklaren Auswirkungen der Wirtschaftspolitik der Regierung Trump auf die Preisentwicklung. Die neue Regierung der USA versucht, durch Maßnahmen in den Bereichen Handels-, Migrations- und Fiskalpolitik sowie Regulierungen das Wirtschaftswachstum zu beschleunigen, wobei die Rückwirkungen auf die Inflation noch nicht klar erkennbar sind. Die zuletzt angekündigten Zollerhöhungen sollten einen Preisschub von 7,3% erzeugen (Malkow, 2025), die Zweit- und Drittrundeneffekte sind noch unklar. In dieser unsicheren Lage vertritt die Federal Reserve Bank eine langsame und eng an den neuen Wirtschaftsindikatoren ausgerichtete Zinspolitik.

Die Zentralbank der USA begann bereits im Mai 2022 mit dem Abbau ihres Wertpapierportfolios. Ab Jahresbeginn 2024 verkürzte sie ihre Bilanz durch monatliche Tilgungen von Staatsanleihen im Ausmaß von höchstens 60 Mrd. \$ und von Anleihen der staatlichen Hypothekenanstalten im Umfang von höchstens 35 Mrd. \$. Bereits mit der Ankündigung des Abbauplanes im Jahr 2022 hatte die Federal Reserve Bank eine Verringerung der beiden Höchstbeträge vorgesehen, sobald die überschüssigen Mengen weitgehend abgebaut sind. Dieser Zeitpunkt dürfte im Juni 2024 erreicht worden sein, zumal der Höchstbetrag für die Tilgung von Staatsanleihen auf 25 Mrd. \$ gesenkt wurde; jener für die staatlichen Hypothekenanstalten wurde dagegen beibehalten. Das verminderte Volumen an "Quantitative Tightening" sollte sich vor allem auf die Renditen festverzinslicher Wertpapiere mit mittleren und längeren Laufzeiten auswirken.

Abbildung 1: **Leitzinssätze im Euro-Raum und in den USA**



Q: EZB, Federal Reserve Board (Mittelwert der Bandbreite).

2. Expansive Zinspolitik durch Abbau des Wertpapierbestandes korrigiert

Der geldpolitische Kurswechsel der EZB wirkte sich unmittelbar auf die Zinssätze auf dem Euro-Geldmarkt aus. Sowohl Tag- als auch Dreimonatsgeld verbilligten sich bis zum Jahresende 2024 um rund 1 Prozentpunkt. Die Geldmarktzinsen blieben jedoch infolge der hohen Überschussliquidität weiterhin unter dem Einlagenzinssatz der EZB. Die Suche nach ertragreichen kurzfristigen Veranlagungsmöglichkeiten führte zu freiwilligen Einlagen der österreichischen Kreditwirtschaft in der EZB, die weit über die Mindestreserveerfordernisse hinausgingen. Im Jahresdurchschnitt 2024 betrugen sie

88 Mrd. €. In diesem Zusammenhang ist die unterschiedliche Verzinsung von Mindestreserven und Einlagefazilität relevant. Während die Mindestreserven seit Mitte September 2023 unverzinst sind, erhält die Kreditwirtschaft auf die Mittel in der Einlagefazilität den Einlagenzinssatz der EZB. Ohne die Verzinsung der Einlagefazilität hätten sich die Leitzinssenkungen der EZB wesentlich stärker auf die Geldmarktrenditen ausgewirkt, weil die Mittel aus der Einlagefazilität auf den Geldmarkt geflossen wären und dort weiteren Angebotsdruck verursacht hätten.

Der Anleihemarkt blieb von der Dynamik auf dem Geldmarkt unberührt. Die Rendite auf österreichische Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von 10 Jahren veränderte sich im Jahresverlauf 2024 nur geringfügig und lag im Dezember bei 2,6%. Der Zinsabstand zu Deutschland verringerte sich gegenüber dem Jahresdurchschnitt 2023 um rund $\frac{1}{10}$ Prozentpunkt. Damit fiel die Entspannung auf den Anleihemärkten in Österreich weit schwächer aus als in Dänemark, Griechenland, Italien und der Schweiz (jeweils –0,5 Prozentpunkte).

Angesichts der erwarteten Fortsetzung des "Quantitative Tightening" durch die EZB erscheint die Stabilität der Sekundärmarkrenditen etwas überraschend. Eine mögliche Erklärung sind die optimistischen Konjunkturprognosen des Jahres 2024 (Europäische Kommission, 2024a, 2024b). Gepaart mit der Erwartung deutlich niedrigerer öffentlicher Ausgaben zur Kompensation von Energiepreissteigerungen und Umsatzverlusten während der COVID-19-Pandemie hätte das Angebot an Staatsanleihen geringer sein sollen. Dementsprechend erwartete die Europäische Kommission noch im Spätherbst 2024 eine Verbesserung der öffentlichen Finanzierungssalden (Europäische Kommission, 2024b). Tatsächlich zeigte die jüngste Publikation für Österreich eine deutliche Verschlechterung des Finanzierungssaldos auf 4,7% (2024) des Bruttoinlandsproduktes (Statistik Austria, 2025). Bisher behielten alle Ratingagenturen ihre Einschätzung für Österreich bei, wenngleich Fitch (Jänner 2025)

und Standard & Poors (Februar 2025) den Ausblick herabstufen.

Die Zinsstrukturkurve beschreibt den Unterschied zwischen den Renditen auf Benchmark-Anleihen und den Geldmarktzinssätzen für Dreimonatspapiere. Sie wird in vielen Prognosemodellen als ein vorlaufender Konjunkturindikator eingesetzt. Während positive Werte ein Wirtschaftswachstum in den nächsten Quartalen signalisieren, ist bei negativen Werten eine Rezession wahrscheinlich. Der langjährige Durchschnittswert ist in Österreich mit 0,9 Prozentpunkten ähnlich hoch wie in Deutschland (1976 bis 2024). Zu Jahresbeginn 2024 lag die Zinsstrukturkurve in Österreich im negativen Bereich (Jänner –1,2 Prozentpunkte) und normalisierte sich nur langsam auf –0,2 Prozentpunkte im Dezember. Damit signalisierte der Indikator zur Jahreswende gedämpfte Konjunkturaussichten, wobei er sich nach der Ankündigung des deutschen Rüstungs- und Infrastrukturpaketes im Februar 2025 deutlich nach oben verschob.

Die Geldmenge M3 legte 2024 im Euro-Raum um 3,4% zu, nachdem sie im Vorjahr stagniert hatte. Zur Ausweitung trugen vor allem Geldmarktfonds (+16,1%) und Wertpapierpensionsgeschäfte (+41,3%) bei. Bargeld und Sichteinlagen legten geringfügig zu (+1,8%), während sich die bis dahin massive Verschiebung von ungebundenen zu gebundenen Einlagen deutlich abschwächte: Im IV. Quartal 2024 wurden erstmals seit längerem Mittel aus gebundenen Anlagen abgezogen.

Die Rendite für festverzinsliche Wertpapiere mit langer Restlaufzeit blieb 2024 trotz der Bilanzverkürzung nahezu stabil.

Die Prognosen für die öffentlichen Finanzierungssalden erwiesen sich als zu optimistisch.

Die Zinsstrukturkurve wurde im Jahresverlauf 2024 immer flacher, signalisierte aber weiterhin keinen Aufschwung.

Die Verlagerung von ungebundenen zu gebundenen Einlagen schwächte sich ab.

3. Private Haushalte sparten ihre Realeinkommenszuwächse

Gemäß der jüngsten Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung durch Statistik Austria betrug die Sparquote der privaten Haushalte (einschließlich betriebliche Altersvorsorge) in Österreich 2022 8,8% des verfügbaren Einkommens. Trotz starker Realeinkommenszuwächse und noch vorhandener Ersparnisse aus der Zeit der COVID-19-Pandemie zeigten sich die Haushalte in der Folge wenig konsumfreudig. Im Jahr 2023 verharrte die Sparquote auf 8,7% und für 2024 prognostiziert das WIFO einen Anstieg auf 10,6% des verfügbaren Einkommens (Scheiblecker & Ederer, 2025). Diese unerwartete Reaktion war im gesamten Euro-Raum beobachtbar. Die EZB nannte in einer Analyse vier Gründe für den Anstieg der Sparquote (Bobasu et al., 2024):

1. Ein Teil des Einkommensanstiegs entfiel auf die Kapital- und Selbständigeneinkommen mit einer traditionell höheren Sparquote.
2. In mehreren Euro-Ländern wurden Transfers zur Kompensation von Energiepreissteigerungen nicht an die Einkommenshöhe der privaten Haushalte gekoppelt,

sodass auch in diesem Fall ein Sparpotenzial für Besserverdienende entstand. Die Transferzahlungen könnten auch allgemein als temporär eingeschätzt worden sein, weshalb in Erwartung einer nachfolgenden Budgetsanierung ein Sparpolster aufgebaut wurde.

3. Das Finanzvermögen der privaten Haushalte verlor durch den unerwarteten Inflationsschub bis zur Jahresmitte 2024 real um rund 20% an Wert, was im Zusammenwirken mit den steigenden Zinsen zum Wiederaufbau des Vermögensbestandes anreizte.
4. Schließlich stieg mit der Fortdauer internationaler Konflikte die Unsicherheit. Die privaten Haushalte reagierten darauf mit einer Senkung ihrer Konsumausgaben, während sie die Nachfrage nach Dienstleistungen erhöhten.

Dementsprechend wuchs das Finanzvermögen der österreichischen privaten Haushalte 2024 auf 881 Mrd. € an (+47,0 Mrd. €). Die Veranlagungsstruktur wird durch Einlagen in den Kreditinstituten und sonstige Anteilsrechte dominiert (Abbildung 2). Im Vergleich

Steigende Finanzierungskosten, hohe Immobilienpreise sowie makroprudenzielle Vorgaben dämpften die Nachfrage nach Wohnbaurdarlehen.

Die Veränderung der Zinsbelastung durch Wohnbaurdarlehen war stark von der Laufzeit abhängig.

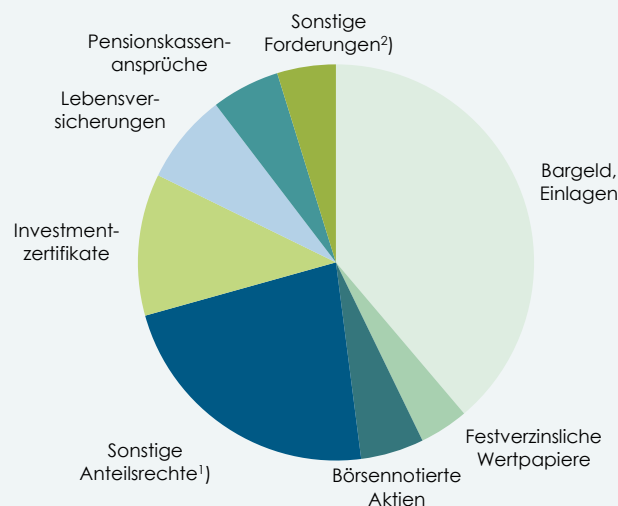
zum Jahresende 2023 wurden Anteilsrechte (+0,7%) und Forderungen an Lebensversicherungen (+0,9%) geringfügig aufgebaut, während festverzinsliche Wertpapiere (+24,4%) und Investmentzertifikate (+13,6%) stark nachgefragt wurden. Diese Verschiebung ging nicht nur auf Kursveränderungen, sondern auch auf aktive Veranlagungsentscheidungen zurück. Die privaten Haushalte bauten 2024 30,1 Mrd. € an Finanzvermögen aktiv auf. Dabei konzentrierten sie sich auf gebundene Einlagen (+16,9 Mrd. €), langfristige verzinsliche Wertpapiere (+6,3 Mrd. €) und Investmentzertifikate (+3,7 Mrd. €). Gleichzeitig wurden kaum neue Wohnbaurdarlehen aufgenommen und aus dem Bestand reiften 1,7 Mrd. € an Wohnbaurdarlehen ab.

Die makroprudenziellen Vorgaben der Kreditinstitute-Immobilienfinanzierungsmaßnahmen-Verordnung (KIM-VO) verknäpften 2024 weiterhin das Kreditangebot in Österreich (Barmeier & Scheuerer, 2024). Darüber hinaus dämpfte auch die schwungvolle Baukostenentwicklung der letzten Jahre die

Immobiliennachfrage und damit den Finanzierungsbedarf der privaten Haushalte. Obwohl sich der Baukostenindex 2024 wieder normalisierte (+1,3% im Vorjahresvergleich), kumulierte sich der Inflationsschub seit 2020 auf +23,1%. Zusätzlich wurden in den letzten Jahren viele Bauprojekte fertig gestellt, sodass ein Angebotsüberschuss die Preise für bestehende Wohnungen und Einfamilienhäuser dämpfte, wenngleich die Daten für das IV. Quartal 2024 eine Erholung der Preise für Neuimmobilien andeuten.

Eine leichte Entspannung für Kreditnehmer:innen dürfte auch die sinkende Zinslast bringen. Obwohl der durchschnittliche Zinssatz für Wohnbaurdarlehen im Neugeschäft gegenüber dem Vorjahr unverändert blieb, war im Jahresverlauf 2024 ein Rückgang um 0,4 Prozentpunkte auf 3,6% im Dezember zu beobachten. Am kräftigsten sanken die Finanzierungskosten für Wohnbaurdarlehen mit bis zu 5 Jahren Laufzeit. Für Laufzeiten über 10 Jahre blieb die Zinsbelastung hingegen gleich.

Abbildung 2: **Struktur des Finanzvermögens der privaten Haushalte**
2024



Q: OeNB. Das Geldvermögen der privaten Haushalte belief sich 2024 insgesamt auf 881 Mrd. €. – ¹) Nicht börsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte. – ²) Kredite, Nicht-Lebensversicherungsansprüche, Ansprüche auf andere Leistungen als Altersversicherungsleistungen, übrige Forderungen einschließlich Finanzderivate

Die täglich fälligen Einlagen der privaten Haushalte waren im Jahr 2024 mit durchschnittlich 1% verzinst; durch eine längere Bindung konnten sie eine Rendite von rund 2,5% erzielen. Die Entwicklung der Zinsangebote von Kreditinstituten war 2024 durch die gut vorhersehbare Zinssenkungspolitik der EZB bestimmt. Je nach Bindungsdauer reagierten die Zinssätze im Neugeschäft bereits im Mai 2024 auf den geldpolitischen Kurswechsel und waren am Jahresende um 0,3 bis 0,9 Prozentpunkte geringer als zu

Jahresbeginn. Angesichts der Veränderung des heimischen VPI (+2,9%) folgte damit ein weiteres Jahr mit negativer Realverzinsung auf Einlagen. Wegen der weiterhin ausgeprägten Liquiditätspräferenz und der hohen Unsicherheit reagierten die privaten Haushalte kaum auf die Kaufkraftverluste. Die Umschichtung in Veranlagungen mit längerer Bindung und höherem Risiko blieb verhalten.

Die Finanzmarktaufsicht Österreich (FMA) veröffentlichte 2024 wieder eine Analyse der Fondsgebühren österreichischer Publikumsfonds (Finanzmarktaufsicht, 2024a). Der volumengewichtete Durchschnitt der laufenden Verwaltungsgebühren beim Kauf von Fondsprodukten lag 2024 bei 1,13% des Fondswertes und es mussten durchschnittlich 0,15% an

Transaktionsgebühren bezahlt werden. Die Kosten steigen mit der Risikoklasse des Fonds und schwanken mit der Veranlagungsstrategie. Für Publikumsfonds mit einem nachhaltigen Veranlagungsschwerpunkt ermittelte die FMA niedrigere Gebührensätze.

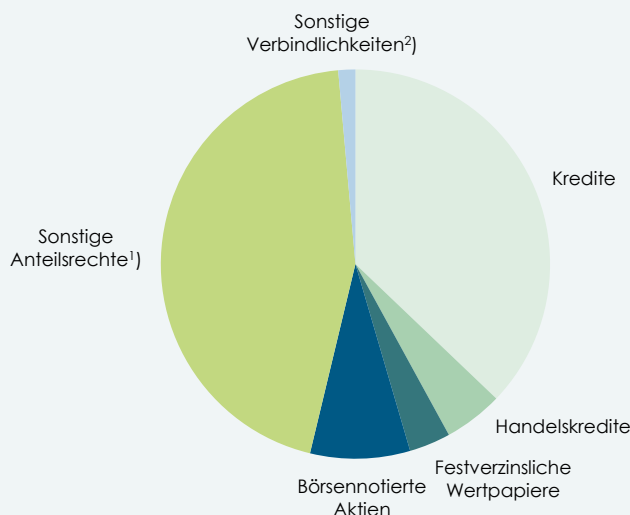
Die Gebühren für Publikumsfonds mit nachhaltiger Veranlagung sanken im Jahr 2024.

4. Fremdfinanzierung gewann für nichtfinanzielle Unternehmen wieder an Bedeutung

Die Nachfrage der nichtfinanziellen Unternehmen nach Fremdmitteln blieb 2024 verhalten. Dazu trug nicht nur die schwache Investitionstätigkeit bei, sondern auch die Korrekturbewegung in der Vorrathaltung. Unter den einzelnen Komponenten der Investitionsnachfrage entwickelten sich nur die Investitionen in immaterielles Kapital positiv, während jene in Ausrüstungen und Bauten schrumpften. Die im WIFO-Konjunkturtest zum Ausdruck gebrachten schlechten Konjunkturaussichten dämpften den Bedarf an zusätzlichen Finanzmitteln. Gleichzeitig

wurden die in den Vorjahren stark ausgeweiteten Lagerbestände 2024 teilweise abgebaut, was die Nachfrage nach kurzfristigen Krediten zur Finanzierung des Umlaufkapitals einschränkte. Infolge der inversen Zinsstruktur schichteten die Unternehmen auch intensiv von kurz- zu langfristigen Bankkrediten um. Die Finanzierungsstruktur der nichtfinanziellen Unternehmen verschob sich nur geringfügig von den Handelskrediten und börsennotierten Aktien zu den sonstigen Anteilsrechten (Abbildung 3).

Abbildung 3: **Struktur der Finanzverbindlichkeiten der nichtfinanziellen Unternehmen 2024**



Q: OeNB. Die Verpflichtungen der nichtfinanziellen Unternehmen beliefen sich 2024 auf insgesamt 1.079 Mrd. €. – ¹) Nicht börsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte. – ²) Kapitalgedeckte Pensionsansprüche und sonstige Verbindlichkeiten einschließlich Finanzderivate.

Die Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen stiegen bis Jahresende 2024 um 1,7%. Wie Umfrageergebnisse der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) in Hubmann (2025) zeigen, waren auch angebotsseitige Einschränkungen für die schwache Dynamik verantwortlich. Die österreichischen Kreditinstitute verschärfen mehrheitlich ihre Kreditrichtlinien und erhöhten die Margen. Als Begründung für die restriktivere Vergabepolitik wiesen die Institute auf die angespannte Risikolage hin. Schwache Umsätze verringern die Kreditwürdigkeit und reduzieren den

Wert hinterlegter Sicherheiten. In der Folge wurden Kreditanträge von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) öfter abgelehnt als jene von Großunternehmen.

Die vorsichtigere Gestion der Kreditwirtschaft war auch durch die vielen Insolvenzen begründet. Sowohl die Zahl der Anmeldungen zum Insolvenzverfahren (2024: 6.587) als auch die betroffenen Passiva (2024: 18,9 Mrd. €) lagen laut Kreditschutzverband von 1870 deutlich über den Vorjahreswerten. Der umfangreiche Forderungsverlust

Die 86 Großinsolvenzen sorgten 2024 für besonders hohe Ausfälle an Forderungen.

entstand auch durch 86 Großinsolvenzen mit jeweils mehr als 10 Mio. € an Passiva; sie ziehen oft Folgeinsolvenzen nach sich, da sie Zulieferer dazu zwingen, ausstehende Forderungen ganz oder teilweise abzuschreiben.

Angesichts der schwachen Konsum- und Exportnachfrage und der protektionistischen Handelspolitik der USA dürften 2025 noch mehr Unternehmen mit Zahlungsschwierigkeiten konfrontiert sein.

5. Ertragslage im Kreditwesen verschlechterte sich

Das neu vergebene Kreditvolumen lag 2024 nur unwesentlich über dem niedrigen Vorjahresniveau. Schlechte Konjunktureinschätzungen und pessimistische Erwartungen verhinderten größere Investitionsvorhaben und dämpften damit auch die Nachfrage nach Fremdfinanzierungen. Das verhaltene Wachstum der Darlehen ging mit einer sinkenden Zinsbelastung der Kreditnehmer:innen einher. Ab der Jahresmitte begannen die Zinssätze für Neuvergaben nachzugeben, und im Bestand an variablen Krediten machten sich Zinsanpassungsklauseln bemerkbar. Die eingeschränkte Neuvergabe an Krediten dämpfte auch den Umsatz auf dem Interbankenmarkt, sodass die Bestände an aushaftenden Interbankkrediten ein weiteres Jahr schrumpften. Auf der Finanzierungsseite verursachte die Zinswende im Kreditwesen einen Rückgang der Zinsaufwendungen um mehr als ein Zehntel; insgesamt schrumpfte das Zinsergebnis um 3,5%.

durch ein Kreditinstitut mit Bargeld versorgt werden. Da eine solche Vereinbarung für die Kreditwirtschaft einen zusätzlichen Anreiz zur Einstellung von Bankomatdienstleistungen erzeugt, schlossen der Gemeindebund und der Fachverband für Banken und Versicherungen der Wirtschaftskammer bereits Mitte 2024 ein Moratorium. Darin sicherte die Kreditwirtschaft den Weiterbetrieb der am 1. Jänner 2024 bestehenden Geräte für die nächsten fünf Jahre zu bzw. wurde der Abbau von Bankomaten an die Zustimmung der betroffenen Gemeinden gebunden.

Unter den verbleibenden Aufwandspositionen entwickelten sich Abschreibungen und Wertminderungen von immateriellen Vermögenswerten und Sachanlagen sehr dynamisch. 2024 steigerten sanktionsbedingte Teilwert-Abschreibungen von Investitionen in Osteuropa den Aufwand. Das Aufwands-Ertrags-Verhältnis (Cost-Income-Ratio) stieg dadurch im 1. Halbjahr 2024 auf 52% (1. Halbjahr 2023: 45%). Der Anteil von Krediten mit einem Zahlungsverzug am gesamten Kreditbestand erreichte bis zum Jahresende 2024 2,9% (2023: 2,5%); im 1. Halbjahr 2024 war er zu 60% durch vorhandene Rückstellungen gedeckt. Die Dotierung für die Rückstellung für Wertänderungen und notleidende Kredite dürfte laut vorläufigen Daten ähnlich hoch gewesen sein wie 2023. Wegen der vielen Insolvenzen und der beträchtlichen Passiva im Jahr 2024 könnten die endgültigen Werte jedoch deutlich höher ausfallen. Derzeit rechnet die OeNB mit einem leichten Rückgang des Periodenergebnisses vor Steuern: vorläufige Werte deuten eine Korrektur um -3,6% an. Das gute Betriebsergebnis ermöglichte 2024 einen weiteren Aufbau an Eigenkapital, sodass die risikogewichtete Eigenkapitalquote (Tier 1) auf 18,5% zulegte (2023: 17,7%). Das Verhältnis liquider Mittel zu den kurzfristigen Verbindlichkeiten gibt die Widerstandsfähigkeit des Kreditwesens gegenüber einem umfangreichen Abzug von Einlagen an. Es lag Ende 2024 mit 72,6% nahe am Vorjahreswert (72,9%).

Das Finanzmarktstabilitätsgremium (FMSG) rückte 2023 Gewerbeimmobilienkredite ins Zentrum seiner Aufmerksamkeit. Steigende Ausfälle begannen bereits Ende 2023, die Bilanzen der Kreditwirtschaft einzutrüben, hatten aber wegen der guten Gewinnlage und der hohen Eigenkapitalausstattung keinen negativen Effekt auf die Risikolage. Zur Jahresmitte 2024 wurde die Einschätzung des FMSG pessimistischer; es empfahl daher die

Das schrumpfende Zinsergebnis wurde durch andere Einnahmenbestandteile kompensiert.

Eine Vereinbarung zwischen Gemeindebund, Kreditinstituten und OeNB sichert die Bargeldversorgung in entlegenen Gebieten auf 5 Jahre.

Der steigende Vorsorgeaufwand für notleidende Kredite wurde ausreichend mit Rückstellungen gedeckt.

Das Finanzmarktstabilitätsgremium empfahl einen sektoralen Systemrisikopuffer für Gewerbeimmobilienfinanzierungen.

Der Anstieg des Provisionsergebnisses um 6,9% dürfte durch die lebhaftere Nachfrage privater Haushalte nach Wertpapieren – etwa festverzinslichen Anleihen und Investmentzertifikaten – und die damit verbundenen Gebühreneinnahmen getrieben worden sein. Gleichzeitig steigerten Kursgewinne an den Börsen den Wert der Aktiendepots, und die Aufwendungen für Provisionen des Kreditwesens legten mit 1,9% kaum zu. Unter Berücksichtigung der anderen kleineren Ertragspositionen konnte das Kreditwesen seine Betriebserträge 2024 um 5,5% steigern.

Die Digitalisierungswelle im Kreditwesen setzte sich 2024 ungemindert fort. Der elektronische Zugriff auf Bankkonten verringert die Kundenfrequenz in den Filialen, während mobile Bezahlformen die Bargeldnachfrage dämpfen. 14 Hauptanstalten und 44 Zweigstellen wurden 2024 geschlossen, wobei der Sparkassensektor mit 18 Zweigstellen und Raiffeisen mit 12 Hauptanstalten die kräftigste Konsolidierungsdynamik vorwiesen. Damit verbunden war auch ein Rückgang der Zahl der Bankomaten auf 8.609 Geräte (2023: 8.655). Die räumliche Angebotskonzentration dämpfte den Anstieg des Personalaufwands auf 3,2%, erzeugte jedoch auch Diskussionen über die ausreichende Bargeldversorgung der privaten Haushalte in ländlichen Regionen. Im Februar 2025 vereinbarten der Gemeindebund und die OeNB daher für die nächsten 5 Jahre die Aufstellung von 120 zusätzlichen Geldausgabautomaten in Gemeinden, die nicht mehr

Einführung eines sektoralen Systemrisikopuffers für die Teilrisikoposition Gewerbeimmobilienfinanzierungen in Höhe von 1%, gültig ab 1. Juli 2025. Finanzierungen gemeinnütziger Bauvereinigungen wurden von dieser Belastung ausgenommen. Die Bandbreiten für die Berechnung des Systemrisikopuffers (OSII) wurden geringfügig angepasst, was gemischte Auswirkungen auf die Eigenkapitalerfordernisse der großen österreichischen Kreditinstitute hatte. Am Jahresende ergab eine Risikobewertung, dass von den Wohnbaudarlehen keine systemrelevanten Risiken mehr ausgehen, und daher die schuldenbezogenen Vergabestandards automatisch auslaufen werden. In der ersten Sitzung des FMSG 2025 wurde die auslaufende KIM-VO ohne inhaltliche Änderung in eine Leitlinie zu den Vergabestandards mit Empfehlungscharakter umgewandelt.

Insgesamt zeichnete sich der österreichische Kreditmarkt 2024 eher durch einen Angebotsüberhang als durch eine überhitzte

Kreditnachfrage aus. Dies zeigen etwa die Umfrageergebnisse des Bank Lending Survey der OeNB: Im Jahresverlauf 2024 meldeten die teilnehmenden Institute mehrheitlich eine Abnahme der Kreditnachfrage der Unternehmen. Während die Nachfrage der privaten Haushalte nach Konsumkrediten als stabil bewertet wurde, gab es erste Zeichen einer Belebung der Nachfrage nach Wohnbaudarlehen. Einen ähnlichen Indikator erstellt die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ). Sie verknüpft das Kreditvolumen eines Landes mit einem Indikator für die wirtschaftliche Aktivität (nominelles BIP) und berechnet aus der Abweichung dieser Quote vom langfristigen Trend¹⁾ eine Kreditlücke. Positive Werte signalisieren eine Überhitzung und negative Werte eine Unterauslastung. Mit einem Wert von -12,7% im III. Quartal 2024 entwickelte sich das Kreditvolumen in Österreich deutlich schwächer als die nominelle Wertschöpfung. Das FMSG beließ deshalb den antizyklischen Kapitalpuffer auf null.

Umfrageergebnisse des Bank Lending Survey sowie die BIZ-Kreditlücke zeigen für 2024 ein Überangebot an Krediten.

6. ATX profitierte von der guten Stimmung an den internationalen Börsen

Die Aktienmärkte entwickelten sich 2024 abermals positiv. Die Wende in der Geldpolitik verringerte die Renditen auf sichere kurzfristige Veranlagungen und machte damit Aktien attraktiver. Gleichzeitig stiegen die Erwartungen in die Anwendungsmöglichkeiten von Sprachmodellen mit künstlicher Intelligenz. Diese Kombination ermöglichte weltweit eine Rendite von 23,5% auf die Veranlagung in Aktien einschließlich Dividendenzahlungen (laut MSCI World Total Return Index, umgerechnet in Euro), wobei Technologiewerte besonders profitierten und die Aufwertung des Dollar gegenüber dem Euro europäischen Investor:innen Wechselkursgewinne einbrachte.

Ablesbar ist der ausgeprägte Renditeabstand zwischen herkömmlichen Aktien und Wertpapieren von Technologieunternehmen etwa am Vergleich der Erträge laut Dow-Jones-Index (15,6%) mit dem "Standard & Poors 500" (25,1%; jeweils in Dollar und ohne Dividenden). Die beiden Indizes der USA unterscheiden sich durch ihre Zusammensetzung und die Zahl der erfassten Unternehmen. Der Dow Jones deckt nur Unternehmen mit hoher Marktkapitalisierung ab und enthält damit tendenziell mehr konventionelle Unternehmen, wie sie auch auf den europäischen Aktienmärkten dominieren.

Außerhalb der USA legten die Aktienindizes ebenfalls zu, aber mit Ausnahme Deutschlands (17,3%) wesentlich moderater. Der britische FTSE 100 stieg um 8,2%, der japanische Nikkei um 10,8% (Abbildung 4). Der DAX profitierte 2024 von seiner Zusammensetzung,

zumal er auch Rüstungs- und Technologieunternehmen umfasst. Der österreichische ATX entwickelte sich im Frühjahr 2024 dynamisch, danach jedoch verhalten und schloss das Jahr mit einem Kursanstieg von 5,7%. In Wien wirkte sich ebenfalls die Zusammensetzung des Index auf das relative Abschneiden aus, in diesem Fall jedoch negativ, weil im ATX die Finanzwerte, die Grundindustrie und Versorgungsunternehmen mehr als drei Viertel der Marktkapitalisierung ausmachen, und diese Wirtschaftsbereiche unterdurchschnittliche Kurszuwächse aufwiesen.

Die Unsicherheit auf den Aktienmärkten normalisierte sich 2024 wieder. Die implizite Volatilität von Optionen auf Aktien der Chicago Board Options Exchange (VIX) lag im Jahresdurchschnitt bei 17,4% und damit unter dem langfristigen Mittelwert seit der Index-Einführung im Jahr 1986 (19,9%).

Der ATX erreichte einschließlich Dividendenzahlungen am 2. September 2024 einen neuen Höchststand, die reine Marktkapitalisierung blieb mit 125,98 Mrd. € jedoch unter dem Höchstwert des Jahres 2021. Da das nominelle BIP wegen der hohen Inflation erheblich zulegte, wurde die Marktkapitalisierung in Prozent der Wirtschaftsleistung auf 26,1% gedämpft. Mit 5,34 Mrd. € überschritt der durchschnittliche monatliche Umsatz nach dem schwachen Vorjahr (4,5 Mrd. €) wieder die 5-Milliarden-Grenze. Während die Umsätze mit ausländischen Aktien in Wien weiter rückläufig waren, zeigten die Investor:innen wieder reges Interesse an inländischen Titeln, besonders um die Jahresmitte.

Technologieunternehmen in den USA profitieren überproportional von den Kursgewinnen.

Die Struktur der Unternehmen in den jeweiligen Aktienindizes bestimmt das Ausmaß der Kursgewinne.

¹⁾ Die Lücke ergibt sich aus dem Unterschied zwischen dem aktuellen und dem über die Zeit mittels

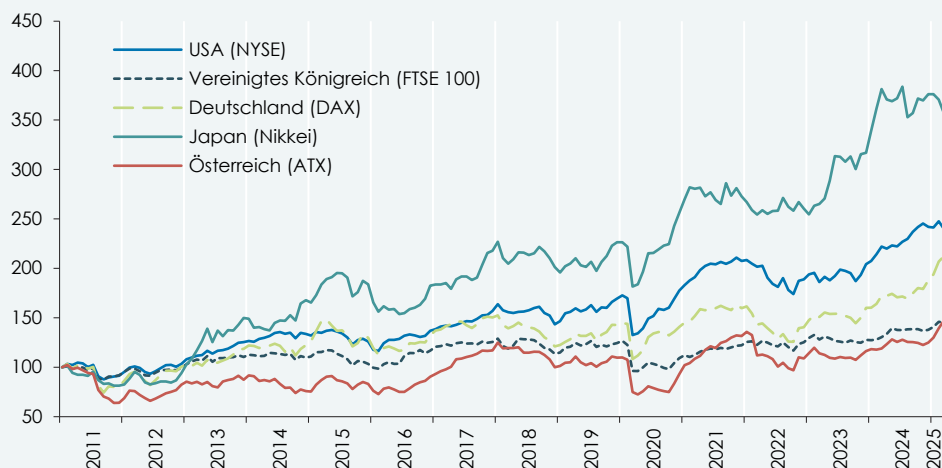
Hodrick-Prescott-Filters geglätteten Kredit-BIP-Verhältnis.

Mit 13.440 neuen Notierungen festverzinslicher Wertpapiere blieb die Wiener Börse 2024 ein interessanter Markt für die Neuemission von Anleihen. Der öffentliche Sektor nutzt ihn mit wenigen aber hochvolumigen

Anleihen. Interessant ist auch die intensive Nutzung dieses Börsensegmentes durch die Finanzwirtschaft, die eine Folge erleichterter Emissionen nach dem neuen Pfandbriefgesetz sein könnte (FMA, 2024b).

Abbildung 4: Internationale Börsenindizes

Jänner 2011 = 100



Q: Deutsche Bundesbank, OECD, Wiener Börse.

Pensionskassen verzeichneten 2024 überdurchschnittliche Renditen in der Kapitalveranlagung.

Die positive Kursentwicklung an den Börsen wurde 2024 auf dem Anleihenmarkt nur leicht unterstützt. Der deutsche REX-Index misst die Wertentwicklung deutscher Anleihen und ermöglicht die Berechnung einer Rendite für Investitionen in festverzinsliche Wertpapiere mit niedrigem Risiko. Mit einem Zuwachs von 0,6% im Jahresverlauf konnten deutsche Anleihen in den Portfolios institutioneller Anleger einen positiven, wenn auch kleinen Beitrag leisten. Die österreichischen Pensionskassen erwirtschafteten 2024 eine Nettorendite von 7,8% und lagen damit deutlich über dem durchschnittlichen Ertrag

seit der Einführung im Jahr 1997 (+3,7% p. a.). Das Portfolio war 2024 zur Hälfte in festverzinslichen Anleihen veranlagt, zu 40% in Aktien und zu 6% in Immobilien; der Rest entfiel auf sonstige Veranlagungen. Die Veranlagungsrendite der betrieblichen (3,7%) und der überbetrieblichen Pensionskassen (8,2%) unterschied sich 2024 erneut beträchtlich. Das durch die Pensionskassen verwaltete Vermögen summierte sich 2024 auf 29,0 Mrd. € (6,0% des BIP); in den Betrieblichen Vorsorgekassen befanden sich insgesamt 21,3 Mrd. € (4,4% des BIP).

7. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit Österreichs verschlechterte sich 2024

Der effektive Wechselkursindex bündelt mehrere bilaterale Wechselkurse des Euro zu Fremdwährungen in einen mit dem Außenhandelsvolumen jedes Währungspaares gewichteten Index. Kurzfristig wird seine Entwicklung am deutlichsten durch das Verhältnis des Euro zum Dollar geprägt, weil der Wechselkurs zum Dollar stark schwankt und weil zusätzlich zu den direkten Außenhandelsströmen zwischen Österreich und den USA auch andere Länder – vor allem in Asien – ihren Handel mit Österreich in Dollar fakturieren bzw. ihre Währung an den Dollar gebunden haben. In der mittleren und längeren Frist werden die nominellen Schwankungen aber von Gegenbewegungen der

heimischen Löhne und Preise ausgeglichen. Abbildung 5 zeigt den engen Zusammenhang zwischen der Veränderung des effektiven Wechselkursindex und dem Euro-Dollar-Wechselkurs im letzten Jahrzehnt. Wie ebenfalls ersichtlich ist, fallen die Auf- und Abwertungsphasen des real-effektiven Wechselkursindex (deflationiert mit dem jeweiligen VPI) meistens stärker aus als die Bewegungen des nominellen Index, d. h. auf eine Wettbewerbsverschlechterung durch eine kurzfristige Aufwertung folgt in der Regel eine relativ zum Ausland schwächere Inflationsphase in Österreich (Peneder et al., 2025).

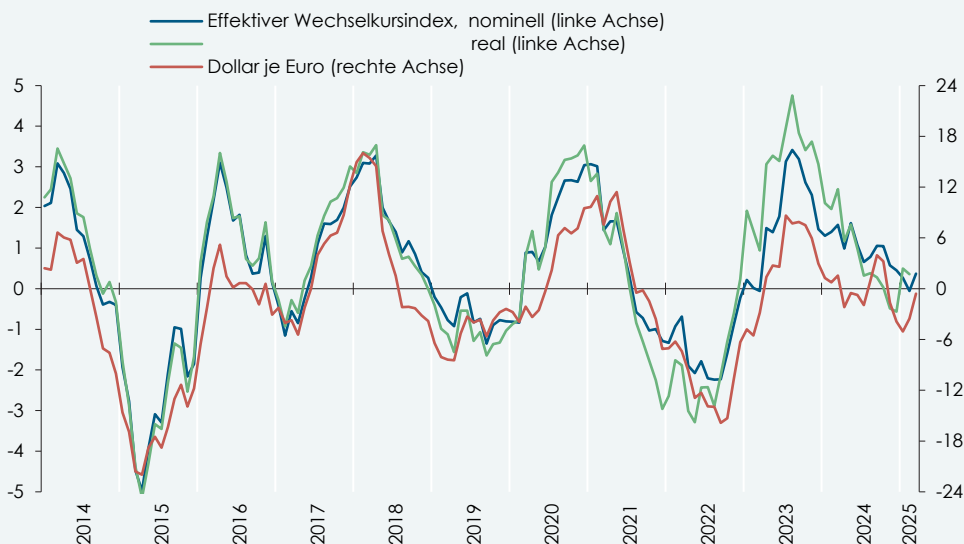
Gegenüber dem Wert zum Jahresbeginn gewann der Dollar bis Ende 2024 6% an Wert. Höhere Renditen auf festverzinsliche Wertpapiere aus den USA, hohe Erwartungen an das Potenzial von Sprachmodellen für Technologieunternehmen und das robuste Wirtschaftswachstum stärkten den Zufluss auf den Kapitalmarkt der USA. Trotz der Abwertung gegenüber dem Dollar wertete Österreichs nomineller Wechselkursindex 2024 um 1% auf. Dafür verantwortlich waren starke Bewegungen anderer Währungen (iranischer Rial, türkische Lira, chilenischer

Peso, russischer Rubel und ukrainische Griwna). Unter Berücksichtigung der relativen Entwicklung der Verbraucherpreise fiel die Aufwertung in etwa gleich hoch aus (+0,8%). Damit kumulierte sich der Verlust an preislicher Wettbewerbsfähigkeit in den letzten beiden Jahren auf 3,8%. Wenn anstelle der import-export-gewichteten Außenhandelsströme nur der Handel mit Industriewaren zur Gewichtung herangezogen wird, erreicht die reale Aufwertung in den Jahren 2023 und 2024 kumuliert 4,3%.

Die nominelle Aufwertung des heimischen Wechselkursindex wurde auch 2024 nicht durch eine – relativ zum Ausland – niedrigere Preis- und Lohnsteigerung korrigiert.

Abbildung 5: **Effektiver Wechselkursindex und Dollar-Euro-Kurs**

Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: OeNB, WIFO.

8. Ausblick

Die wirtschaftspolitischen Akzente der neuen Regierung Trump fanden zuletzt in einer drastischen Erhöhung der Einfuhrzölle in die USA einen neuen Schwerpunkt. Der durchschnittliche handelsgewichtete Zollsatz auf Importe wurde von rund 2% auf 24% angehoben (The Economist, 2025, 57) und die Anhebung bereits Anfang April 2025 wirksam. Erste Simulationen des WIFO (Mahlkow, 2025) zu den Auswirkungen der Einfuhrzölle lassen für die USA einen Rückgang des BIP um 1,7% und einen Anstieg der Inflation auf 7,3% erwarten. Derart umfangreiche Änderungen der relativen Preise zwischen den USA und den Handelspartnern können jedoch über gestörte Lieferketten und höhere Unsicherheit auch stärkere Rückwirkungen zur Folge haben. Jedenfalls reagierten die Aktienmärkte weltweit rasch und umfangreich auf den Impuls: die Kurse verfielen vom 2. bis zum 7. April 2025 um 11,5%. Die Unsicherheit auf dem Aktienmarkt der USA (ge-

messen am VIX) stieg im selben Zeitraum von rund 22,3% auf 60,1%. Die Anleger:innen verschoben ihr Portfolio in festverzinsliche Wertpapiere mit kurzer Laufzeit, aber auch die Renditen staatlicher Benchmark-Anleihen mit einer Restlaufzeit von 10 Jahren gaben leicht nach.

Derzeit ist die Reaktion der Federal Reserve Bank auf den zu erwartenden Inflationsschub offen. Die Optionen, um auf diesen Angebotsschock zu reagieren, reichen von keiner Reaktion auf einen einmaligen Preisschub durch die Zölle, über eine vorbeugende Zinsanhebung zur Stabilisierung der Erwartungen im Lohn- und Preisbildungsprozess, bis hin zu einer Zinssenkung zur Stützung der Konjunktur. Ein Vertreter der EZB sprach demgegenüber von einem negativen Nachfrageschock, der die Ausgangslage für die nächste Sitzung des EZB-Rates verändert habe (Financial Times, 2025).

9. Literaturhinweise

- Barmeier, M., & Scheuerer, S. J. (2024). From Part of the Problem to Part of the Solution: Evaluating the Effectiveness of Borrower-Based Measures in Austria. *OeNB Financial Stability Report*, (48), 41-54.
- Bobasu, A., Gareis, J., & Stoevski, G. (2024). What explains the high household saving rate in the euro area? *ECB Economic Bulletin*, (8/2024), 59-63.
- Du, W., Forbes, K., & Luzzetti, M. (2024). Quantitative Tightening Around The Globe: What Have We Learned? *NBER Working Paper*, (32321).
- Europäische Kommission (2024a). European Economic Forecast. Spring 2024. *European Economy, Institutional Paper*, (286).
- Europäische Kommission (2024b). European Economic Forecast. Autumn 2024. *European Economy, Institutional Paper*, (296).
- Financial Times (2025). Trump tariffs risk euro-area demand shock, Greece's central bank chief says.
- Finanzmarktaufsicht Österreich – FMA (2024a). *Marktstudie über die Fondsgebühren von österreichischen Publikumsfonds 2024*.
- Finanzmarktaufsicht Österreich – FMA (2024b). Rege Emissionstätigkeit von gedeckten Schuldverschreibungen nach dem neuen Pfandbriefgesetz: fast € 32 Mrd. in nur eineinhalb Jahren. <https://www.fma.gv.at/neues-pfandbriefgesetz-belebt-pfandbriefmarkt/> (abgerufen am 7. 4. 2025).
- Hubmann, G. (2025). Bank Lending Survey – Schwache Konjunktur bremst Kreditgeschäft. *OeNB Reports*, (2025/1).
- Lloyd, S., & Ostry, D. (2024). The Asymmetric Effects of Quantitative Tightening and Easing on Financial Markets. *Economic Letters*, 238.
- Mahlkow, H. (2025). Neue Zölle der USA belasten Exporte und Wirtschaft in Europa deutlich. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/news/neue-zoelle-der-usa-belasten-exporte-und-wirtschaft-in-europa-deutlich/> (abgerufen am 4. 4. 2025).
- Peneder, M., Bittschi, B., Burton, A., Köppl, A., & Url, T. (2025). Das WIFO-Radar der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft 2024. *WIFO-Monatsberichte*, 98(1), 29-41. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/56953222>.
- Scheiblecker, M., & Ederer, S. (2025). Österreich steckt im dritten Rezessionsjahr. Prognose für 2025 und 2026. *WIFO-Konjunkturprognose*, (1). <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/57776206>.
- Statistik Austria (2025). Öffentliches Defizit 2024 mit 4,7 % deutlich über Maastricht-Grenze. <https://www.statistik.at/fileadmin/announcement/2025/03/20250331oeffentlicheFinanzen2024.pdf> (abgerufen am 31. 3. 2025).
- The Economist (2025, 5. April). Back to the 19th century. 57.
- Url, T. (2022). Hohe Liquiditätszufuhr im Kreditwesen 2021 nur teilweise durch lebhaftere Kreditnachfrage absorbiert. *WIFO-Monatsberichte*, 95(4), 263-274. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/18200725>.

Analyse der makroökonomischen Effekte unterschiedlicher Szenarien auf der Grundlage langfristiger Gaslieferverträge

Michael Böheim, Claudia Kettner-Marx, Gerhard Streicher (WIFO), Bernhard Gahleitner, Stefan Reuter, Philipp Ortmann, Alfred Schuch (AIT), Peter Kotek, Borbála Tóth, Adrienn Selei (REKK)



Ziel des Projektes war die Analyse der makroökonomischen Effekte unterschiedlicher Szenarien auf der Grundlage der langfristigen Gaslieferverträge von Österreich mit Russland. Die makroökonomischen Effekte der einzelnen Szenarien wurden mit dem WIFO-Modell ADAGIO (A DynAmic Global Input Output Model) modelliert und umfassen Wertschöpfungs- und Beschäftigungseffekte auf sektoraler Ebene sowie die Effekte auf die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes. Die wesentlichste Schlussfolgerung aus der Studie ist zweifellos, dass die Versorgungssicherheit Österreichs am besten durch eine gut diversifizierte Beschaffungsstrategie, die die Abhängigkeit von einzelnen Lieferanten erst gar nicht entstehen lässt, gewährleistet werden kann. Auf diese Weise können allfällige Verwerfungen auf Lieferantenseite durch ein resilientes Beschaffungssystem gut absorbiert werden.

Im Auftrag des Bundesministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie • März 2025 • 48 Seiten • Kostenloser Download: <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/57707243>

Die WIFO Working Papers beruhen nicht notwendigerweise auf einer abgestimmten Position des WIFO. Die Autori:nnen wurden über die Richtlinien der Österreichischen Agentur für wissenschaftliche Integrität (ÖAWI) zur Guten Wissenschaftlichen Praxis informiert, insbesondere bezüglich der Dokumentation aller Elemente, die für eine Nachvollziehbarkeit der Ergebnisse notwendig sind.

- 704/2025 I Think What You Think: Trade Fairs and the Exchange of Firms' Beliefs**
Anja Sebbesen, Birgit Meyer
- 703/2025 Everything You Always Wanted to Know About EU Membership Trade Effects but Were Afraid to Ask**
Harald Oberhofer (WIFO), Zhenyi Wang (WU Vienna)
- 702/2025 Global Demand and Supply Elasticities and the Impact of Tariff Shocks**
Asjad Naqvi
- 701/2025 Business Use of Online Platforms: Competition, Satisfaction and Willingness to Pay**
Michael Peneder, Sandra Bilek-Steindl, Susanne Bärenthaler-Sieber, Julia Bock-Schappelwein, Alexandros Charos
- 700/2025 How Do Rising Care Needs Impact the Formal and Informal Care Sectors and Existing Inequalities? Comparing Austria and Spain**
Ulrike Famira-Mühlberger, Thomas Horvath (WIFO), Thomas Leoni (FH Wiener Neustadt), Martin Spielauer, Philipp Warum (WIFO)
- 699/2025 The Intergenerational Homeownership Gap across Europe: an Empirical Exploration of Explanations**
Stefan Angel (WIFO), James Gregory (Universität Birmingham)
- 698/2025 Challenges in Long-term Care: Modelling and Quantifying Future Care Needs, Arrangements and Gaps in Ageing, Low-fertility Societies. A Novel Comparative Approach Applied in Microsimulation Projections for Austria and Italy**
Philipp Warum (WIFO), Fabrizio Culotta (UNIMIB), Ulrike Famira-Mühlberger, Thomas Horvath (WIFO), Thomas Leoni (FH Wiener Neustadt), Martin Spielauer (WIFO)
- 697/2025 Socially Fair Decarbonization Pathways for Housing and Mobility – Insights from a Multi-model Analysis for Austria. TransFair-AT Working Paper #2**
Claudia Kettner, Julia Bock-Schappelwein, Daniela Kletzan-Slamanig, Mark Sommer (WIFO), Paul Pfaffenbichler, Olivia Gold, Mathias Kirchner, Nathalie Spittler, Eva Wretschitsch (BOKU), Lukas Kranzl (TU Wien), Andreas Müller (e-think)
- 696/2025 The Role of Vacancy Posting and Unemployed Hiring in Start-up Success**
Stefan Angel, Rainer Eppel, Elisabeth Fidrmuc, Helmut Mahringer (WIFO), Andrea Weber (CEU)
- 695/2025 Labour Market Tightness and Firms' Vacancy Posting and Hiring Decisions**
Stefan Angel, Rainer Eppel, Elisabeth Fidrmuc, Helmut Mahringer (WIFO), Andrea Weber (CEU)
- 694/2025 Statistical Profiling as a Targeting Tool: Can It Enhance the Efficiency of Active Labor Market Policies?**
Rainer Eppel, Ulrike Huemer, Helmut Mahringer, Lukas Schmoigl
- 693/2025 Comparative Modeling of Long-Term Care in Hours. Parameter Estimation for microWELT**
Philipp Warum, Ulrike Famira-Mühlberger, Thomas Horvath (WIFO), Thomas Leoni (FH Wiener Neustadt), Peter Reschenhofer, Martin Spielauer (WIFO)
- 692/2025 Central Banks Fuelling Inequality. A Comparative Case Study of Japan's Unconventional Monetary Policy 1999-2006**
Moritz Uhl

Kostenloser Download: <https://www.wifo.ac.at/publikationen/wifo-working-papers/>

Die WIFO Research Briefs präsentieren kurze wirtschaftspolitische Diskussionsbeiträge sowie kurze Zusammenfassungen von Forschungsarbeiten des WIFO. Sie werden unter Einhaltung der Richtlinien der Österreichischen Agentur für wissenschaftliche Integrität (ÖAWI) zur Guten Wissenschaftlichen Praxis und der wissenschaftlichen Politikberatung verfasst und dienen der Erhöhung der nationalen und internationalen Sichtbarkeit der WIFO-Forschungsergebnisse.

5/2024 **Diversifizieren, nicht reagieren: Europas neuer Weg in der Handelspolitik**

Hendrik Mahlkow (WIFO), Sonali Chowdhry (DIW Berlin), Julian Hinz (IfW)

Die neue Zollpolitik der USA konfrontiert die EU mit wachsender handelspolitischer Unsicherheit. Vor diesem Hintergrund analysiert dieser Research Brief drei Szenarien, mit denen die EU auf protektionistische Tendenzen reagieren kann: 1. ein sektorales Handelsabkommen mit den USA, 2. die Vertiefung bestehender Freihandelsabkommen und 3. der Abschluss neuer Freihandelsabkommen mit Partnern wie Indien, Australien oder dem Mercosur. Basierend auf Simulationen mit dem KITE-Modell zeigt sich: Während ein auf die USA beschränktes Abkommen kaum makroökonomische Effekte hat, führen sowohl Szenario 2 als auch Szenario 3 zu einem robusten BIP- und Exportwachstum – insbesondere in wissensintensiven Sektoren. Die stärksten Effekte ergeben sich jedoch aus einer Kombination beider Strategien, wobei der Effekt für Österreich etwas geringer ausfallen würde, da Österreichs Wirtschaftsstruktur stärker auf bestehende EU-Handelspartner und traditionelle Absatzmärkte ausgerichtet ist. Handelsdiversifizierung ist somit kein technisches Detail, sondern ein zentrales Instrument europäischer Resilienzpoltik.

April 2025 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/57965250>

Frühere Ausgaben

4/2025 **WIFO-Lebenssituationsindex. Aktualisierung für das Jahr 2023**

Julia Bock-Schappelwein, Franz Sinabell

März 2025 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/57348607>

3/2025 **Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern in Österreich von 2011 bis 2023**

René Böheim, Marian Fink, Christine Zulehner

März 2025 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/57411930>

2/2025 **The European Commission Competitiveness Compass – a Roadmap for Europe**

Gabriel Felbermayr, Atanas Pekanov

März 2025 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/56869099>

1/2025 **Handelskonflikte, die Schwäche in Europa und strukturelle Nachteile bremsen das Wachstum der österreichischen Wirtschaft. Update der mittelfristigen Prognose 2025 bis 2029**

Josef Baumgartner, Serguei Kaniovski

Jänner 2025 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/56689589>

15/2024 **Winners-take-More: Firm-level Evidence on the State of Competition in Austria**

Michael Peneder, Fabian Unterlass

Dezember 2024 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/53502116>

14/2024 **A Rapid Assessment of the Economic Impact of the Central European Flood 2024 on Austria**

Klaus Friesenbichler, Leonardo Ialongo, Peter Klimek, Anna Renhart, Franz Sinabell

Oktober 2024 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/54462430>

13/2024 **Großforschungsinfrastruktur für Innovation nutzen**

Jürgen Janger

September 2024 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/53814635>

Kostenloser Download: <https://www.wifo.ac.at/publikationen/wifo-research-briefs/>

6/2024 Konjunktur kommt nur langsam in Schwung • Große regionale Unterschiede in der Wirtschaftsentwicklung. Die Wirtschaft in den Bundesländern 2023 • Chancen und Herausforderungen der neuen EU-Außenhandelspolitik am Beispiel ausgewählter Instrumente • Dekarbonisierung und Kreislaufwirtschaft. Ökonomische und biophysische Effekte verschiedener Szenarien für Österreich

7/2024 Hohe Verunsicherung hält Österreichs Wirtschaft in der Stagnation. Prognose für 2024 und 2025 • Mittel-, Ost- und Südosteuropa trotz der Konjunkturflaute im Euro-Raum • Unternehmensinvestitionen 2024 rückläufig. Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung vom Frühjahr 2024 • Auswirkungen hoher Inflation auf die Haushalte der subnationalen Gebietskörperschaften

8/2024 Überinflation in Österreich eingedämmt • Konjunkturbeurteilungen wieder skeptischer. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Juli 2024 • Ertragskraft der österreichischen Sachgütererzeugung 2023 rückläufig • Schlüsselindikatoren zu Klimawandel und Energiewirtschaft 2024. Sonderthema: Die Bedeutung der Landnutzung für die Ernährungssicherheit

9/2024 Österreichs Wirtschaft verharrt in der Krise • Veranlagungsergebnis stützte 2023 die Schaden-Unfallversicherung • Österreichs Landwirtschaft erlitt 2023 Einkommenseinbruch und unterliegt anhaltendem Strukturwandel • Konjunktur und Wachstum in Österreich: Ein Rendezvous mit der Realität

10/2024 Rezession in Österreich hält sich hartnäckig. Prognose für 2024 und 2025 • Wettbewerbsnachteile bremsen Wachstum der österreichischen Wirtschaft. Mittelfristige Prognose 2025 bis 2029 • Deutlicher Anstieg der relativen Lohnstückkosten im Jahr 2023 • EU-weite CO₂-Bepreisung und Optionen zur Einnahmenverwendung. Effekte auf Emissionen, Wirtschaft und Verteilung

11/2024 Weiterhin keine Trendwende in Österreichs Industrie und Bauwirtschaft • Konjunkturbeurteilungen bleiben unterdurchschnittlich. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Oktober 2024 • Österreichs Innovationsleistung im internationalen Vergleich • Stellenmeldungen an das Arbeitsmarktservice und die Rekrutierung von Arbeitslosen durch österreichische Unternehmen

12/2024 Produktion erneut rückläufig, Erwartungen stabilisiert • Digitalisierung in Österreich: Fortschritt und Nutzung künstlicher Intelligenz in Unternehmen • Nöchtigungsnachfrage 2024 erstmals höher als vor der COVID-19-Pandemie • Emissionen entkoppeln sich von Wirtschaftsleistung. Mittelfristige Prognose des Treibhausgasausstoßes 2025 bis 2029

1/2025 Zaghafte Wirtschaftswachstum erschwert Budgetkonsolidierung. Prognose für 2025 und 2026 • Investitionsbereitschaft auch 2025 rückläufig. Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung vom Herbst 2024 • Das WIFO-Radar der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft 2024 • Österreichs Industrieproduktion im internationalen Vergleich. Aktualisierung 2025

2/2025 Noch keine Aussicht auf Konjunkturaufhellung • Konjunkturerwartungen auch zu Jahresbeginn gedämpft. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Jänner 2025 • Bauwesen in Europa vor moderater Erholung. Euro-construct-Prognose bis 2027 • Erwerbstätige mit Migrationshintergrund in Wien. Beitrag zur Wirtschaft und Erfahrungen auf dem Arbeitsmarkt

3/2025 Rezession in Österreich hält an • Europäische Wirtschaftspolitik 2024. Zwischen externen Schocks, strukturellen Problemen und der Notwendigkeit eines Produktivitätsschubs • Produktneueinführungen stiegen trotz stagnierender Investitionen • Digitalisierung in der österreichischen Landwirtschaft. Ein Überblick zu vorliegenden Befunden und Herausforderungen

Präsident

Dr. Harald Mahrer, Präsident der Wirtschaftskammer Österreich

Vizepräsidentin

Renate Anderl, Präsidentin der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien und der Bundesarbeitskammer

Vorstand

N.N., Stadt Wien

Univ.-Prof. Dr. Robert Holzmann, Gouverneur der Österreichischen Nationalbank

Wolfgang Katzian, Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes

Georg Knill, Präsident der Vereinigung der Österreichischen Industrie

Abg.z.NR Karlheinz Kopf, Präsident der Wirtschaftskammer Vorarlberg

Kuratorium

Silvia Angelo, Andreas Brandstetter, Andrea Faast, Johannes Fankhauser, Günther Goach, Marcus Grausam, Erwin Hameseder, Peter Haubner, Alexander Herzog, Gerhard K. Humpeler, Robert Leitner, Johannes Mayer, Johanna Mikl-Leitner, Helmut Naumann, Christoph Neumayer, Peter J. Oswald, Ranja Reda Kouba, Johannes Rehulka, Walter Ruck, Hermann Schultes, Tobias Schweitzer, Reinhard Schwendtbauer, Andreas Stangl, Michael Strebl, Michael Strugl, Barbara Thaler, Andreas Treichl, Kurt Weinberger, Thomas Weninger, Josef Wöhner, Norbert Zimmermann

WIFO-Partner:innen

A1 Telekom Austria AG, AIC Androsch International Management Consulting GmbH, Berndorf AG, Energie-Control Austria, Julius Blum GmbH, ÖBB-Holding AG, Österreichische

Direktorium

Direktor: Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD

Stellvertretende Direktor:innen:

Mag. Alexander Loidl, MSc, Mag. Christine Mayrhuber, Priv.-Doz. Mag. Dr. Michael Peneder

Ökonom:innen

Stefan Angel, Julia Bachtrögl-Unger, Susanne Bärenthaler-Sieber, Josef Baumgartner, Jürgen Bierbaumer, Sandra Bilek-Steindl, Benjamin Bittsch, Julia Bock-Schappelwein, Michael Böheim, Anna Burton, Elisabeth Christen, Alexander Daminger, Stefan Ederer, Rainer Eppel, Katharina Falkner, Ulrike Famira-Mühlberger, Marian Fink, Klaus Friesenbichler, Oliver Fritz, Christian Glocker, Werner Hölzl, Thomas Horvath, Peter Huber, Alexander Hudetz, Ulrike Huemer, Jürgen Janger, Serguei Kaniovski, Heider Kariem, Claudia Kettner-Marx, Daniela Kletzan-Slamanig, Michael Klien, Angela Köppl, Agnes Kügler, Ines Kusmenko, Simon Loretz, Sergey Lychagin, Hendrik Mahlkow, Helmut Mahringer, Christine Mayrhuber, Birgit Meyer, Ina Meyer, Asjad Naqvi, Thomas Neier, Klaus Nowotny, Harald Oberhofer, Atanas Pekanov, Michael Peneder, Michael Pfaffermayr, Isabel Pham, Philipp Piribauer, Hans Pitlik, Pauline Pohl, Anna Renhart, Silvia Rocha-Akis, Tobias Scheckel, Marcus Scheiblecker, Stefan Schiman-Vukan, Margit Schratzenstaller-Altzinger, Anja Sebbesen, Franz Sinabell, Mark Sommer, Martin Spielauer, Gerhard Streicher, Viktoria Szenkurök, Thomas Url, Gayline Vuluku, Philipp Warum, Yvonne Wolfmayr, Manuel Zerobin, Christine Zulehner

Wissenschaftliche Assistent:innen

Anna Albert, Sara Aref Zahed, Astrid Czaloun, Sabine Ehn-Fragner, Irene Fröhlich, Martina Einsiedl, Nathalie Fischer,

Vizepräsidentin

Univ.-Prof. DDr. Ingrid Kubin, Universitätsprofessorin für Internationale Wirtschaft am Department Volkswirtschaft der Wirtschaftsuniversität Wien

N.N., Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

Anton Mattle, Landeshauptmann von Tirol

Josef Moosbrugger, Präsident der Landwirtschaftskammer Österreich

Dr. Gertrude Tumpel-Gugerell

Mag. Harald Waiglein, MSc, Sektionschef im Bundesministerium für Finanzen

Hagelversicherung VVaG, PHARMIG – Verband der pharmazeutischen Industrie Österreichs, Raiffeisen Bank International AG, Raiffeisen-Holding NÖ-Wien reg.Gen.mmbH, Raiffeisenlandesbank Oberösterreich AG, UNIQA Insurance Group AG, Verbund AG, voestalpine AG, Wien Energie GmbH

WIFO Associates

Karl Aiginger, Harald Badinger, Kurt Bayer, Gudrun Biffl, René Böheim, Fritz Breuss, Jesús Crespo Cuaresma, Peter Egger, Jarko Fidrmuc, Matthias Firgo, Georg Fischer, Helena Fornwagner, Alois Guger, Martin Halla, Heinz Handler, Mario Larch, Markus Leibrecht, Peter Mayerhofer, Peter Mooslechner, Ewald Nowotny, Karl Pichelmann, Stefan Schleicher, Philipp Schmidt-Dengler, Gunther Tichy, Gernot Wagner, Andrea Weber, Hannes Winner, Josef Zweimüller

Stefan Fuchs, Fabian Gabelberger, Ursula Glauning, Lydia Grandner, Kathrin Hofmann, Christine Kaufmann, Marion Kogler, Katharina Köberl-Schmid, Christoph Lorenz, Susanne Markytan, Sena Ökmen, Maria Riegler, Nicole Schmidt-Padickakudy, Cornelia Schobert, Birgit Schuster, Tim Slickers, Martha Steiner, Doris Steininger, Anna Strauss-Kolln, Andrea Sutrich, Moritz Uhl, Dietmar Weinberger, Michael Weingärtler, Stefan Weingärtner

Mitarbeiter:innen im Dienstleistungsbereich

Birgit Agnezy, Daniel Luca Agnezy, Tobias Bergsmann, Georg Böhs, Alexandros Charos, Tamara Fellingner, Jürg Flamm, Thomas Földesi, Thomas Haas, Claudia Hirschall, Peter Holzer, Gabriela Hötzer, Nikolai Iliadis, Christian Isnardi, Peter Janecsek, Lukas Kiesenhofer, Clemens Kleinhagauer, Annemarie Klotz, Verena Kraushofer, Gwendolyn Kremser, Gina Lanik, Thomas Leber, Sarah Ledl, Christoph Markytan, Florian Mayr, Anja Mertinkat, Aloisia Michl, Birgit Novotny, Robert Novotny, Ingo Oberortner, Lorenz Pahr, Peter Reschenhofer, Gabriele Schiessel, Lukas Schmoigl, Gabriele Schober, Kristin Smeral, Klara Stan, Petra Taschner, Agnes Tischler-Lechthaler, Fabian Unterlass, Tatjana Weber, Ulrike Weissenlechner, Philipp Welz, Sabine Wiesmüller, Michaela Zinner-Dobhofer

